

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Kurt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Kurt IV. Nr. 1984.

Der Kampf im Berliner Baugewerbe.

Erst gestern Abend ist es gelungen, über den Umfang der Aussperrung eine Uebersicht zu gewinnen. Die bürgerliche Presse hatte sich damit begnügt, den Aussperrungsbeschluss der Unternehmer ihren Lesern als die Tatsache der Aussperrung zu servieren und kühne Redenerempel darüber aufzusetzen, welchen Umfang das geplante Unternehmen erreichen könnte. Jetzt, wo Ziffern vorliegen, zeigt sich, daß auch in den Kreisen der Bauunternehmer mit Wasser gekocht wird. Die Frage des Achtstundentages, die „Prinzipien“-Frage für die Scharfmacher im Gewerbe, scheint doch noch nicht für alle Bauunternehmer der rote Lappen zu sein, der sie blindwütig in den Kampf stürzen läßt. Nach der bis jetzt gewonnenen Uebersicht nimmt der Kampf bei weitem nicht den Umfang an, den die Unternehmer ihm geben wollten. Nur etwa ein Drittel der Arbeiter haben sich der Kontrolle als ausgesperrt gestellt. Und wenn auch kein Zweifel darüber besteht, daß die Scharfmacher ihre lauen Kollegen mit allen Mitteln des Terrorismus zu zwingen versuchen werden, den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes nachzukommen, so ist doch schon heute klar, daß es den Unternehmern in diesem Kampf an jenem Glanz fehlt, der die Vorbedingung für eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes von ihrer Seite wäre. Sie haben zum Sturm aufgerufen, und die Waffe ihrer Truppen hat es vorgezogen, abwartend in den Laufgräben liegen zu bleiben. Die Arbeiterklasse, die zu ihrem Empfang bereit auf den Schanzen steht, sieht nur ein kleines Häuflein gegen sich anstürmen.

Natürlich stellt die bürgerliche Presse sich völlig auf die Seite des Unternehmertums. Die Wäschzettel des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe finden bei ihr bereitwillige Aufnahme. Und vor allen Dingen ist es der Achtstundentag, der in der bürgerlichen Journalistik ein Verbrechen an sich und im Bauberuf insbesondere wäre. Da wird noch eine Beweisführung ausgegraben, welche das „Zentralblatt für das Baugewerbe“ schon vor Wochen brachte.

Es heißt in der Notiz: „Der Achtstundentag muß mit der größten Energie zurückgewiesen werden, weil er eine enorme Verteuerung aller Bauarbeiten nach sich ziehen würde. Die Arbeitnehmer fordern zum Ausgleich für die Verringerung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung von 10 Pf., damit würden sich die Herstellungskosten eines Bauwerkes um 13,3 Proz. erhöhen, durch die Herabsetzung der Arbeitszeit würde eine Verlängerung des Endtermins um 12,5 Proz. eintreten, wie auch die dann etwa notwendigen Doppelschichten eine weitere erhebliche Verteuerung der Bauarbeiten im Gefolge haben würden, und wer würde naturgemäß die Mehrkosten zu tragen haben? In erster Linie die Auftraggeber im Baugewerbe, die bauenden Behörden und die privaten Bauherren; in letzter Linie aber die Allgemeinheit. Von Arbeitnehmerseite wird zwar immer gesagt, das höhere Lohnniveau bringe die Mieten nicht hoch, dies bewirke die Lohninflation, die kapitalistische Ausnutzung des Grund und Bodens. Eine derartige Verteuerung des Bauens, das wird jeder denkende Mensch zugeben, muß jedoch zur Steigerung der Mieten, dadurch zur Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiterstandes und in weiterer Folge wiederum zu neuen Ansprüchen nach Lohn und Gehaltszulage führen. Eine Schraube ohne Ende. . . . In den weitaus meisten Gewerben kann eine Verringerung der Arbeitszeit durch Vermehrung der Arbeitskräfte ausgeglichen werden, im Baugewerbe ist das aber nicht möglich. Es können an einem Bauwerk bei achtstündiger Arbeit nicht mehr Leute arbeiten, als bei der neunstündigen; eine Mehrinstellung von Arbeitskräften verbietet einfach der dann entstehende Mangel an Arbeits- und Bewegungsraum. Deshalb muß die Verkürzung der Arbeitszeit naturnotwendig eine entsprechende Verlängerung der Zeitdauer bewirken, innerhalb deren ein Bauwerk fertiggestellt werden kann. Gerade dieser Umstand aber und seine schwereren Folgen machen die Herabsetzung der Arbeitszeit in Berlin unmöglich. Das Baugewerbe ist als Saisongewerbe an die Termine April und Oktober gebunden, zu denen die Neubauten bezogen werden. Wird ein Gebäude zu Anfang Oktober abgerissen, so muß der Bau des neuen so gefördert werden, daß es am 1. Oktober des nächsten Jahres wieder vermietet werden kann. Zu dem Zweck müssen die Sommermonate ausgenutzt werden. Wenn aber die Arbeitszeit im Sommer verringert wird, so reicht die Zeitdauer eines Jahres nicht mehr hin, das Gebäude fertig zu stellen, woraus sich große Zinsverluste und schwere Schädigungen nicht nur des ganzen Gewerbes, sondern weitester Bevölkerungsteile ergeben würden.“

„Der Staat bin ich,“ sagte Ludwig XIV. von Frankreich; „die Allgemeinheit sind wir,“ sagen die Berliner Bauunternehmer! Wenn eine Verteuerung der Bauarbeiten wirklich herbeigeführt würde, so liegt an und für sich noch gar kein Grund vor, daß die Mehrkosten „naturgemäß“ in letzter Linie von der Allgemeinheit getragen werden. Zuerst ist nämlich noch der Profit der Bauunternehmer da! Wenn der Lohn erhöht wird, so tritt „naturgemäß“ zunächst keine weitere Folge ein, als daß der Profit verringert wird. An und für sich also brauchen deswegen keine Mieten gesteigert und „weiteste Bevölkerungsteile“ nicht geschädigt zu werden. Aber es ist bezeichnend für die Denkart der Bauunternehmer — wie für die kapitalistische Denkart überhaupt — daß sie es für ganz selbstverständlich, für „naturgemäß“ ansehen, daß sie von ihrem Profit keinen

Pfennig hergeben, sondern alles sofort durch Mietssteigerung auf andere Leute überwälzen! Das betrachten sie als ein Naturrecht des Kapitals! Und so spiegelt sich in ihrem Kopf die Forderung, die lediglich gegen den Profit sich richtet, als gegen die Allgemeinheit gerichtet.

Dazu kommt nun aber, daß eine Verteuerung der Bauarbeiten infolge verkürzter Arbeitszeit noch keineswegs als ausgemachte Sache gelten darf. Es ist merkwürdig, wie wenig unsere Kapitalisten aus der Erfahrung lernen. Schon als im Jahre 1832 in England die Arbeitszeit, die bis dahin weder Maß noch Ziel gekannt hatte, gesetzlich auf 12 Stunden festgelegt werden sollte, schrien die Kapitalisten, daß dadurch die Produktionskosten verteuert würden. Bald nachher zeigte die Erfahrung, daß, infolge erhöhter Intensität der Arbeit, in 12 Stunden spielte daselbe geleistet wurde, wie vorher in 15, 16, 17 Stunden. Im Jahre 1847 kam die Einführung des Zehnstundentages in den Spinnereien und Webereien Englands. Wiederum zeter Mordio der Kapitalisten. Diesmal aber zeigte sich nach wenigen Jahren, daß in zehn Stunden sogar mehr geleistet wurde als früher in zwölf. Und so ging's fort bei jeder Verkürzung der Arbeitszeit in England wie in Deutschland, wie in allen kapitalistischen Ländern. Jedesmal zeternten die Kapitalisten über drohende Verteuerung der Produktionskosten, und jedesmal zeigte sich nachher, daß der Zeitausfall durch vermehrte Anstrengungen zum mindesten wettgemacht, meist aber übertroffen wurde. Englische Kapitalisten wissen das jetzt — man lese z. B. John Raes Buch über den „Achtstundentag“, das zahllose Beispiele enthält, darunter viele, wo die Arbeitszeit ausdrücklich zu dem Zweck verkürzt wurde, die Produktion und dadurch den Profit zu vermehren. Aber Berliner Bauunternehmer haben natürlich immer noch nicht nötig, das zu wissen.

Dabei ist das Baugewerbe eines von denen, wo diese Folge sich wahrscheinlich am schnellsten einstellen wird. Nur langsam muß es den Kenner wirtschaftlicher Zusammenhänge berühren, wenn er die bewegliche Lage hört, im Baugewerbe sei eine Ausgleichung der verkürzten Arbeitszeit durch Einstellung von mehr Arbeitern unmöglich. Der einzige halbwegs plausible Grund, den die Kapitalisten früher gegen die Verkürzung anführten, ist nämlich der: wo Maschinen angewandt würden, komme es auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter wenig an; denn nicht der Arbeiter, sondern die Maschine mache das Werk, und wenn diese nur elf Stunden laufe, so könne keine Nacht der Erde bewirken, daß sie daselbe leiste wie in zwölf. Auch dieser Einwand hat sich durch die Tatsachen als hinfällig erwiesen. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle noch darauf einzugehen. Aber im Baugewerbe sind bekanntlich bis heutigen Tages noch sehr wenig Maschinen eingeführt. Hier kommt noch fast alles auf die persönliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter an. Gerade in diesem Gewerbe zu jammern, daß sich die Arbeitszeitverkürzung nicht ausgleichen lasse, zeugt von einer geradezu verblüffenden Unkenntnis der einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen.

Uebrigens ist natürlich die Frage des Achtstundentages in diesem Kampfe nur eine vorgeschobene. Die Arbeiter selbst würden darüber mit sich reden lassen. Daß die Unternehmer es nicht tun, zeigt, daß für sie noch anderes auf dem Spiele steht.

„Sie haben drei Jahre lang einen sehr günstigen Arbeitsvertrag gehabt“, sagte ein Wissender im „Tag“, „und sie halten den jetzigen Zeitpunkt für günstig, ihn zu verlängern. Das ist der springende Punkt.“ Derselbe sachverständige Industrielle hat die Mehrkosten berechnet, die beim Bau eines Hauses für 100 000 M., also das typische Berliner Wohnhaus, entstehen würden. Die Ziffer ist noch nicht einmal vierstellig!

Was aber auch die Ursache dieses Kampfes ist: wir stehen jetzt mitten in ihm. Wenige Tage noch und das Kräfteverhältnis beider Parteien wird festgestellt sein. Hoffen wir, daß diese Feststellung schneller als im Holzgewerbe den Unternehmern die Ueberzeugung heibringen wird, daß die modernen Arbeiterorganisationen nicht mehr niederzureiten sind!

Ueberall begaben sich gestern die ausgesperrten Arbeiter des Baugewerbes nach ihren Kontrollstellen, von denen die drei Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nicht weniger als 70 eingerichtet hatten. Vier herrschte eine lebhaftige Tätigkeit. Gall es doch genau festzustellen, wer von den Mitgliedern ausgesperrt worden war, wer nicht, welche Unternehmer die Aussperrung ganz, welche sie teilweise durchgeführt hatten und welche Unternehmer sich überhaupt nicht an den Beschluß ihres Verbandes geleht hatten. Daneben waren noch verschiedene andere Fragen zu beantworten, Streikarten und Arbeitsberechtigungsarten mußten aufgestellt werden, und alles sollte, soweit es unter den außergewöhnlichen Umständen nur irgend möglich war, mit der Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit vollführt werden, die diesen in manchem Kampf erprobten Arbeiterorganisationen als etwas Selbstverständliches erscheint. Das war keine leichte Arbeit.

Der Strom der Aussperrten war jedoch bei weitem nicht so stark, als man nach den großen Anstrengungen des Unternehmerverbandes, eine wirklich allgemeine Aussperrung zustande zu bringen, annehmen mußte. Die Unternehmer haben die Weisung ihrer Organisation nur sehr mangelhaft befolgt. Alle die mehr oder minder sanften Ermahnungen und Drohungen haben zu einem guten Teil ihre Wirkung verfehlt. Gar mancher Unternehmer, auch mancher organisierte, kann es nicht begreifen, daß es in seinem eigenen oder im Interesse seiner Kollegenchaft

liegen soll, sein Geschäft jetzt in der guten Zeit des Jahres still zu legen, auf sicheren Gewinn zu verzichten, ja vielleicht gar seine Existenz aufs Spiel zu setzen, damit später andere kapitalträgere Leute ihm die mit Mühe erworbene Rundschaft wegschnappen.

50 000 Aussperrte, von denen gestern schon bürgerliche Blätter zu berichten wußten, kommen gewiß nicht heraus, selbst wenn man die Streikenden dazu rechnet, die, den Beschlüssen ihrer Organisationen folgend, überall bei den Unternehmern, die nur einen Teil ihrer Arbeiter ausgesperrt hatten, die Arbeit niederglegten. Manche Arbeiter, die meinten, daß die Unternehmer gleich einen ihren Beschlüssen entsprechenden Kampf eröffnen würden, waren geradezu enttäuscht über die Schwäche, mit der von dem Gegner vorgegangen wurde. Bezeichnend waren die ersten Ergebnisse, die von Kontrollstellen der Zimmerer einliefen. Da wurde aus einem Bezirk berichtet, daß von 16 Unternehmern nur 4 ausgesperrt hatten, die größeren Firmen sich nicht beteiligten und die Zahl der ausgesperrten Zimmerer nur 28 betrug von 123 Mitglieder im Bezirk. Nachrichten aus anderen Bezirken ergaben ungefähr dasselbe Bild: bei 310 Mitgliedern 82 Aussperrte, bei 331 Mitgliedern 88 und in einem anderen Bezirk mit der gleichen Mitgliederzahl nur 57 Aussperrte. Die Zusammenstellung der eingegangenen Nachrichten aus allen Kontrollstellen ergab dann, daß 1060 zentralorganisierte Zimmerer ausgesperrt waren oder wegen teilweiser Aussperrung bei ihrem Arbeitgeber die Arbeit selbst niedergelegt hatten. Dabei kommen für das Aussperrungsgebiet ungefähr 5000 zentralorganisierte Zimmerer in Betracht. Von den 792 Arbeitgebern im Zimmererberuf, die bei der letzten Ermittlung gezählt wurden, hatten sich bis gestern Abend nur ungefähr 90 an der Aussperrung beteiligt. Unter denen, die nicht ausgesperrt haben, sind viele große und namhafte Firmen, die auch ihrem Verbandsangehörigen.

Die Zahl der zentralorganisierten Maurer, die ausgesperrt sind, läßt sich bis jetzt genau noch nicht feststellen. Eine große Anzahl hat am Pfingstabend oder schon früher Berlin verlassen. Andere haben in den Feiertagen Reisen zu Verwandten unternommen und sind noch nicht zurückgekehrt. In den Kontrollstellen des Maurerverbandes meldeten sich bis gestern abend 6330 Aussperrte und Streikende, die wegen teilweiser Aussperrung die Arbeit eingestellt hatten. Eine Bautenkontrolle, die am selben Tage durchgeführt wurde, ergab, daß auf 664 Arbeitsplätzen 3557 Maurer tätig waren, die also nicht ausgesperrt wurden. Wie bei den Zimmerern, so zeigt es sich hier auch, daß große und sehr bekannte Firmen nicht oder nur teilweise aussperrten. Zentralorganisierte Maurer sind im Aussperrungsgebiet ungefähr 13 500 vorhanden. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Zahlen der Aussperrten in den nächsten Tagen etwas steigen werden, da erstens die gestrige Kontrolle noch keine vollkommene sein konnte und dann auch wohl die Unternehmer alles aufbieten werden, um ihrem Beschluß mehr Geltung zu verschaffen. — Bei den zentralorganisierten Bauhilfsarbeitern war es bis gestern Abend noch nicht möglich, eine einigermaßen genaue Uebersicht über den Stand der Aussperrung zu gewinnen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hat ihre Kontrollstelle Steinstraße 83 eingerichtet. Im ganzen hatten sich 357 Aussperrte, die bei 67 Unternehmern beschäftigt waren, gemeldet. Dazu kamen noch 49 Arbeitslose. Zahlreiche Meldungen lauteten dahin, daß Unternehmer einen Teil der Leute zurückbehielten, um noch „notwendige Arbeiten“ fertigstellen zu lassen. Manchem schien es doch eine Torheit, die Arbeiter, die er notwendig braucht, wenn er bauen will, fortzuschicken. Doch man sich auf teilweise Aussperrungen nicht einläßt, ist auch unter den Bauarbeitern die allgemeine Parole. Man rechnet danach mit 460 Aussperrten.

Die Freie Vereinigung der Zimmerer nahm die Kontrolle im Vereinslokal in der Dragonerstr. 15 vor. Die Zahl der Aussperrten erreichte 437; außerdem meldeten sich noch 86 Arbeitslose. Man war etwas verwundert, daß die so pomphaft angekündigte Aussperrung kein höheres Zahlenresultat brachte. In vielen Fällen zeigte sich, daß die Unternehmer nur mit einer gewissen Vorsicht auf die wertvolle Arbeitskraft der Leute verzichteten und nicht selten einige Kolonnen zurückbehielten. Damit sind natürlich die Arbeiter nicht einverstanden. Wo ein Teil der Kollegen entlassen wird, legen auch die anderen die Arbeit nieder.

Die Freie Vereinigung der Maurer hat insgesamt 24 Kontrollstellen eingerichtet, 14 für Groß-Berlin und 10 weitere für Maurer, die in größerer Entfernung von Berlin ihren Wohnsitz haben. Am Mittwoch früh begann die Kontrolle, deren Resultate erst spät im Hauptquartier bekannt wurden. Die Zahl der Aussperrten beläuft sich auf 800.

Die Stichwahlen in Oesterreich.

Am heutigen Tage finden in Oesterreich 169 Stichwahlen statt, und zwar sind unsere Parteigenossen, die sich am 14. Mai so wader geschlagen haben, an nicht weniger als 111 der engeren Wahlen beteiligt! Selbst wenn sich der große Kampfplatz besser übersehen ließe, als es in Wirklichkeit der Fall ist, wäre es doch vermessen, „Tipp“ über den vermutlichen Ausgang der Stichwahlen anzugeben; den die Kompliziertheit des national und sprachlich so stark zerklüfteten Reiches, die schon am Hauptwahltag ganz eigenartige Kombinationen schuf, sie dürfte den Tag der Stichwahlen noch eigenartiger, noch merkwürdiger gestalten.

Die Christlichsozialen sind an 29 Stichwahlen beteiligt und ihre Chancen müssen im allgemeinen als gute bezeichnet werden; zumal in Wien lächelt ihnen das Glück; denn die sogenannten „Freiialldeutschen“ wollen den roten Siegern vom 14. Mai die Wahlfreude nach Kräften vergällen und den Christlichsozialen — Luegers Kampfgenossen — heute zum Siege über die Sozialdemokraten verhelfen.

Aus Galizien, das doch schon am Freitag gewählt hat, sind noch immer nicht so viele und so klare Resultate bekannt, daß es möglich wäre, die Situation in diesem Kronland mit

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepolte Kolonette oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungs- und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

feinen 106 Mandaten zu überblicken. Aber soviel steht fest, daß hier in der nächsten Woche gleichfalls eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stichwahlen vorzunehmen sein wird. Was übrigens die Niederlage des Genossen Daszynski betrifft, so ist Aussicht vorhanden, diesen tapferen Streiter doch noch ins Parlament hineinzubekommen; denn da Genosse R e s e l zwei- mal gewählt ist — in Warburg und in Graz —, so wird Daszynski bei der Nachwahl in einem der beiden Kreise — vorzugsweise in Graz — kandidieren können. Die Herren Gegner der Sozialdemokratie dürften also zu früh triumphieren haben, als sie sich bei der Kunde von Daszynskis Niederlage ins Häuschen locken.

Dem heutigen Stichwahltag sieht die politische Welt, sieht vor allem die internationale Sozialdemokratie mit hoffnungsvoller Spannung entgegen. Wie die Resultate auch ausfallen mögen — das deutsche Arbeiterrecht, soweit proletarischer Eifer und politisches Verständnis in Frage kommen, des 14. Mai 1907, des ersten großen Siegestages unsern allgemeinen Wahlrecht würdig erweisen wird, daß können wir gewiß sein.

Unsere Gedanken weisen heute bei unseren hierländischen Brüdern, denen der 23. Mai eine freundliche Fortsetzung des glorreichen 14. bedeuten möge.

Der Triumph des Affessorismus.

Die Zusammenziehung des Kolonialsekretariates hat auch die freisinnige Presse zu dem Eingeständnis gezwungen, daß in der Kolonialpolitik trotz des neuen Dernburg-Sturzes der Affessor Trumpf bleibt. Dernburg bleibt der einzige Kaufmann unter allen Kolonialbeamten. Die übrigen Herren sind lauter Bureaucraten und ehemalige Affessoren.

Schon in seiner gestrigen Morgenausgabe äußerte das „Berl. Ztbl.“ sein Bestreben darüber, daß Herr v. Lindquist, der bisherige Gouverneur von Südwestafrika, zum Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes ernannt worden sei. Es sei doch viel rationeller gewesen, Herrn Vindequist in Südwestafrika zu lassen, wo er in den zwei Jahren seiner Gouvernementsstätigkeit ganze neun Monate anwesend gewesen sei. Vollends wunderbar sei es, daß dann an Stelle des Herrn von Vindequist der konservative Landtagsabgeordnete von Schudmann treten würde. Seine einzige Empfehlung sei die, daß er jüngst von der Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses herab eine Kapuzinade gegen das nächste Treiben in der Friedriehstraße und in den Berliner Nachkolonialen gehalten habe. Spötter behaupteten, daß Herr Schudmann aus einer intimen Kenntnis des Berliner „achtelbens“ heraus gesprochen habe. „Wir lassen das dahinstehen, aber wir zweifeln gleichfalls nicht daran, daß Herr v. Schudmann jedenfalls Berlin viel besser kennt als Südwestafrika.“

Seine ganze Kenntnis des Kolonialwesens bestimme darin, daß vor 15 Jahren einmal Herr v. Puttkamer sechs Monate lang in Kamerun verweilt habe. Uebrigens sei Herr Schudmann im Jahre 1900 wegen eines Augenleidens in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Wahrscheinlich werde man die beruhigende Versicherung erhalten, daß das Augenleiden inzwischen behoben sei. Das sei ja für Herrn Schudmann sehr erfreulich, aber es rechtfertige noch keineswegs seine Wahl zum Gouverneur von Südwestafrika.

In seiner gestrigen Abendnummer konstatiert das „Berliner Abendblatt“ nochmals ausdrücklich, daß unter den Beamten des Reichskolonialamtes außer Dernburg kein einziger Kaufmann sei. Das Blatt schließt seine melancholischen Betrachtungen:

Wir wollen deshalb nicht an der Qualifikation dieser Beamten zweifeln. Vielleicht sind sie, um mit Billigung zu sprechen, tüchtige, intelligente und brauchbare Männer, obgleich sie Affessoren waren. Nur die Erwartung einer Blutauffrischung gerade innerhalb des Kolonialamtes hat sich nicht erfüllt. Die Zeitung unserer Kolonien wird in Zukunft nicht in der Hand von „Amerikanern“, sondern von Bureaucraten liegen. Der Affessor triumphiert, wie er in Preußen und im Reich noch immer triumphiert hat. Golt man aber schon einmal einen neuen Mann heran, dann entpuppt er sich auch wieder als ein Produkt der Bureaucratie. Herr v. Schudmann lebte zwar seit sieben Jahren im Ruhestande, aber er ist doch auch einmal Regierungsdirektor gewesen. „Ich brauche Amerikaner“, sagte der Kaiser. „Machen wir.“ erwiderte die Regierung, und berief den konservativen Landtagsabgeordneten v. Schudmann an die Spitze von Südwestafrika. Das heißt man dann Kolonialreform.“

Auch die Zusammenziehung des Kolonialamtes ist wiederum ein eigenartiges Produkt der „konservativ-liberalen Paarung“. Der Affessorismus, der beseligt werden sollte, feiert seine höchsten Triumphe! Aber auch mit diesem Kleinfall wird sich der Liberalismus sehr bald absinden. Wenn die Herren von der Börse auch von den Beamtenstellen ausgeschlossen sind, so wird doch Herr Dernburg anderweitig für sie sorgen. Sollen doch allein die drei für Deutsch-afrika geplanten Eisenbahnbauten nicht weniger als 148 Millionen Mark kosten, wie die „Freisinnige Zeitung“ berechnet. Und wenn die „Freisinnige Zeitung“ heuchlerisch darüber klagt, daß die Kosten für all diese uralten Kolonialbahnbauten nicht vom privaten Kapital, sondern in letzter Instanz von dem Staat, d. h. den deutschen Steuerzahlern aufgebracht werden sollten, so reißt sich gerade deshalb unser Börsenliberalismus schamlos an die Hände. Wir haben ja kürzlich an verschiedenen Beispielen gezeigt, welche „brillantes Geschäft“ unsere Banken und Eisenbahn-Gesellschaften bei diesen Kolonialspekulationen machen. Die 600 000 Mark, die unsere Börseaner zur Spottentwahl gespendet haben — eine Summe, von der, wie Bebel im Reichstag ohne Widerspruch feststellte, nicht weniger als 200 000 Mark in die Taschen der freisinnigen Parteien geflossen sind — sind ja gerade in der Erwartung gespendet worden, daß Herr Dernburg die koloniale Venterpolitik der Vankokratie nach Möglichkeit fördere. Mögen also immerhin die Herren Affessoren die kolonialen Beamtenposten besetzen: der Börsenliberalismus macht darum nicht minder sein Geschäft. Und im Zeichen der Profitmacherei wird der Freisinn solange mit der Rechten durch die Dämmerung gehen, bis endlich dem geprellten, durch unerhörte Steuerbelastung ausgepörrten liberalen Kleinbürgertum die Augen übergehen!

Evangelisch-soziale Klopfflechtereien.

Der evangelisch-soziale Kongress, der heute in Ströburg tagt, wurde mit einer Ansprache des bekannten Professors Garmad eröffnet. Garmad ist der bekannte liberale

Theologe, der Stein des Anstoßes aller Orthodoxen. Er wurde kürzlich sogar als Anwärter für den Posten des preussischen Kultusministers genannt — einer der schönen liberalen Paarungsträume, die inzwischen längst ausgeträumt sind. Nebenbei hätte man Herrn Garmad gern zum preussischen Kultusminister machen können. Gehört er doch zu der Sorte von Liberalen, für die es kein wichtigeres Ziel der politischen Betätigung gibt, als die „Zurückdrängung der Sozialdemokratie“. Diese vermeintliche Zurückdrängung feierte denn auch der liberale Theologieprofessor im Eingang seines Vortrages besonders ostentativ. Vielleicht hat er die Hoffnung auf die Nachfolgerschaft Strauß' nicht aufgegeben! Zum mindesten suchte er sich in seiner Rede als durchaus harmlos liberalen Klopfflechter und geschworenen Gegner der Sozialdemokratie zu präsentieren. Der Herr trat für die Sozialpolitik ein, „trotz der Erschwerung, die die Sozialdemokratie durch maßlose Forderungen der Arbeiter, wie wir sie eben wieder erleben (Stichtundenforderung der Maurer?), der Förderung der sozialen Gesetzgebung bereite“. Auch die Frage der Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter bezeichnete Herr Garmad als eine „sehr subtile und keineswegs einfach zu lösende Frage“. Er bestritt eine Sozialpolitik und ein System der sozialen Affoziation, das aber der „eigenen Selbstbestimmung den notwendigen Spielraum zu lassen und die Tatkraft und die Eigenart des Einzelnen offen zu halten“ habe. Er befürwortete also eine Paarung von Mangelkretismus und Staatssozialismus!

Nicht besser stand es um die übrigen Reden. Professor Curtius verfocht die famose These, die evangelischen Geistlichen seien besonders dazu berufen, Sozialpolitik zu treiben, weil — sie „keiner politischen Partei zugeschworen“ seien. Professor v. Schulze-Gävernitz phantasierte von der „neudeutschen Kultur“. Im deutschen Sozialismus vollziehe sich zurzeit erfreulicherweise eine Loslösung von der Hegel-Marxistischen Grundtatsache. Diese theoretische Wandlung dürste auf die Dauer von nicht geringerer Bedeutung sein, als das Vordringen des gewerkschaftlichen Elements in der Partei. Der gute Mann hofft, daß im Jahre 2000, also im 100. Jahre der „gewerkschaftlich organisierten Oberschichten der deutschen Arbeiterwelt wirtschaftlich gesichert und anständig behauptet“ und infolgedessen auch vom „deutschen Kulturgedanken“ durchdrängt sein werden. Dieser „deutsche Kulturgedanke“ soll in der „Förderung der kapitalistischen Grundlagen der neuen deutschen Volkswirtschaft“ bestehen! Herr Schulze-Gävernitz gibt also der Dernburgischen Weltpolitik und der nationalen Schwärmerie eine Dauer von netto hundert Jahren! Schwarzseher werden nicht geduldet! Der greise Adolf Wagner war wenigstens so ehrlich, zuzugestehen, daß trotz der Hebung der Lebenslage mancher Arbeiterkategorien die Abhängigkeit des Arbeiters von der ungeheuren Kapitalkonzentration heute schlimmer sei als früher. In einer späteren Rede bezeichnete er — der christlich-soziale Gegner des Liberalismus — die liberale Kommunalverwaltung Berlins als die „rückständigste und rückwärtsgerichtetste der Welt“. Im übrigen aber droht auch Herr Wagner jenes staatssozialistische Stroh, das er bereits seit manchem Jahrzehnt unentwegt gedroschen hat.

Auch für die evangelisch-sozialen Kongresse gilt das 48er Wort: 99 Professoren, Vaterland, du bist verloren!

Zum Glück ist das deutsche Proletariat bereits derart zum Selbstbewußtsein erwacht, daß es seine sozialen und politischen Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt, ohne den evangelisch-sozialen oder sonstigen akademischen Klopfflechtern mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als es solch unfreiwilligen Humoristen der Politik gegenüber am Plage ist!

Die Landarbeiter in ultramontaner Beleuchtung.

„Das Zentrum wird agrarisch sein oder es wird nicht sein“ — hat einst der schlesische Zentrumgraf Strachwitz verkündet. Nach der Fürsorge, die das Zentrum dem Agrarierturn allzeit hat zuteil werden lassen, muß man anerkennen, daß es bemüht gewesen ist, im Sinne des Strachwitzschen Wortes seine Zukunft sicherzustellen. Das Zentrum hat viel für die Agrarier getan; es hat Bismarck im Jahre 1879 ermächtigt, die Getreidezölle einzuführen; es hat bei jeder weiteren Erhöhung mitgewirkt, und dem Zentrum dürfen die Agrarier in allererster Linie das Gelingen des letzten großen Raubzuges danken, den sie durch den Zolltarif im Jahre 1902 auf die Taschen des deutschen Volkes ausüben durften. Je mehr aber das Zentrum für die Grundbesitzer tat, desto beharrlicher wußte es sich der Fürsorge für den Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu entziehen, der ihrer sowohl durch seine Zahl wie durch sein Elend am meisten bedurft hatte: die Landarbeiter. Das Zentrum zeigte kein Gefühl für die traurige Lage und die Rechtlosigkeit der Agrarflaven. Zwar hat Herr Giesberts als Gewerkschafter in letzter Zeit wiederholt die Landarbeiterfrage erwähnt und auf die Notwendigkeit der Organisation der ländlichen Arbeiterbevölkerung hingewiesen — letzteres allerdings unter Vorbehalt, die deutlich genug bewiesen, wie wenig die Organisation der Landproletarier den Agrariern wehe tun sollte. Was in Wirklichkeit die Landarbeiter von ihren ultramontanen Freunden zu erwarten haben, das hat sich längst in Bayern gezeigt. Dort hatten sich, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ geschrieben wird, im Regensburger Bezirk eine Anzahl Landarbeiter dem christlichen Verbande der Hilfs- und Transportarbeiter angeschlossen. Wie das unter Christenleuten nun mal so üblich ist, ließen sich die frommen Zentrumsbauern diesen Eingriff in das patriarchalische Vorrecht nicht gefallen; die Gutsherren maßregelten die Wortführer der organisationslustigen Landarbeiter und kündigten ihnen auch die Wohnung. Daraufhin hat der genannte christliche Verband eine Versammlung veranstaltet, in der ein christlicher Gewerkschaftsführer bezüglich der Haltung der christlichen Arbeiter zur Landwirtschaft eine Anzahl Vorträge aufstellte. Darin wird zunächst hervorgehoben, daß die christlichen Gewerkschaften die Landwirtschaft als das Rückgrat des deutschen Volkes betrachten, daß sie demgemäß dem Zolltarif mit dem landwirtschaftlichen Zollschutz zugestimmt haben. Dafür wünschen sie nun auch eine „größere Beachtung des Landarbeiters“. Um nun im einzelnen zu zeigen, daß die Befürchtungen der Landwirte bezüglich der Organisation der Landarbeiter grundlos sind, wird angeführt:

„Die christlichen Gewerkschaften werden ihre Forderungen erst aufstellen nach reiflicher Ueberlegung und nach sorgfältiger Prüfung der jeweiligen Verhältnisse; vor allem ist eine Uebertragung der industriellen Löhne in die Landwirtschaft unmöglich.“

Die Arbeitszeit wird in der Landwirtschaft nicht auf bestimmte Stunden festzulegen sein, da die Landwirtschaft von der Günstigkeit der Witterung abhängig ist. Die Organisationen wollen nicht den Streit in die Landwirtschaft einführen, sondern durch

festen, angemessenen Verträgen der Landwirtschaft einen treuen Arbeiterjamm vermitteln und das Davonlaufen der Landarbeiter verhindern, dagegen aber auch den Arbeiter vor Ueberbortellungen durch den Arbeitgeber schützen. Die Gewerkschaften werden das Pflichtbewußtsein der Arbeiter heben und damit die Unfälle der Montagsbummel aufheben, Sparbarkeit heben und die Arbeiter zu Intelligenzen heranbilden, die ihre Arbeiten nicht mechanisch verrichten, sondern sich für ein Gedeihen ihrer Arbeit interessieren.“

Wehr an gesinnungsloser Unterwürfigkeit einem rücksichtslosen Unternehmertum gegenüber kann wohl nicht geleistet werden. Da erlauben sich fromme Agrarier, Landarbeiter auf die Straße zu setzen, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie einem gesetzlich erlaubten Verbands begetreten sind. Anstatt dieser Brutalität gegenüber die Rechte der Arbeiter zu wahren und den frommen Elanherkoren die Wahrheit zu sagen, ergeben sich die christlichen Arbeiterführer in Vereuerungen der Ergebenheit, indem sie ihre Organisation vor dem Unternehmertum als eine harmlose Kinderei herabwürdigend, die niemandem wehe tut und eher den Unternehmern als den Arbeitern dienlich ist. Eine „größere Beachtung des Landarbeiters“ wollen sie anstreben und „den Arbeiter vor Ueberbortellungen durch den Arbeitgeber schützen“ — im übrigen aber bestechen die Leitzeile in Befürchtungen, was alles für den Gutsherrn getan und für den Arbeiter nicht getan werden soll! Und mit dieser an Verräterei grenzenden Unterwürfigkeit wollen die christlichen Arbeiterführer dem Unternehmertum Achtung einflößen! —

Der Reichslügenverband bei der Maulwurfsarbeit.

Die Zeit der politischen Stille scheint der Reichslügenverband zu intensiver Kleinarbeit unter der Arbeitererschaft benutzen zu wollen. Aus allen möglichen Gegenden Deutschlands kommen jetzt Meldungen, daß die Liebertgarde mit Hilfe des Unternehmertums versucht, an die einzelnen Arbeiter heranzukommen. Ein reichsverbändlerisches Mundschreiben, das an die Industriellen von Baunzen und Umgegend gerichtet ist, ging uns zu. Es lautet:

Vertraulich. Baunzen, 10. Mai 07.

Sehr geehrter Herr! Die letzte hiesige Reichstagswahl hat gezeigt, daß auch hier ein beträchtlicher Teil der Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne steht, und seit jener Wahl ist die Sozialdemokratie im hiesigen Bezirke wieder eifrig am Werke, sich ihre Arbeitergeselligkeit zu erhalten und sie nach Möglichkeit noch zu vermehren. Besonders in ihrer Tagespresse ist sie mit Verheerung, Verleumdungen und Schmeicheleien beständig und lebhaft bemüht, vor allem die Arbeitererschaft von jedem Verkehr mit den übrigen Gesellschaftsklassen abzuhalten, ihr selbst das Lesen der bürgerlichen Zeitungen zu verbieten, um so die Arbeiter nur den sozialdemokratischen Irrlehren zugänglich und der sozialdemokratischen Führung unbedingt gefällig zu machen.

In Anbetracht dessen gilt es jetzt, die Arbeiter mit aufklärendem Lesestoff zu erreichen, damit ihre vollständige Vergewaltigung durch die Sozialdemokratie verhütet und vereitelt wird.

Die unterzeichnete Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie beabsichtigt deshalb, den einzelnen Arbeitern in ihren Befahrungen möglichst durch die Post Flugblätter zu schicken, in denen verhandelt wird, in sachlicher, ruhiger Weise allmählich die Arbeiter über das wahre Wesen der Sozialdemokratie und darüber, wie die Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie vertreten worden sind, aufzuklären, sie von der grundsätzlichen Wichtigkeit friedlichen Einvernehmens mit den Arbeitgebern zu überzeugen und sie zum Wiederanschluß an die übrigen Volksgenossen zurückzugewinnen.

Sie werden daher höflich gebeten, der unterzeichneten Ortsgruppe zu diesem Zwecke ein Verzeichnis aller Ihrer Arbeiter, Vorarbeiter usw. unter Angabe von deren Wohnungen baldmöglichst zuzulassen.

Von besonderem Nutzen und ganz besonders dankenswert würde es sein, wenn Sie die Güte hätten, dabei mitzuteilen, welche Ihrer Arbeiter zu den eingetragenen, einer gegenseitigen Beeinflussung unzugänglichen Sozialdemokraten gehören.

Etwasige Anregungen Ihrerseits in dieser Angelegenheit würden dankbar aufgenommen werden. Strengster Verschwiegenheit seitens der unterzeichneten Ortsgruppe dürfen Sie sich versichert halten.

Die Sitzungen des Reichsverbandes und der unterzeichneten Ortsgruppe desselben sowie eine kleine, die Entstehung des Reichsverbandes darstellende Flugchrift folgen zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme und mag nur noch hervorzuheben sein, daß der Reichsverband außerhalb der bürgerlichen Parteien steht und nun die Sozialdemokratie bekämpft.

In größter Hochachtung

Die Ortsgruppe Baunzen des Reichsverbandes

gegen die Sozialdemokratie.

gez. Eberhardt, Landgerichtspräsident a. D.

Die „Münchener Post“ veröffentlichte dieser Tage ein Zirkular, das von der bayerischen Geschäftsstelle des Lügenverbandes ausging und von Bamberg datiert an ein staatliches Forstamt gesendet war. Es hieß darin, daß unter den Waldarbeitern eine Bewegung im Gange sei auf Koalition aller Waldarbeiter. Man müsse versuchen, diese an sich berechnete Bewegung in Bahnen zu leiten, „die dem Staatsinteresse entsprechen“. Das heißt es soll versucht werden, die Waldarbeiter von sozialdemokratischen Bahnen fernzuhalten. Das Forstamt wird gebeten, diesem Bestreben des Reichsverbandes „hülfreiche Hand“ zu bieten. Wörtlich heißt es weiter:

„Das Bestreben für das erste darin, uns die Namen aller in Ihrem Forstamt bediensteten Rotmeister mitzuteilen und durch die Herren Forstamtsassessoren, sowie durch die Organe des Forstamtes, die Beamten und Bediensteten u. in geeigneten Formen, die den sol. Argwohn nicht hervorzurufen, die Arbeiter auf unsere Bestrebungen, sie in dem Sinne vaterländischer Arbeitervereine zu koalieren, hinweisen zu wollen.“

Der ergebenst Unterfertigte befindet sich zurzeit bei Ableistung einer militärischen Übung (1) und kann von Ende Mai an seine Tätigkeit zur Organisation der Waldarbeitererschaft energisch aufnehmen. Er würde dann im Benehmen mit Euer Hochwohlgeboren gerne einmal einen Vortrag vor den Arbeitern halten und damit die Organisationsarbeit einleiten.

Wir bitten nun Euer Hochwohlgeboren ergebenst, uns Bescheid über die angeführte Frage zukommen zu lassen, und bemerken wir gleichzeitig, daß wir uns mit gleicher Post mit Herrn Oberforstdirektor v. Huber und den Regierungsforstabteilungen aller Kreise in Verbindung setzen, um auch hier an maßgebender Stelle unsere Ziele darzulegen und um offiziellose Unterstützung zu suchen.“

Zum Schluß wird gebeten, die Sache streng vertraulich zu behandeln.

Im Thüringer Wald besucht ein Geschäftsführender des Reichslügenverbandes die Unternehmern, dem ein Zirkular des Reichsverbandessekretärs Sängers zu Erfurt vorarbeiten soll, das die „Erfurter Tribüne“ jüngst veröffentlichten konnte. Es heißt darin:

Es ist bekannt, daß die Arbeiter in ihrer Mehrzahl ausschließlich sozialdemokratische Zeitungen lesen, wozu sie teilweise durch unerbitterten Terrorismus gezwungen werden, die natürliche Folge davon ist, daß die Leute einseitig urteilen und dadurch zu unerfüllbaren Forderungen sich veranlassen sehen.

Einem solchen Verhalten gegenüber kann nur eine Zeitung helfen, die einzig den Zweck verfolgt, in der Arbeiterschaft aufzuklären und während für den nationalen Gedanken zu wirken, dabei aber politisch, konfessionell und wirtschaftlich neutral (!) bleibt.

Die „Nationale Volkszeitung für Thüringen“ ist zu diesem Zwecke im Jahre 1903 ins Leben gerufen und hat sich ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen gezeigt. In Rücksicht darauf, daß die Arbeiter ein Abonnement vielfach aus Furcht vor den sozialdemokratischen Schlägen nicht wagen, hat sich eine Anzahl Fabrikanten veranlassen gesehen, dieses Abonnement der „Nationalen Volkszeitung“ für jeden ihrer Arbeiter aus eigenen Mitteln zu bewilligen, so daß die Zeitung dem betreffenden Arbeiter durch den Briefträger regelmäßig zugestellt wurde und er trotzdem versichern konnte, er sei nicht Abonnent (!) dieser Zeitung.

Dieses Opfer der Herren Fabrikanten hat sich als gute Kapitalanlage erwiesen (!), denn die Wohltätigkeit mindert sich erheblich, das Verhältnis zwischen ihnen und ihren Arbeitern besserte sich zum Nutzen beider Teile.

Im Interesse einer politischen Befundung unserer Arbeiterschaft möchten wir Sie herzlich bitten, doch auch Ihrerseits mit Beiträgen und für Ihre Arbeiter eine entsprechende Anzahl der „Nationalen Volkszeitung“ zu abonnieren, es genügt hierzu die Anfertigung beiliegenden Bestellscheins, welchen Sie nebst den Adressen Ihrer Arbeiter uns überbringen wollen, worauf wir dann von hier aus das Postabonnement veranlassen und Ihnen Rechnung überbringen werden.

Die „Magdeburger Volksstimme“ endlich hat ein vertrauliches Rundschreiben der Ortsgruppe Magdeburg des Lügenverbandes veröffentlicht, das an die Unternehmer verandt wurde und worin der vom Reichsverband gegründete „Verband reichstreuer Arbeiter“ den Herren warm empfohlen wird. Die bezeichnendste Stelle daraus lautet:

Da der neue „Verband reichstreuer Arbeiter“ bereits von einer Anzahl der Herren Arbeitgeber freundlichst begrüßt und als ein sehr dringendes Bedürfnis gegen die überhandnehmenden sozialdemokratischen Verbindungen anerkannt ist, auch bereits eine verhältnismäßig große Zahl gutgesinnter treuer Arbeiter ihren Beitritt zu diesem neuen Verbände angemeldet hat, so glauben wir, daß es möglich sein wird, mit Hilfe dieser neuen Organisation — die wir in der Hand zu halten beabsichtigen — nach und nach den unerträglich werdenden sozialdemokratischen Terrorismus zu brechen und einen Keil in die sozialdemokratische Organisation zu treiben. Um dieses erreichen zu können, bedürfen wir der tatkräftigen Mithilfe aller Herren Arbeitgeber.

Überall also sind die Maulwürfe des Reichslügenverbandes eifrig an der Arbeit. Das ausgesprochene Ziel ist, eine sichere Streikbrechergarde für die Unternehmer zu schaffen. Die Arbeiterschaft soll gespalten werden, indem man einen Teil der Arbeiterschaft korrumpiert. Vereine, die die Herren vom Lügenverbande „in der Hand behalten“, eine Presse, die alle Lügen über die Sozialdemokratie zusammenträgt, sind die Mittel, die dem edlen Ziel dienen. Glücklicherweise ist die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit längst über das Stadium hinaus, in der ihr solche elende Lockungen verderblich werden könnten. Immerhin muß die Maulwurfsarbeit, die durch diese Veröffentlichungen aufgedeckt wird, die Partei- und Gewerkschaftsgenossen allerorts anspornen, mit gesteigerter Kraft an der Gewinnung der Indifferenten zu arbeiten. Tut die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Schuldigkeit, so kann sie sicher sein, daß die schmutzige Wühlarbeit des Reichslügenverbandes den Siegeszug der Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai 1907.

Es kriselt im Zentrum.

Die Sprengversuche, die durch die Hottentottwahl gegen den Zentrumssturm unternommen wurden, sind doch nicht ganz ergebnislos gewesen. Wenn einstweilen auch nur einige Steine abbrockeln, so macht sich doch innerhalb des Zentrums der Auflösungsprozess allmählich immer härter bemerkbar. Während von der einen Seite die Zentrumsarbeiter immer unbequemer einen wenn auch noch naiven und unklaren Klassenkampfstandpunkt markieren, treten auf der anderen Seite die agrarischen Bestrebungen und der kapitalistische Klasseninstinkt immer ungesümmter hervor. Zu diesen einstweilen nicht zu überschätzenden, aber immerhin zu registrierenden Zerlegungssymptomen ist auch die Affäre Grandinger zu rechnen. Die liberale Kandidatur des katholischen Pfarrers Grandinger — Pfarrer Grandinger hat nicht nur trotz verschiedener Warnungen und Mahnungen des bamberger Erzbischofs an seiner liberalen Kandidatur festzuhalten erklärt, sondern es hat sich jetzt auch ein anderer katholischer Pfarrer, Krammel in Wolzshaus, gefunden, der in der liberalen „Mugsburger Abendzeitung“ die liberale Kandidatur eines katholischen Pfarrers verteidigt. Die „Germania“ setzt sich einstweilen aufs hohe Pferd und meint, der Erzbischof von Bamberg habe ja nur davon gesprochen, daß Grandingers Kandidatur in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes Kergernis erregen würde. Daß einzelne Teile daran kein Kergernis nähmen, beweisen ja die Pfarrer Krammel und Grandinger. Sie schienen gar nicht einmal zu fühlen, „welch trauriges Zeugnis sie sich selbst ausstellten.“

Bekanntlich haben während der letzten Reichstagswahl eine ganze Reihe sehr angelegener und sehr begüterter Katholiken sich gegen die Zentrumspolitik erklärt. Diese Abspaltung ebendem ultramontanen Kapitalisten vermochte den Zentrumssturm nicht zu erschüttern. Sollte aber das Beispiel der beiden katholischen Pfarrer Nachahmung finden und ein Teil der Kaplanokratie der Fahne der Zentrumskapitalisten folgen, so könnte das dem Zentrum höchst unangenehm werden!

Die erneute Verhandlung des Falles Pöplau

soll nunmehr am Freitag vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I beginnen. Es handelt sich bekanntlich um ein Strafverfahren gegen den früheren Geheimen Sekretariats-Assistenten in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Oskar Pöplau, der wegen Vergehens gegen den sogenannten Art. 1. Paragraphen (§ 483a des Strafgesetzbuches) angeklagt ist. Dieser § 483a lautet: „Ein Beamter im Dienste des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, welcher die Amtsverschwiegenheit dadurch verleiht, daß er ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Schriftstücke oder deren Inhalt anderen widerrechtlich mitteilt, wird, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 8000 M. bestraft.“ — Der Angeklagte soll drei Urkunden, die er vermög seines Amtes erhalten haben soll, anderen mitgeteilt haben. — Die Vorgänge, die zur Anklage geführt haben, sind bekanntlich schon einmal im Februar vor Gericht erörtert

worden. Nach mehrtägiger Verhandlung verfiel der Prozeß damals der Verurteilung, weil der Angeklagte erkrankte und nach dem Gutachten des Medizinalrates Dr. Hoffmann nicht mehr verhandlungsfähig war.

Auch bei der diesmaligen Verhandlung vor der dritten Strafkammer wird Landgerichtsdirektor Langner wiederum den Vorsitz führen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Lindow, die Verteidigung wird wieder der Rechtsanwalt beim Kammergericht Vertz am führen. Die Verhandlung dürfte eine ganze Reihe von Sitzungstagen in Anspruch nehmen, da die Zahl der zu vernehmenden Zeugen diesmal noch größer sein wird, als bei der vorigen Verhandlung. Darunter wird sich diesmal auch der Geh. expedierende Sekretär Schneider befinden, auf dessen Vernehmung der Angeklagte das vorige Mal so großen Wert legte, der aber wegen seines leidenden Zustandes damals nicht vor Gericht erscheinen konnte. Dem Vernehmen nach sollen außer dem Abg. Erzberger auch noch einige andere Abgeordnete als Zeugen vernommen werden; auch sollen mehrere höhere Beamte vor Gericht erscheinen.

Gegen die Immunität der Abgeordneten

wählen unausgesetzt die Konservativen. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:

„Infolge der Vertagung der Reichstagsession dauert die Einstellung des gerichtlichen Strafverfahrens gegen eine ganze Reihe von Reichsboten bis in den Sommer 1908 hinein, vielleicht sogar noch ein Jahr länger fort, da das für den nächsten Herbst angehängte Beratungsmaterial zur zweiten Vertagung bis 1909 zwingen kann.“

Es sei höchst bedauerlich, daß nunmehr den Verleumdungen die Möglichkeit abgeschnitten ist, Sühne zu erlangen. Nach Ablauf von zwei oder gar drei Jahren dürften alle diese Strafverfahren schon der alldann sehr erschwerten Zeugenvernehmungen wegen gegenstandslos geworden sein. Es würde sich angesichts solcher Zustände empfehlen, die parlamentarische Immunität während der Dauer einer mehrmonatlichen Vertagung zu durchbrechen und das ein für allemal gesetzlich festzulegen.“

Die Immunität der Abgeordneten ist ein Recht des gesamten Volkes. Sie ist unentbehrlich zur wirksamen Ausübung des Mandats und würde selbst dann noch vorgehen müssen, wenn wirklich in einzelnen Fällen einzelne Personen dadurch benachteiligt würden — was übrigens noch sehr fraglich ist. Die obige Notiz ist wieder ein neuer Beweis, mit welcher Fähigkeit die Konservativen an den geringen parlamentarischen Garantien nagen, die wir in Deutschland haben. Sie verfolgen dabei den Zweck, unsere parlamentarischen Institutionen überhaupt zu untergraben. —

Streit um die Deute.

Infolge der immer weiter fortschreitenden Hungersnot in den südrussischen Gouvernements an der Wolga steigert sich der Strom der Auswanderer, von denen sich viele nach Deutschland wenden. Die deutschen Industriellen wissen diese günstige Gelegenheit, billige und willige Arbeitskräfte zu erlangen, zu schätzen. In den Grenzorten tauchen bereits die zweifelhaftesten und anrüchlichsten Werbeagenten auf, um Auswanderer, die meistens Deutsche sind, einzufangen und sie den deutschen Knochenmühlen vielfach unter falschen Vorpiegelungen zuzuführen.

Darob erbofen sich nun aber die Agrarier. Sie empfinden die Werbungen der Industrieagenten schwer als unehrlichen Wettbewerb, die Auswanderer, so meinen sie, gehören von Gott und Rechts wegen der notleidenden Landwirtschaft. Entlieft schreibt das Organ der Landbildler Ostpreußens:

„Nun, wir glauben, daß diese Deutschen, welche doch in Russland ausschließlich als — zumeist selbständige — Ackerbauer tätig gewesen sind, wenig Reizung haben werden, sich als Arbeiter in die Bergwerke und Fabriken der rheinischen Großindustriellen sperren zu lassen. Das könnte nur durch Täuschung über die Art der Arbeit, die ihrer wartet, oder dann vielleicht erreicht werden, wenn sie in Unkenntnis darüber bleiben, daß bei uns auch noch Hunderttausende fleißiger Hände in der Landwirtschaft Erwerbsoffenerheiten finden können. Hoffentlich lassen sich unsere Landwirtschaftskammern hier von den rheinischen Großindustriellen nicht den Rang ablaufen. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer ist, wie uns mitgeteilt wird, dahin vorstellig geworden, diese Landwirte deutscher Nationalität der ostpreussischen Landwirtschaft zuzuführen.“

Für die Auswanderer wird es ziemlich gleichgültig sein, ob sie in die Hände ostbaltischer Junker oder rheinisch-westfälischer Schlotbarone fallen. Hier wie dort blüht ihnen die intensivste Ausbeutung und wenn auch die Industriearbeiter im allgemeinen etwas mehr Bewegungsfreiheit haben, als die menschenunwürdig geknechteten Landarbeiter — die rheinisch-westfälischen Großindustriellen bemühen sich mit Eifer, für ihre Arbeiter diesen durch die Gesetzgebung erzielten Vorteil praktisch zu zerstören. Und bei rechtlosen Ausländern, die die Staatsgewalt dienstfertig ausweist, wenn sie „unbuntmäßig“ werden, d. h. wenn sie sich nicht nach Belieben der Herren stumm und ergeben ausbeuten lassen, kann ihnen das nur zu sehr gelingen.

Die Reichstagswahl ist öffentlich.

Diese gesetzliche Bestimmung muß unglaublicherweise immer wieder vor Gericht gegen amtliche Angriffe verteidigt werden.

Aus Reiz wird uns geschrieben: Der Arbeiter Franz Haase aus Teuchern war am 25. Januar nach Reußen bei Teuchern gegangen, um der Wahlhandlung beizuwohnen. Als der Wahlvorsteher Krel Legitimation verlangte, zeigte ihm H. seinen Militärpaß. Das war aber dem Wahlvorsteher nicht genügend, er wies den H. aus dem Lokal und als der Mann nicht ging, schob ihn der Wahlvorsteher höchst eigenhändig aus dem Zimmer. Haase erhielt Anklage wegen Hausfriedensbruches (!) und das Osterfelder Schöffengericht verurteilte ihn auch zu 16 Mark Geldstrafe (!) In den Urteilsgründen hieß es, daß der Angeklagte sich „widerrechtlich im Geschäftsräum des Wahlvorstehers aufgehalten“ habe und „daß die Volksrechte durch das Verhalten des H. gefährdet wurden.“ (!)

Gegen das Urteil hatten sowohl H. als auch der Osterfelder Amtsanwalt, ein Bürgermeister Jäkel, Berufung eingelegt. Die Sache kam also vor dem Rammberger Landgericht zur Verhandlung. Rechtsanwalt Dr. Dittenberger-Hülle als Vertreter Haases, beantragte Freisprechung, da nach dem Wahlgesetz niemand das Recht habe, den Aufenthalt im Wahllokal zu verbieten, da die Wahlhandlung eine öffentliche ist. Wenn das Osterfelder Schöffengericht davon spreche, daß Volksrechte gefährdet werden müßten, so habe nicht der Angeklagte sie gefährdet, sondern der Wahlvorsteher durch sein Verhalten. Der Staatsanwalt zog zwar die Berufung des Amtsanwalts zurück, verlangte aber auch Vertagung der Berufung des Angeklagten.

Der Gerichtshof hat das Osterfelder Urteil aufgehoben und Haase freigesprochen. In den Urteilen heißt es: Die Reichstagswahl ist öffentlich. Kein Richter oder Zuschauer braucht sich zu legitimieren. Insbesondere besteht keine Vorschrift, daß sich jemand als Wähler ausweisen müsse. Der Wahlvorsteher war höchstens berechtigt, bei einer Uebertretung oder bei unpassendem Benehmen eine Ausweisung aus dem Wahllokal vorzunehmen. Da beides hier nicht vorlag, war, wie gesehen, zu erkennen.

Ob nun endlich die gewissen Herren Wahlvorsteher einsehen, daß sie ungefällig handeln, wenn sie unsere Genossen aus dem Wahllokal weisen?

Wagendrüden

verursacht offenbar das „Wogumer Volksblatt“ einigen Wogumer Richtern. Vor einer Strafkammer des Wogumer Landgerichts stand am 15. Mai ein Arbeiter unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. In der Urteilsbegündung betonte der Vorsitzende, daß der Angeklagte Behauptungen über den deutschen Kaiser getan habe, die

eine gräßliche Kränkungsberleiung enthalten. Als Strafmildern habe das Gericht in Betracht gezogen, daß der Angeklagte als ein Opfer der unverständlichen und unvernünftigen Fiktion des sozialdemokratischen „Volksblattes“ betrachtet werden müsse.

Den betreffenden Richtern liegt also das „Volksblatt“ schwer im Magen. Wozu man unserem Parteiorgan nur gratulieren kann. —

Freisinniger Anstand.

Mit einer Flut von dummen Nebenarten und schalen Bihelereien hat die „Freisinnige Zeitung“ zu verdecken gesucht, daß sie den Genossen Ledebour verleumdet hat. Sie mußte nämlich zugeben, daß sie für ihre Behauptung, Genosse Ledebour habe aus dem Stenogramm seiner Reichstagsrede, die dem Herrn Kampf Anlaß zu einer verunglückten Rede auf die Redefreiheit gab, anstößige Worte gestrichen und durch Bedankensprüche ersetzt, ohne jede sachliche Unterlage aufgestellt hat. Denn sie weiß auf die Feststellung des Genossen Ledebour, daß er am Stenogramm nichts geändert hat, nichts Sachliches zu erwidern. Das genügt. —

O welche Lust, Soldat zu sein!

So kann der im Elßah geborene Russe Albert Albert Fy fingen, der seiner Dienstzeit in Erfurt genügt. Ueber ein Jahr diente er in der französischen Fremdenlegion. Dort wurde er wegen Verschleuderung von Dienstgegenständen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Abhängige entzog er sich durch die Flucht nach Deutschland. Hier war er aber wegen unerlaubter Auswanderung mit 600 Mark Geldstrafe oder entsprechender Haft bestraft. Die Haftstrafe hat er verbüßt. Jetzt stand er nun vor dem Kriegsgericht in Erfurt wegen Simulation zum Zwecke der Dienstentziehung. Der Angeklagte klagte über die Verschaffenheit seiner Augen. Durch einen Zeugen wurde auch festgestellt, daß er in Algier an der ägyptischen Augenkrankheit sehr gelitten habe. Er gibt an, den Dienst nie verweigert zu haben, nur will er auf weite Entfernungen nichts sehen können, da er immer ein starkes Jammern vor den Augen habe. — Sein Hauptmann und Kompagnieführer stellt ihm ein gutes Zeugnis aus. Unlust gegen den Dienst habe er nicht feststellen können, er nehme tatsächlich an, daß der Angeklagte wirklich schlecht sehe. — Zwei Oberstärzte als Sachverständige bekundeten aber, daß die Verschaffenheit der Augen des Angeklagten eine so gute sei, daß wohl eine geringgradige Kurzsichtigkeit und vielleicht auch ein Jammern vorlomme, daß aber die behauptete starke Kurzsichtigkeit nicht vorhanden sei. Simulation liege unzweifelhaft vor. Daraufhin wurde der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Wegen Fluchtverdacht wurde auch die sofortige Verhaftung ausgesprochen. —

Frankreich.

Clemenceaus Hymne an die Ordnung.

Paris, 21. Mai. (Fig. Ver.)

Clemenceau hat gestern in Clermont-Ferrand einige Ansprachen gehalten, die ihm nun auch das reichhaltige Lob des „Temps“ eintragen, der sein Mißtrauen gegen ihn noch nach der letzten, gegen Briand abgeleiteten Kammerrede ausgesprochen hatte. Der Ministerpräsident bekommt das Zeugnis ausgesprochen, daß seine politischen Grundzüge ganz auf dem Niveau der derzeitigen Briand'schen stehen. Daß jenes Zeugnis wohl verdient ist, beweisen folgende Äußerungen Clemenceaus: Jedermann, der Unordnung stiftet, ist ein wahrer Verbrecher gegen die Republik... Wir wollen, daß... die Bürger Kundgebungen freier Männer veranstalten, aber wenn Gewalttäter da sind, die zu Nord, Süd, Ost und West Antipatriotismus anstiften, dann wende ich mich an meinen Freund Guhot-Derzeigne, den Justizminister, und frage ihn: „Könnten diese Leute nicht ein wenig in den Gefängnissen des Landes stillgelegt werden?“ — Also sprach der berühmte Verteidiger der individuellen Freiheit! „Antipatriotismus“, das heißt: eine Gesinnung, setzt er als gleichwertig neben die Tat des Mordes und Minderens, und mit patriarchalischem Traumenhumor setzt er sich über den Rechtsbruch hinweg, der in der Verhängung der grundlosen Präventivhaft liegt. Nebenbei bemerkt ist das, was Clemenceau über die Manifestationsfreiheit gesagt hat, direkt eine Unwahrheit; denn bei der unterdrückten Kundgebung für die Sonntagsschule handelte es sich um ein Gesetz, nicht um „Antipatriotismus“ und dergleichen.

Im übrigen sind die Leute, die den „Temps“ machen, viel zu klug, um sich mit Worten wie „Freiheit unter Wahrung der Autorität“ und ähnlichen zu begnügen. Sie verlangen vielmehr von dem besetzten Antiautoritär praktische Beweise der löblichen Unterwerfung: vor allem die Zurückstellung der Einkommensteuer und die Vorrangstellung der Verschleuderung des Gesetzes über den Ruhetag sowie die Erledigung des Gesetzes über das Vereintigungsrecht der Beamten, d. h. die offizielle Konfiskation ihres Koalitionsrechts! Die Regierung soll also zunächst dem antiformalistischen Blod Gelegenheit geben, sich einzugegenieren!

Jaurès, der immer noch versucht, eine Politik der radikalen Reformen durchzusetzen und Clemenceau dazu zu treiben, sein Versprechen: mit der radikalen Linken zu regieren, einzulösen, soll von dem bühnenden Ministerpräsidenten desavouiert werden. Die Lösung der Situation ist aber nicht nur für die parlamentarische Taktik der Sozialisten, sondern für die bürgerlich-radikale Partei von entscheidender Bedeutung. Was der „Temps“ will, ist die Bildung einer sozialreaktionären Mehrheit auch um den Preis der bei der vorgeschlagenen Politik unermesslichen Sprengung der radikalsozialistischen Partei. Da sich aber Clemenceau überhaupt nur noch durch die Fiktion einer radikalen Politik an der Regierung erhält, würde er, wenn er den Ratschlägen seiner neugewonnenen Lobredner folgte, nur den Abgang auf dem er selbst sieht. Wagt er aber auch genug Altersanzeichen aufzuweisen, so viel Schläue hat er sich gewiß noch bewahrt, um nicht geradeaus in diese Falle zu gehen. Da er sich andererseits die Mühe zu einer eifrig radikalen Politik schon fast ganz abgeschnitten hat, so bleibt ihm kaum etwas anderes als eine Taktik des Ravierens, die niemand zufriedenstellen kann und über kurz oder lang die offene Krise herbeiführen wird. —

Belgien.

Ein Minister als Verleumder.

Brüssel, 22. Mai. Gestern kam es in der Kammer zu heftigen Anstößen, als der neue Arbeitsminister Hubert in recht ungehobelter Weise während einer Interpellation über den Kohlenbergarbeiterstreik zu Hufard behauptete, die Streikleiter führten gegen den Willen der Arbeiter den Ausstand fort, weil sie, die Streikleiter, hierfür täglich 500 Fr. bezögen! Die Sozialisten erhoben einen unbeschreiblichen Lärm. Delporte nannte den Minister einen unheimlichen Verleumder, und Schimpfworte wie „Lump“ und „Lügner“ regneten auf den Minister nieder. Schließlich wurde Delporte zur Ordnung gerufen; er erklärte sich bereit, seine gegen den Minister gerichteten Beschimpfungen zurückzunehmen, wenn dieser seine Behauptungen beweise! Das Schwach befehle Hubert erklärte sich durch die Stimmen der Liberalen und Konservativen-Liberalen für die Aufrechterhaltung des Ordnungszustandes. Unter allgemeiner Erregung wurde die Sitzung geschlossen.

England.

London, 22. Mai. Der Beschluß der irischen Nationalkonvention in Dublin wird in gleicher Weise von radikalen wie unionistischen Plättern als ein Schlag für die Regierung

aufgefasst. Allgemein wird erwartet, daß der Virrelische Gesetzentwurf zurückgezogen werden wird.

Der konservativ „Daily Telegraph“ spricht den Verdacht aus, daß Campbell Bannerman die Absicht habe, seine imperialistischen Kollegen im Kabinett zu Fall zu bringen und in der Frage von Homerville für Irland an das Land zu appellieren.

Das englische Asylrecht.

London, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Das Handelsamt veröffentlichte vor einigen Tagen den ersten Jahresbericht über die Einwanderung im vereinigten Königreich seit Inkrafttreten des neuen Fremdengesetzes. Im Jahre 1906 landeten 465 000 Personen, von denen — nach Abzug der Durchreisenden usw. — 88 527 als Einwanderer zurückblieben. Von diesen waren: Russen und Polen 12 882, Franzosen 10 116, Italiener 5350, Deutsche 3186, Norweger, Schweden und Dänen 1295, Oesterreicher und Ungarn 1223, Schweizer 983, Holländer 798, Spanier und Portugiesen 572, Amerikaner aus den Vereinigten Staaten 552, Belgier 380, aus anderen Nationalitäten 1240. Von den Einwanderern waren 22 986 Männer, 11 040 Frauen und 4462 Kinder. Der gesetzliche Inspektoren wurden 64 213 Personen unterworfen und im ganzen 985 Personen zurückgewiesen, davon 733 wegen unzureichender Mittel und 252 wegen Krankheiten.

Nachzu alle Zurückgewiesenen legten Berufung ein, und dieser wurde in 442 Fällen Folge gegeben, so daß nur 493 Personen wirklich die Zulassung ins Land verweigert wurde.

Wahr enthält das Gesetz die Bestimmung, daß politische Flüchtlinge keinerlei Schwierigkeiten bei der Einwanderung in den Weg gelegt werden dürfen, leider muß aber konstatiert werden, daß die Zurückgewiesenen zum Teil unglückliche Russen und Polen waren, zwar keine direkten politischen Flüchtlinge, aber doch Leute, die ihrer Heimat den Rücken gekehrt hatten, weil sie sich nicht sicher fühlten. In vielen Fällen konnten die Zurückgewiesenen sogar die gesetzlich vorgeschriebenen 5 Pf. Sterl. (100 Mk.) aufweisen, wurden aber von den Beamten dennoch zurückgewiesen, weil man annahm, sie würden keine Arbeit finden können! —

Bekanntlich wurde das Gesetz von der letzten konservativen Regierung gemacht, welche die Ausführung desselben feindlich gesinnt und engherzigen Beamten überließ, denen außerdem jede fremde Sprache unbekannt ist. Der Arbeiterpartei gelang es zwar im vergangenen Jahre, die liberale Regierung zu zwingen, Rücksicht zu üben. Wie sich aber nunmehr herausstellt, ist diese Rücksicht nur auf den Hafen von London beschränkt geblieben; in den übrigen der Inspektion unterstellten Häfen ist man bis jetzt trotz der liberalen Regierung auf dem engherzigen, das Asylrecht gefährdenden Standpunkt stehen geblieben.

Es kostete dem Staate 1 400 000 Mk., die 493 Ausländer dem Lande fernzuhalten, das macht also a Person fast 3000 Mk. Bei Berücksichtigung all der angeführten Zahlen bekommt das „Asylgesetz“, welches ja überhaupt unter dem Vorwande entstand: das Schwigsystem solle eingedämmt werden, denn doch ein anderes, leider nicht schmerzlos Gesicht.

Indien.

Lahore, 22. Mai. (B. Z. B.) In der Umgegend von Rawalpindi sind seit längerer Zeit Gerüchte über Brunnenvergiftungen, die auf Veranlassung der Regierung gesehen sein sollten, in Umlauf gewesen, ohne daß es der Polizei gelingen wollte, den Ursprung dieser Gerüchte festzustellen. Besonders stark war die Erregung der Bevölkerung über diese Gerüchte in Gajon-Abdal, wo es hieß, eine Krankheit wie die Pest sei dort nicht vorhanden, sondern die Regierung habe absichtlich durch besondere Sendlinge die Trinkbrunnen in ganz Punjab vergiftet und dadurch 100 000 Menschen wöchentlich hingerichtet lassen. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, den Urheber dieser Gerüchte in der Person eines Hindu festzustellen und zur Bestrafung zu bringen. Er ist zu zwei Jahren schweren Kerlers und 500 Rupien Geldstrafe verurteilt worden. Ein Helfershelfer von ihm, der tatsächlich geheimnisvolle Klumpen in Brunnen geworfen und dabei behauptet hat, daß er im Auftrage der Regierung handle, erhielt 18 Monate schweren Kerlers.

Die russische Revolution.

Die Nordgeschichte und die Monarchisten.

Petersburg, 22. Mai. Die Monarchisten veröffentlichten heute in der „Kotwoje Wremja“ einen offenen Brief an den Dumapräsidenten Solowin, der von 54 Mitgliedern der Duma unterzeichnet ist. Sie wiesen in diesem Schreiben Solowin vor, daß er trotz der absichtlichen Abwesenheit des linken Blodes erklärt habe, die Duma mißbillige einseitig das Attentat auf den Kaiser. Der Brief schließt: „Ihre Worte über Einmütigkeit klingen uns wie Heuschrecke und erschrecken uns unwidrig des hohen Postens, den Sie einnehmen. Wir halten es für unsere Pflicht, dies durch öffentliche Erklärung bekannt zu machen, damit Ihre Worte Rußland nicht irreführen und nicht den wahren Charakter dieser „einmütigen“ Erklärung verheimlichen.“

Die russischen Pladereien.

Selingsfors, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Der Feldzug der russischen Revolverpresse gegen Finnland, der in der letzten Zeit von ihr ganz besonders schmutzig geführt wurde, war natürlich nur das Vorpiel zu den Maßnahmen der russischen Regierung, die denn auch nicht warten ließen. Schon seit Monaten drang die russische Regierung auf den finnländischen Senat ein, für die abfahrenden und ankommenden Auslandsreisenden wieder die Passkontrollen einzuführen. Jetzt wird der Wunsch Stolypins endlich erfüllt werden: Mit der kommenden Woche tritt wieder die alte Passverordnung vom Jahre 1888 in Kraft, nach der alle Schiffspassagiere, die das Land verlassen oder ins Land kommen, der Polizei einen Auslandspass vorzeigen müssen. Unter dem Regime Bobriskoff wurde diese Verordnung sehr streng gehandhabt; sie fiel aber, als im Oktober 1905 das finnische Volk seine alte Verfassung erlangte. Stillschweigend wanderte damals auch jene Verordnung in die Mumpelkammer. Jetzt wird sie nun hervorgeholt. Den Dampfergesellschaften ist die Vorschrift zugegangen, Zohrkarten nur an Passagiere zu verkaufen, die einen Auslandspass vorweisen können! Außerdem wird noch eine Kontrolle der Pässe bei der Ankunft und beim Abgang der Dampfer ausgestellt werden. Die Reedereien müssen den Abgang eines Dampfers der Polizei einen Tag vorher melden; diese prüft dann an Bord des Schiffes die Pässe. Vorläufig wird die Kontrolle von der finnischen Polizei ausgeübt werden, doch wenn nicht alles täuscht, ist die russische Regierung eifrig bestrebt, dieses schöne Handwerk recht bald in die Hände ihrer Gendarmen zu legen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schmiede! Bei der Firma Hiese, Tiefbaugesellschaft m. B. G., Werkstatt Ronnenbaum, sind sämtliche Kollegen wegen Verweigerung von Ueberstunden entlassen worden. Wir erlauben den Bezug streng fernzuhalten und die Werkstatt als gesperrt zu betrachten. Zentralverband der Schmiede. Zahlstelle Berlin.

Achtung, Arbeiter in Zementfabriken!

Selt drei Wochen kämpfen die Arbeiter der Vernburger Zementfabrik um eine Lohnerhöhung von 2—3 Pf. pro Stunde. Alle Bemühungen der Direktion, von arbeitslos Streikbrecher zu erhalten, sind an der Wachsamkeit der Kollegen gescheitert. Wie uns nun mitgeteilt wird, versucht jetzt die Betriebsleitung ihre dringenden

Austräge in anderen Zementfabriken ausführen zu lassen, indem sie Sätze mit der Aufschrift „Vernburger Portland-Zementfabrik“ dort füllen läßt.

Wir erlauben deshalb alle Arbeiter in Zementfabriken, falls in einem Betriebe diesbezügliche Wahrnehmungen gemacht werden, sofort an Unterzeichneter zu berichten.

Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes.

Hannover, Mühlstr. 5, III.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter im Waingebiete.

Die angekündigte Aussperrung von 60 Proz. der Metallarbeiter wird wohl am Sonnabend, den 25. Mai, perfekt werden. Die Unternehmer tun alles, um eine friedliche Beilegung der Differenzen in Offenbach zu verhindern; sie lehnen Einigungsversuche seitens der Vertreter der Arbeiter brüsk ab. Diese Herren, die das Recht, sich selbst in einem Verbands zusammenzuschließen, als selbstverständlich ansehen, wollen das Recht den Arbeitern verweigern, sie wollen die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen.

In einem sehr höflichen Schreiben des Bezirksleiters des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Verband der Metallindustriellen in Frankfurt a. M., hat dieser um eine persönliche, verbindliche Aussprache über die schwebenden Differenzen. Die Unternehmer stellen sich aber auf den brutalen Herrinshaus-Standpunkt und lehnten den Vorschlag des Bezirksleiters rundweg ab. In dem Antwortschreiben heißt es:

„Wir teilen wir Ihnen mit, daß wir Ihre Wünsche um Verbeilegung einer persönlichen Aussprache zwischen Ihnen und uns über die in den Offenbacher Maschinenfabriken zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern entstandenen Streitigkeiten nicht zu entsprechen vermögen, da unser Verband nach wie vor irgend welche Verhandlungen zwischen Vertretern der Organisationen oder auch nur unter Zugewehrung von solchen als Veräter oder Zuhörer ablehnt.“

Das ist die Sprache der schärfsten Scharfmacher, und so wird es kommen, daß durch diesen Gewaltstreik des Unternehmertums am Sonnabend Tausende von braven Arbeitern aufs Pflaster fliegen.

Das Unternehmertum wird aber die Arbeiterschaft gerüstet finden. In einigen gut organisierten Fabriken beschließen die Arbeiter, bei Durchführung der Aussperrung mit den restlichen 40 Prozent in den Streik einzutreten.

Zur Holzarbeiter-Bewegung.

In den meisten Städten sind die Differenzen im Holzgewerbe beigelegt. In Dresden scheiterte das bekanntlich daran, daß die dortigen Unternehmer entgegen den Abmachungen des Arbeitgeberverbandes in Berlin den Dresdener Tischlergeschäften der Möbel- und Bauindustrie einen einseitigen verschlechterten Tarif ausdrängen wollten. Darauf ließen sich diese aber nicht ein, sondern verlangten, daß bis zur Einigung über den neuen Tarif der bisherige Tarif weiter gelten sollte.

Jetzt hat nunmehr öffentlich die Tischler-Zwangsgewerkschaft und der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe bestätigt, daß sein bisheriges Verhalten wider Treu und Glauben verstieß. Beide Organisationen veröffentlichten in den Dresdener bürgerlichen Blättern Inserate, in denen sie die Aussperrung aufhoben und die Wiederaufnahme der Arbeit auf den 23. Mai ansetzen. Bis zur endgültigen Regelung der Tariffrage wird nach dem alten Tarif gearbeitet. Die Holzarbeiter nehmen in einer Versammlung am Mittwochabend Stellung zu dieser neuesten Frontänderung der Unternehmer, die mit ihrem Versuch, im Trüben zu fischen, ganz gründlich abgefallen sind und sich öffentlich blamiert haben.

Streik der Hamburg-Altonaer Seeleute.

Wie im vergangenen Jahre, so haben auch heuer die Reeder jede Verhandlung mit den seemannlichen Arbeitern brüsk zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß ihnen Beschwerden der Seeleute nicht bekannt seien. Ob dieser schändlichen Behandlung sich gegen eine äußerst schäbige Entlohnung frondenden und unter der drakonischen Seemannsordnung seufzenden Schiffslenten der Geduldsfaden. Am 20. Mai reichten sie beim Reederverein ihre sehr bescheidenen Forderungen ein, sich bereit erklärend, mit den Reedern in Unterhandlungen zu treten. Um die Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben zu sehen, beschloßen die Seeleute von Hamburg-Altona in der am Dienstagabend in Altona stattgehabten Reiseveranstaltung die sofortige Arbeitseinstellung. In einem auf den Schiffen zur Verbreitung gelangten Flugblatte heißt es u. a.:

„Wir fordern eine einheitliche Regelung der Heuerzüge, eine Erhöhung beziehungsweise einheitliche Festsetzung des Ueberstundenlohnes, eine einheitliche Regelung der Kündigungsfristen, des Ueberstundenwesens, des Wagesystems und des Anbeuerungswesens. Wir fordern, daß uns einmal Gelegenheit gegeben wird, unsere Klagen über Bemannung, Behandlung und Beförderung den Reedern selbst vorzutragen zu können.“

Die Forderungen decken sich, mit Ausnahme der Bezahlung für Ueberstunden, für die statt 40 50 Pf. gefordert werden, mit den vorjährigen. Der Streik umfaßt die Hamburg-Altonaer Schiffe in Nord- und Ostsee wie in transatlantischer Fahrt. Während viele Diffeereedereien sich mit den Forderungen einverstanden erklärt haben, wurde in Hamburg, dem Sitz der Oberscharfmacher, die Parole nach den Diffeereedereien übermitteln, den Tarif nicht anzuerkennen. Den Hamburg-Altonaer Seeleuten blieb mithin weiter nichts übrig, als sofort die weiteren Anmusterungen zu inhibieren, welchem Beschlusse am Mittwoch in weitestem Maße Rechnung getragen wurde.

Ausland.

104 Treibriemenfahler haben am 18. Mai in Wien einmütig die Arbeit eingestellt wegen Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wassenaussperrungen in der norwegischen Papier- und Zelluloseindustrie.

Die „Norwegische Arbeitgebervereinigung“, die ihrem Statut nach für „gute und beständige Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“ sorgen will, hat in den letzten Wochen ihre Aufgabe darin erblickt, einige große Konflikte hervorzurufen, und sich hierzu die großen Papier- und Zellulosefabriken im südlichen Norwegen erwählt. Die den Arbeitern aufgewungenen Kämpfe begannen mit einer Wasseraussperrung in den Fabriken vom Embretschos in der Gegend von Drammen. Hier hatten die Arbeiter eine Freigabe des 1. Mai nachgefordert, was ihnen denn auch ohne weiteres zugestanden wurde. Nachträglich verlangte man jedoch, daß jeder einzelne Arbeiter ein Gehalt von Freigabe des Tages unterzeichnen sollte. Das lehnten die Arbeiter, die in ihrer Organisation einmütig die Wasserwerke beschlossen hatten, ab und seierten gleichwohl den Tag. Darauf kam die Wasseraussperrung, die noch jetzt andauert. Bald darauf wurde sämtlichen Arbeitern von Sien's Papierfabrik gekündigt. Hier hatte der Fabrikant selbst verlangt, daß die Arbeiter ihre Forderungen, die sie kurz vor dem Hauptvorstande des Arbeitsmannsverbandes zur Begutachtung überwiesen hatten, einreichen sollten, weil, wie der Fabrikant sagte, er aussperren möchte, falls bis zum 11. Mai ein Tarifvertrag nicht zustande käme. Die Firma hatte sich eben erst der Arbeitgebervereinigung angeschlossen. Nachdem sie ihre Forderung eingereicht hatten, wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt. Sie sollten zu Pfingsten ausgesperrt werden. Inzwischen ist es hier jedoch zu einer Einigung gekommen.

Im Ausland befinden sich die Arbeiter der Union, Stoff- und Mafersos-Papier- und Zellulosefabriken, ungefähr 1100 Mann. Eine neue große Wasseraussperrung, die 2000 Arbeiter umfassen wird, ist auf Ende dieser Woche angekündigt. Sie betrifft sämtliche Arbeiter der Vorregaards- und Hafslunds-Säffit-

fabriken bei Gardsborg, die einer englischen Aktiengesellschaft gehören. Hier sind sowohl die Arbeiter wie die Fabrikleitung geneigt zu verhandeln, aber die Arbeitgebervereinigung sucht die Verhandlungen zu hintertreiben.

Der Streik in den Randminen.

London, 20. Mai. Gestern fand in Johannesburg eine Delegiertenversammlung statt, in welcher die Vertreter von 27 produzierenden Minen einstimmig beschlossen, am Dienstag, den 21. Mai, einen Generalstreik aller gelernten Arbeiter zu proklamieren. Voraussetzungen sind also die Arbeit in allen Minen, mit Ausnahme der Minen der Robinsongruppe, lahmgelegt werden. Die Ursache, daß die Robinsongruppe von der Streikbewegung unberührt bleiben sollen, liegt daran, daß in diesen Minen die Arbeiter auch in Zukunft nur mit zwei Bohrmaschinen zu arbeiten brauchen, während alle anderen Randmagaten die Arbeiter zwingen wollen, mit drei Maschinen zu arbeiten. Das Arbeiten mit den Bohrmaschinen in den Goldminen ist sehr gesundheitschädlich, umso mehr da in Transvaal bis jetzt eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung fehlt, welche Schutzmaßnahmen vorschreibt.

Alle Korrespondenzen, die hier aus Johannesburg einlaufen, sind darin einig, daß die Situation sehr gefährlich ist, da man befürchtet, daß die Chinesen ausständig werden. Die öffentliche Meinung ist auf der Seite der kämpfenden Arbeiter, da die Rand-Magaten die Einsetzung eines Schiedsgerichts brutal von sich gewiesen haben. Aber auch die Arbeiter sind bis äußerste empört. Nach ihrer Meinung handelt es sich um einen Kampf ums Dasein. Unter den weichen Arbeitern ist die Arbeitslosigkeit stetig gewachsen, man versucht die gelernten Arbeiter durch ungelernete Chinesen zu ersetzen, da, wie es sich herausstellt, dieselben es verstehen, die Behandlung der Bohrmaschine sehr schnell zu erlernen.

Zum Hafenarbeiterstreik in New York. 400 Streikbrecher, von der White Star-Linie ange stellt, sind zu den Streikern übergegangen. In Hoboken wurde ein Streiker erschossen und ein anderer verwundet, als sie sich Streikbrechern näherten.

Hus der Frauenbewegung.

Für das allgemeine Frauenwahlrecht in Norwegen haben die sozialdemokratischen Frauen Norwegens am 17. Mai, dem Tage des Verfassungsfestes, große Demonstrationen veranstaltet. In Kristiania zählte der Demonstrationzug unserer Parteigenossinnen 700 Teilnehmer. Eine Resolution wurde angenommen, die dem Storting überandt werden soll. Es wird darin scharf hervorgehoben, daß man nicht ein von der Steuerkraft abhängiges Wahlrecht verlangt, wie das den norwegischen Frauen im Jahre 1901 gewährte kommunale, sondern das allgemeine Wahlrecht, wie es die Männer in Staat und Kommune besitzen. Andernfalls würden, wie in den Kommunen, nach Einführung des politischen Frauenwahlrechts auch im Staate noch ungefähr 200 000 erwachsene Frauen wahlrechtslos bleiben.

Das Konstitutionskomitee des Stortings hat dieser Tage über die Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts abgestimmt. Die Mitglieder haben sich für das allgemeine Frauenwahlrecht erklärt, vier für das beschränkte, wie es in den Kommunen besteht, abhängig von der eigenen oder des Ehemannes Steuerleistung für mindestens 300 Kronen Jahreseinkommen auf dem Lande und 400 Kronen in den Städten. Nur ein Mitglied des Konstitutionskomitees hat sich grundsätzlich gegen das Frauenwahlrecht erklärt.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nehmen jetzt eine abwartende Stellung zu der Frage ein. Sie sind offenbar ganz damit zufrieden, wenn sie und ihre Klagen genossinnen das Wahlrecht erhalten. Darum nahmen sie auch nicht an den Frauenwahlrechtsdemonstrationen vom 17. Mai teil. Ihre Wahlrechtsfrage ist so gut wie gelöst. Denn daß der Storting demnächst das Frauenwahlrecht, wenn auch nur für den steuerfähigen Teil der Frauen beschließen wird, ist sicher.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Neue Gesellschaft.“ Heft 8. Herausgeber Dr. H. Braun und Ely Braun. Preis 10 Pf. Verlag Berlin W. 15.
„Band der Berliner Grundbesitzervereine. 1. Jahresbericht 1906.“ II. Der Bund und seine Einrichtungen 1907. 98 Seiten. Verlag: Geschäftsstelle des Bundes, Berlin O. 2.
„Zeitschrift für Sozialwissenschaft.“ Heft 5. Herausgegeben von Dr. J. Wolf. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 5 Mk. Einzelheft 2 Mk. 12 Hefte ein Band. Verlag: A. Deichert Nachf., Leipzig.
„Die Entwicklung des Christentums von den Ursprüngen bis zur Gegenwart.“ Groß 4 Mk., geb. 5 Mk. Verlag: A. F. Lehmann, München.
„Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge.“ Von D. Kähle. 20 Pf. Buchhandlung „Bremer Bürgerzeitung“, Bremen.
„Plutus.“ Heft 20. Herausgeber: G. Bernhardt. Verlag: Charlottenburg, Goethestraße 69.
„Die Philosophie des Krieges.“ Von Dr. E. R. Steinmetz. (Natur- und kulturphilosophische Bibliothek, Band VI.) 7 Mk., geb. 7,50 Mk. Verlag: A. Ambrosius Barth, Leipzig.
„Der Mensch und die Erde.“ Uebersetzungen 22—24. Herausgeber von H. Kraemer. 120 Uebersetzungen a 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Vogt u. Co., Berlin W. 67.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Drei Menschen erstochen.

Lüneburg, 22. Mai. (B. Z. B.) Als ein Gendarm in Garstedt einen Fahrraddieb verhaften wollte, zog dieser das Messer und stach den Gendarm nieder. Bei der Verfolgung erstach der Täter, ehe er verhaftet werden konnte, noch einen Knecht und einen Stellmacher.

Die rebellischen Weinbauern.

Paris, 22. Mai. (B. Z. B.) Der Organisator der Protestbewegung der Weinbauern erklärte in einer Unterredung: Wenn die Regierung bis 10. Juni keine befriedigenden Maßregeln getroffen habe, so würde die Steuerweigerung sowie die Demission der gewählten Körperschaften verfügt werden. Er fügte hinzu, daß das Exekutivkomitee Beschlüsse treffen werde, welche von allen Weinbauern befolgt werden müssen. Alle diejenigen, welche diesen Beschlüssen nicht nachkommen würden, würden als Verräter betrachtet werden. Am 9. Juni abends wird in Montpelier die Steuerweigerung verfügt und der Regierung eine Frist von acht Tagen gegeben werden, nach deren Ablauf dann auch die Demissionen der Gemeinde- und Generalkräfte erfolgen werden.

Eine Riesenfeuersbrunst.

Marseille, 22. Mai. (B. Z. B.) Das „Echo de Chine“ berichtet: Die Stadt Bodune in der nördlichen Randschure ist am 7. April durch eine Feuersbrunst zerstört worden. 433 Wohnhäuser sind ein Raub der Flammen geworden. 25 Personen und 2000 Stück Lastvieh sind umgekommen.

Eingeführte Bräde.

Belgrad, 22. Mai. (B. Z. B.) Bei dem Dorfe Breskani unweit Pobjarewoy stürzte eine über die Morawa führende Holzbrücke ein, als 20 Landleute sie passierten. Der Wehrgeld derselben gelang es, sich durch Schwimmen zu retten, sechs Bäuerinnen und ein Kind ertranken.

Der Streik in den Randminen.

Johannesburg, 22. Mai. (Meldung des Reuterschen Telegraphenbureaus.) Der Ausstand der weichen Bergarbeiter ist allgemein geworden. Gegenwärtig feiern die Belegschaften auf 37 Gruben.

Neuer Industrie- und Handelshafen in Frankfurt a. M.

Die Stadt Frankfurt a. M. plant zur Hebung ihres Handels und Verkehrs und zur Heranziehung industrieller Unternehmungen die Anlage eines Hafens von riesigen Dimensionen.

Das für den Hafenbau ausersehene Gelände liegt im Osten der Stadt. Es hat eine Gesamtlänge von zirka 4 Kilometer und eine mittlere Breite von 900 Meter, so daß es eine Grundfläche von rund 350 Hektar bedeckt.

Das Industrie- und Hafengebiet erhält Wasser- und Bahnanschluss. Schleusenanlagen sind weder im Unter- noch im Oberhafen erforderlich, da alle Hafengebiete nicht nur auf Rheintiefe angelegt, sondern im Unterhafen der Oberhafen und der Handelshafen im Oberhafen das Querbeden außerdem noch als Sicherheitshafen gebaut, d. h. auf 3,95 resp. 4,90 Meter ausgedagert werden, so daß selbst bei niedrigstem Wasserstande Raum für 170 bis 200 der größten Rheinschiffe vorhanden ist.

Lagerhäuser, Dock- und Werftanlagen, Kräne und sonstige Hebe- und Transporteinrichtungen, ein Hafen-Elektrizitätswerk, eine Turbinenanlage zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Frankfurter Mainwehres, sowie eine Müllverbrennungsanstalt zur Erzeugung billiger Dampfkraft werden in zweckmäßiger Weise im Hafengebiet angelegt werden.

Durch einen städtischen Hafensbahnhof mit besonderem Rangiergleis soll der Verkehr zwischen dem Osthafen und dem Südbahnhof der Staatsbahn hergestellt werden.

Durch die Anlagen wird die ganze Talmulde zwischen Frankfurt-Vornheim, Seebach, Eulheim, Bergen und Feschenheim wie mit einem Schilde für die Bebauung erschlossen, und auf der linksrheinischen Seite, zwischen Offenbach, Oberstadt und Sachsenhausen wird zweifellos gleichfalls ein mächtiger Anstoß für die Bebauung gegeben.

Die Gesamtkosten des Projektes sind auf 57 1/2 Mill. Mark veranschlagt, wovon rund 22 Millionen Mark aus dem Grunderwerb und 35 1/2 Millionen auf die Baukosten entfallen. Das Gelände befindet sich fast gänzlich im Besitz der Stadt, was durch planmäßigen, seit Jahren betriebenen Ankauf von Grundstücken durch die Gemeinde erreicht worden ist.

Der preussische Staat, der für seinen Ostbahnhof aus der neuen Hafenanlage nicht geringen Vorteil haben wird, zahlt zu den gewaltigen Kosten nicht nur keinen Pfennig, sondern fordert von der Gemeinde für die Ueberführungen über den Ostbahnhof, soweit dieselben auf Wunsch der Gemeinde die Normaldimensionen überschreiten, auch noch besondere Zuschüsse. Die Gemeinde Frankfurt muß die zirka 60 Millionen aus eigener Kraft aufbringen. Der Magistrat schlägt zur Finanzierung des Unternehmens außer einer Anzahl kleiner Veräußerungsgelder für besondere Leistungen eine allgemeine Versteuerungsgebühr, die Verpachtung der Lagerplätze und den Verkauf des Industriegebietes vor.

Die Ausführung des ganzen Projektes ist auf vier Bauabschnitte verteilt. Zunächst gelangt der größere Teil des Unterhafens zur Ausführung, der möglichst sofort in Angriff genommen und gleichzeitig mit dem neuen Ostbahnhof und dem neuen Ostpark bis zum Jahre 1910 fertiggestellt sein soll. Für die Fertigstellung des zweiten Ausbaues, der den ganzen Unterhafen betreffen soll, ist das Jahr 1915 in Aussicht genommen. Der Oberhafen soll dann gleichfalls in zwei Abschnitten fertiggestellt werden, doch hängt die schnellere oder langsamere Inangriffnahme dieser Arbeiten vollständig ab von dem Wachsen des Bedürfnisses für Lade-, Lager- und Industrieplätze.

Für den ersten Ausbau, auf den der größte Teil der Grunderwerbskosten entfällt, werden insgesamt 28 348 000 M. erforderlich sein, von denen rund 12 Millionen Mark auf dem Wege einer Anleihe beschafft werden sollen. In einer Denkschrift, die über 100 Seiten Quartformat umfaßt, begründet und erläutert das Tiefbauamt der Stadt Frankfurt das gewaltige Projekt. Die städtischen Kollegien haben demselben bereits ihre Zustimmung erteilt. Auch die sozialdemokratische Fraktion des Stadiverordneten-Kollegiums hat sich im Prinzip dafür erklärt. Ihr Redner nannte die Bewirkung des Projektes die Neugründung einer Industriestadt neben dem heutigen Frankfurt, die ein Kulturwerk im eminentesten Sinne darstellen werde, wenn dabei von vornherein planmäßig nach modernen sozialen Grundsätzen verfahren werde.

projektierten Anlage vorzunehmen, würden unübersehbare Schwierigkeiten bereitet, wenn sie das jetzt im Besitz der Stadt befindliche, kurzfristigerweise aber wieder verkaufte Gelände mit enormen Mitteln zurückzukaufen müßte. Die Gemeinde habe die Pflicht, eine vorausschauende, auf die künftige Entwicklung Bedacht nehmende Politik zu treiben. Deshalb sei die Verpachtung dem Verkauf selbst dann vorzuziehen, wenn es in den ersten Jahren notwendig sei, zur Verzinsung des entsprechend größeren Anleihekapitals teils laufende Staatsmittel heranzuziehen. Wenn das dann den Anstoß zu einer gerechteren Verteilung der Gemeindesteuern gäbe, würden die minderbemittelten Klassen keine Ursache haben, damit unzufrieden zu sein, und die bemittelten Schichten möchten den Opferinn und den Gemeindefinn, die in der Denkschrift zum Schluß mit Emphase gerühmt würden, einmal praktisch betätigen.

Die Vorlage, die größte, sowohl an sich wie hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und finanziellen Tragweite, die das Frankfurter Stadterordneten-Kollegium je beschloffen hat, wurde dem Tiefbau- und dem Finanzausschuß überwiesen, wo es Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter sein wird, zu versuchen, ihr eine Gestalt zu geben, daß sie auch im einzelnen die Zustimmung der Arbeiterschaft finden kann.

14te ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

(Offizieller Bericht des Verbandsvorstandes.) Zweiter Verhandlungstag.

München, 20. Mai 1907.

Vormittags-Sitzung.

Es folgt die Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses. Die darauf bezüglichen Anträge 1—56 werden mit zur Debatte gestellt. Aus denselben heben wir das Wichtigste hervor.

Die Einzelmitglieder im Königreiche Sachsen wünschen an Stelle der jetzigen Form der Organisation die festere Form der Verwaltungsstellen zu setzen. Diese Umwandlung soll dazu führen, die Organisation innerlich zu festigen, persönlichen Zwist leichter erledigen zu können und die Verwaltungsarbeiten zu vereinfachen. Dieser Standpunkt wird von Probst-Leipzig vertreten. Dagegen wendet sich Haack-Dresden, der dies der sächsischen Delegation überweisen will. Weinkämpen-Dresden warnt vor Errichtung von Verwaltungsstellen in Sachsen, weil damit der Behörde die Möglichkeit gegeben sei, die Aufnahme jugendlicher Arbeiter in den Metallarbeiterverband zu verhindern.

Die Behandlung der Ausschlussanträge durch den Vorstand wird von Weinkämpen-Dresden verteidigt. Die Behandlung der einzelnen Fälle durch den Gesamtverband, wie sie der Ausschuss verlangt, sei praktisch unmöglich. Speziell im Fall der Ausschlüsse von Langer, Böbler und Genossen in Dresden sei noch viel zu lange gezögert worden, weil die Overtreiberien der Genannten die Organisation riesig geschädigt haben. Der Ausschuss habe es nicht einmal für nötig erachtet, sich in Dresden wegen dieser Sache an zuständiger Stelle zu erkundigen, sondern er hat nur mit den Angeklagten korrespondiert, welche diese Korrespondenz in Mitgliederkreisen gegen die Verbandsinteressen ausgenützt haben.

In ausführlicher Weise begründet Reichel-Stuttgart die Stellung des Vorstandes im Fall Karlsruhe, wo es sich um Leute handelte, die ihre ganze Verbandsbetätigung in der Uebung einer giftigen Kritik erblickten und der Vorstand hat mit dem Ausschluß dieser Elemente ein gutes Werk getan. Nicht der Vorstand, sondern der Ausschuss habe hier gegen das Statut gehandelt. Der Vorstand könne sich nicht durch kleinliche Formalitäten von Handlungen zurückhalten lassen, die im Interesse des Verbandes liegen.

Dihmann-Frankfurt a. M. hält die Begründung Reichels nicht für stichhaltig. Die Erhebungen, welche von jenen des Vorstandes aufgenommen werden, sollen nicht nur im Erscheinen beschleunigt, sondern es soll auch mehr nach dieser Richtung geleistet werden. Dieser Standpunkt wird von König-Dortmund vertreten und mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Regierung nach dieser Richtung hin ihre Schuldigkeit nicht tut.

Reichel-Stuttgart teilt zwar diese Meinung insoweit, als auch er es für wünschenswert erklärt, weist aber darauf hin, daß mit dem heutigen Arbeitspersonal nicht mehr geleistet werden könne. Es müsse das Beamtenpersonal ganz bedeutend vermehrt werden.

Haack-Gewelsberg verlangt ebenso bedeutend größere Leistungen auf diesem Gebiet.

Dihmann-Frankfurt a. M. fordert ebenfalls mehr Erhebungen, wünscht in Verbindung damit auch eine jährliche Zusammenstellung der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge.

Die Verantwortlichkeit der Bezirksleitung wünscht Weinkämpen-Köln auch den Mitgliedern gegenüber auf Bezirkskonferenzen. Es seien in einigen Bezirken insofern schlechte Erfahrungen gemacht, als beobachtet worden ist, daß die Meinung der Bezirksleiter sich häufig ändert, nachdem dieselben mit dem Vorstand Konferenzen abgehalten haben.

Demgegenüber bemerkt Reichel-Stuttgart, daß die Bezirksleiter in erster Linie dem Vorstand, dann aber der Generalversammlung gegenüber verantwortlich seien. Die Statutenberatungskommission habe Änderungen vorgeschlagen.

Das spätere Erscheinen der Jahrbücher, welches moniert wird, erklärt Reichel-Stuttgart mit der Ueberlastung der Beamten und einer Reihe von Krankheitsfällen.

Die Agitation wird von König-Dortmund besprochen. Das Ruhrgebiet sei derart dicht von Metallarbeitern bevölkert, daß sei ein so weites Agitationsgebiet, daß es nötig ist, einen Bezirksleiter allein für dieses Gebiet anzustellen.

Die Exkursion in die Charlottenburger Wollfabrik-Ausstellung wird von einer ganzen Reihe von Rednern kritisiert. Es sei ein Fehler, daß der Besuch nicht besser ausgenützt werden könnte. Dieser Fehler liege jedoch an der Verwaltung der Ausstellung. Es wird gewünscht, daß deswegen die Exkursionen nicht unterbleiben, sondern daß der Besuch gemacht wird, die Fehler zu besichtigen. Die Reiseunterstützung bei Eisenbahnfahrten ist nach der Meinung einiger Delegierter unzulässig beschränkt. Das frühere System des Fußreisens sei mit Recht als rückständig bezeichnet und der Vorstand habe durch diese Einschränkung rückwärtlich gewirkt.

Reichel verteidigt die Stellungnahme des Vorstandes. Es handelt sich nur um eine Einschränkung, die im Verbandsinteresse liege. Es seien sogar Bahnfahrtskarten nach Orten ausgegibt worden, die gesperrt gewesen seien. Es seien demzufolge nur Beschränkungen vom Vorstande angeordnet, welche durchaus zu rechtfertigen seien.

Die Verhinderung der Verbandsbeamten wünscht Dihmann grundsätzlich entschieden in dem Sinne, daß ein Teil der Beiräte verbandsseitig gewählt wird, gleichviel, wo dieselben verifiziert sind. Besser wäre es freilich, wenn die Versicherungen verschmolzen würden.

Unterrichtskurse für die Verbandsbeamten

werden allgemein empfohlen. Der Vorstand müsse Mittel und Wege finden, Ersatzkräfte für die Beamten zu finden, die durch die Teilnahme an den Unterrichtskursen ihrer Tätigkeit entzogen werden.

Dihmann-Frankfurt a. M. geht noch weiter und verlangt auch Ersatzkräfte für die Fälle, in denen Verbandsbeamte an den Kurzen der Parteiskule teilnehmen.

Unterbrochen wird die Debatte über den Bericht des Vor-

standes und des Ausschusses durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Junge-Hamburg erstattet. Die Kommission empfiehlt Gültigkeitserklärung der sämtlichen beanstandeten Mandate. In Wühlheim a. d. Ruhr sollen Wahltermine nicht eingehalten worden sein. Diese Behauptung ist unzutreffend. In Dresden haben Querulanten, deren Arbeit mit den Bestrebungen der Organisation nichts zu tun hat, sich Wahlbeeinflussungen zuschulden kommen lassen durch Verbreitung von Flugblättern, welche Unwahrheiten und ungerechtfertigte Angriffe auf die Verbandsbeamten enthalten. Da das Verteilen von Flugblättern an sich schon einen Verstoß gegen das Wahlreglement darstellt, ist diese Wahl für ungültig erklärt worden und Neuwahlen ausgeschrieben worden. Wegen diese Neuwahlen richtet sich der vorliegende Protest. Es soll den Mitgliedern das Vorschlagsrecht beschnitten worden sein. Die Vorschläge sind in einer Vertrauensmännerversammlung gemacht und von einer Mitgliederversammlung bestätigt. Bei einer Zahl von 13 000 Mitgliedern sei es ausgeschlossen, anders zu verfahren. Die Handlungsweise des Wahlkomitees ist also vollkommen korrekt. Gerügt wird noch, daß der Vorschlagstermin nicht länger hinausgeschoben wurde, auch die Kontrolle zu scharf gewesen sei. Weides hat die Kommission auf Grund des Materials als ungerechtfertigt erklärt. Die Kommission beantragt daher Gültigkeit der Wahl und verlangt, daß die Generalversammlung die Wiederholung solcher Dinge durch eine entsprechende Erklärung verhindert. — Die Generalversammlung beschließt in beiden Fällen, die Beschlüsse der Mandatsprüfungskommission zu den ihrigen zu machen.

Nachmittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Frenke-Berlin im Auftrage der Bezirksleitung eine Erklärung ab, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung wendet, die in der Vormittags-Sitzung von Weine gegeben ist, daß die Bezirksleiter ihre Meinung nach den Beratungen ändern. Weine erklärt, daß er mit seinen Ausführungen nur Verbesserungen habe anregen wollen.

Danach wird die Debatte über die Berichte des Vorstandes und Ausschusses fortgesetzt. In Sachen der Errichtung von Verwaltungsstellen in Sachsen erklärt Böhle-Leipzig, eine ganze Anzahl von sonst nur schwer zu erledigenden Sachen könnte durch die bessere Verwaltungsarbeit mit Leichtigkeit geregelt werden. Das Bestätigungsrecht des Vorstandes gehe beim jetzigen System zu weit. Die Holzarbeiter Leipzigs haben gute Erfahrungen gemacht.

Schäffler-Leipzig: Die Verhältnisse in Leipzig würden in nichts geändert, wenn eine Verwaltungsstelle errichtet wird; es soll die Errichtung der Verwaltungsstelle dazu dienen, die Entscheidung des Vorstandes bei Streiks zu beseitigen. Die Gegner der Errichtung von Verwaltungsstellen können hier ihre Gründe nicht offen aussprechen. In Leipzig wird jedoch viel gegen die sonst anderwärts üblichen Unsanften gebandelt. R. B. werden in die Parteipresse von unterantworlichen Personen Berichte eingeliefert, die der Verwaltung Schwierigkeiten bereiten.

Haack-Dresden bemerkt, daß bei den Erkundigungen über die Erfahrungen, welche andere Gewerkschaften mit der Errichtung von Verwaltungsstellen in Sachsen gemacht haben, auch solche sind, die durchaus ungünstig seien. Die fakultative Einführung von Verwaltungsstellen sei undurchführbar und bei obligatorischer Einführung sei der größte Schaden zu erwarten.

Verbandstag der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Berlin, 22. Mai 1907.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung begann die Debatte über den Bericht des Vorstandes. Der erste Redner, Zimmer-Breslau schilderte die Verhältnisse in Schlesien und Posen. In Schlesien werde die Ausbreitung des Verbandes dadurch erschwert, daß kein Versammlungsorte zu bekommen sind. Der Redner wünscht, daß die Generalkommission die Lösung der Lokalfrage, die ihr durch die Vorständekonferenz übertragen sei, energischer als bisher in die Hand nehme. Ein großes Hindernis der gewerkschaftlichen Agitation in Schlesien und Posen bilde die national-polnische Bewegung, welche durch die Polenverfolgung der preussischen Regierung großgezogen worden ist. Besonders sei es der Abgeordnete Kosanuth, der durch seine geschickte und demagogische Agitation für die polnische Bewegung der Ausbreitung der modernen Arbeiterbewegung Hindernisse in den Weg werfe. In Posen hatte der Verband die Droschkenführer organisiert. Dann kamen die Leute von der polnischen Bewegung und sagten den Droschkenführern, der Verband sei ja evangelisch. Wenn sie bei demselben bleiben, dann dürften sie nicht mehr an der Fronleichnamprozession teilnehmen. Das genügt. Die Antiker lehrten dem Will des heiligen Isidor zeigt, in der Prozession. — Zu den Grenzstreitigkeiten mit dem Brauerverbande führte der Redner mehrere Fälle aus seiner Heimat an, wo nach seiner Angabe der Brauerverband mit nicht einwandfreien Mitteln versucht habe, dem Transportarbeiterverband die Bierfahrer zu entziehen.

Auch im weiteren Verlauf der Debatte wurde das Verhalten des Brauerverbandes an vielen Einzelfällen beleuchtet und allgemein verurteilt. — Werner-Berlin wünschte, daß die Generalkommission eine authentische Erklärung darüber abgebe, in welche Organisation die Bierfahrer gehören. — Knoll (Vertreter der Generalkommission) sagte, der Generalkommission scheine keine Ersatzmittel zu sein, sie könne in dieser Frage nur dann entscheiden, wenn sie von beiden beteiligten Seiten daran angegangen werde.

Walter-Berlin rekräftigte das Verbleiben der Leitergerüstbauer beim Transportarbeiterverband. Als vor einigen Jahren die Frage der Organisierung der Leitergerüstbauer aufstand, gehörte ein Teil derselben schon dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter an. Die Leitergerüstbauer haben als solche nur im Sommer Arbeit. Während des Winters suchen sie als Kohlenträger und sonst im Transportgewerbe Beschäftigung. Aus diesen Gründen sind sie der Meinung, daß sie nicht im Brauerverband, sondern im Handels- und Transportarbeiterverband die Vertretung ihrer Interessen finden. Die Leitergerüstbauer halten trotz des Beschlusses des vorigen Verbandstages, der sie dem Brauerverband zuweist, daran fest, daß sie als Sektion beim Handels- und Transportarbeiterverband bleiben.

Zur Frage der Grenzstreitigkeiten führte ein Redner aus, daß solche auch mit dem Bäckerverbande beständen, der in manchen Orten die Hausdiener, Austräger usw. in den Konsumvereinsbäckereien beanspruche. — Der Gauleiter für Westfalen, Dettmering-Oberfeld, erklärte den im Vorstandsbericht erwähnten Mitgliederrückgang in seinem Gau aus den dort herrschenden ungünstigen Verhältnissen, gegenwärtigen Treiberien und dergleichen. — Geyer-Charlottenburg sagte, der Uebertritt des Vereins-Berliner Hausdiener sei ja sehr erfreulich, aber zu bedauern sei es, daß demselben so günstige Uebertrittsbedingungen gestellt worden seien. Das erweide fast den Anschein, als ob der Verband eine Vereinigung von Lokalorganisationen sei. — Zu den Streitigkeiten mit den Brauern beantragte Stellung-Lübeck folgende Resolution:

Die Generalversammlung bewahrt lebhaft die in der modernen Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende unerhörte Kampfesweise des Zentralverbandes deutscher Brauerarbeiter. Insbesondere verurteilt sie auf das entschiedenste die systematisch erfolgende Abtreibung von Kollegen, aber deren Zugehörigkeit zum Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands auch nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Die Generalversammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht: Sämtliche in Industriebetrieben irgend welcher Art beschäftigten

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gehören unbedingt zum Transportarbeiterverband. Die vermeintlichen Anspruchsrechte anderer Organisationen auf diese Berufsstände sind unberechtigt. — Die Generalversammlung erwartet vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, daß er sich fortan dem Transportarbeiterverband gegenüber in solchen Dingen bewegt, die einer modernen Arbeiterorganisation würdig sind.

Wilde in Leipzig beantragte zu dieser Resolution einen Zusatz des Inhalts: Die Generalkommission möge ihre schwankende Haltung in der Frage der Grenzstreitigkeiten aufheben und eine dem Beschluß der Vorstandskonferenz entsprechende Stellung einnehmen.

Schumann sprach gegen diesen Zusatz. Die Vorstandskonferenz habe ihren Standpunkt festgelegt. Wenn die Generalkommission demselben eine andere Auslegung gebe als ihm auf der Vorstandskonferenz gegeben wurde, so erkläre er, der Redner, der Beschluß der Vorstandskonferenz sei festgelegt, er entspreche dem Standpunkt des Handels- und Transportarbeiterverbandes und die Generalkommission könne nichts daran ändern. Man möge deshalb von einem Beschluß gegen die Generalkommission absehen.

Der Antragsteller zog hierauf seinen Zusatzantrag zurück. Im übrigen drehten sich die Debatten um geschäftliche Maßnahmen des Vorstandes, der Gauleiter und ähnliche Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse. Am Schluß des heutigen Sitzungstages war die Debatte noch nicht beendet.

Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Berlin, den 22. Mai 1907.

Vierter Sitzungstag.

Zur Beratung stehen die zum Verbandsstatut und Unterstützungsreglement gestellten Abänderungsanträge.

Beschlossen wird zunächst, bei Berufswechsel Mitglieder, anderer, der Generalkommission angeschlossener Verbände von der Entrichtung eines Eintrittsgeldes zu befreien, sie sind für den Bezug der Unterstützung bei solchen Uebertritten berechtigt.

Die Erhöhung des Verbandsbeitrages wird gegen die Stimmen der Vertreter aus München, Osterwied und Jely abgelehnt, es bleibt dieser somit auf 60 Pf. wie bisher festgelegt.

Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung wird in drei Stufen am je 15 Pf. erhöht; sie beträgt je nach Dauer der Mitgliedschaft 30 Pf., 1,16 und 1,40 M. Die reguläre Bezugsdauer ist acht Wochen, sie kann aber bei allgemeiner Arbeitslosigkeit auf sechzehn Wochen ausgedehnt werden.

Als Reueinrichtung schuf die Generalversammlung die Erwerbslosenunterstützung für weibliche Mitglieder. Nach den alten Satzungen zahlten die letzteren pro Woche 10 Pf. Beitrag, wofür auf die Dauer von vier Wochen täglich 40 Pf. Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Von der Generalversammlung sind nun die Beiträge auf 20 Pf. festgelegt, die Unterstützungsätze wurden bei 8 Wochen Dauer auf 60 Pf. täglich beschlossen. Die wirtschaftliche Lage der Handschuhmacherinnen, deren Söhne als Hausarbeiterinnen von den Unternehmern gekürzt wurden, ist von Jahr zu Jahr drückender geworden, es hat sich nun auch das Verlangen nach der gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar gemacht. Hier von ausgehend, soll die Agitation energischer als bisher seitens der Verbandleitung betrieben werden. Im Verbandsorgan soll auf die Arbeiterinnenfrage mehr Rücksicht genommen werden. Abgesehen wird dagegen davon, die „Gleichheit“ obligatorisch einzuführen. Erhöht wird die Streitunterstützung um 25 Pf. pro Tag auf 12,25 M. bzw. 15,75 M.; Familien Abgereister erhalten auf die Dauer von sechs Wochen wöchentlich 6 M. Unterstützung.

10. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Leipzig, 20. Mai.

Nachmittags 3 Uhr wurde vom Vorsitzenden der Leipziger Ortsverwaltung, Müller-Schönefeld, der Verbandstag mit einer längeren mit Beifall aufgenommenen Begrüßungsrede eröffnet. Vom Bezirk Dresden ist der Antrag eingegangen, auf die Tagesordnung noch zu setzen: 1. Ursachen und Wirkungen der Rabattsparvereine und deren Agitation und 2. Welche Schritte sind nötig zur weiteren Entwicklung und Hebung der Konsumgenossenschaften? Dieser Antrag wurde von Braune damit begründet, daß von den Verwaltungen zu wenig getan würde, um die in vielen Vereinen vorhandene Stagnation in bezug auf den Umsatz zu beseitigen. Die Lagerhalter seien ebenfalls als ein Teil der Verwaltung in den Konsumvereinen anzusehen und als solche verpflichtet, auf Mittel und Wege zu sinnen, die das Konsumgenossenschaftswesen fördern. Zum Schluß weist er entschieden einen Vorwurf zurück, der den Antragstellern von einem Kollegen in den „Monats-Blättern“ gemacht wurde. Der Dresdener Antrag wird nach kurzer Debatte zurückgezogen und die Tagesordnung damit in der vorliegenden Form genehmigt. Nach erfolgter Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission wurde die Vorversammlung geschlossen.

Leipzig, 21. Mai.

Der von der Generalversammlung gewählte Vorsitzende Lamme-Schöneberg-Berlin eröffnete um 9 Uhr die Verhandlungen. Der Vorsitzende des Verbandes, Reindorf-Leipzig, begrüßte die anwesenden Gäste. Rude-Berlin, als Vertreter der Generalkommission, Reder-Leipzig, als Vertreter der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands, Menge-Wien, als Vertreter der Handels- und Transportarbeiter Österreichs, und Lotke-Leipzig, als Vertreter der Ortsgruppe Leipzig des Handlungsgehilfenverbandes, haben in ihren Ermäuerungen die engen Beziehungen hervor, die ihre Verbände mit dem Lagerhalterverband verbinden.

Darauf erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht. Von den abgegebenen 51 Mandaten war das Mandat Ahlers-Bamberg beanstandet worden. Die Kommission ersucht die Generalversammlung, auch dieses Mandat für gültig zu erklären, was auch geschieht.

Reindorf-Leipzig gibt hierauf den Vorstandsbericht. Aus diesem ist noch zu entnehmen, daß der Verband eine Agitationsbroschüre herausgegeben hat, die den Titel trägt: „Die Stellung des Lagerhalters in den Genossenschaften“. Redner streift dann kurz die Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, die, wie bereits erwähnt, einen besonderen Tagesordnungspunkt bilden. Bedauert wird vom Vorsitzenden, daß bei paritätischen Aufnahmen, die vom Verband vorgenommen wurden, sehr viele Bezirke nicht das nötige Interesse zeigten. Die Anforderungen, die von den einzelnen Bezirken an den Vorstand in bezug auf die Referentenfrage gestellt wurden, waren so hohe, daß sie nicht ganz erfüllt werden konnten. Eine rege Agitation wurde in Schleien und im Elbisch mit gutem Erfolge betrieben. Dann geht der Redner auf verschiedene Besuche am Darlehns- und Gemahregelten-Unterstützung ein. Die Unterverbandsstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu beschließen, ist der Vorstand des Lagerhalterverbandes abgelenkt, da er sich von dieser Beschäftigung keinen Nutzen verspricht.

Henig-Leipzig gibt hierauf den Kassendbericht, der von Ahlert-Leipzig noch näher erläutert wird. Da wir die hauptsächlichsten Konten bereits im Vorbericht angeführt haben, erübrigt es sich, hier näher darauf einzugehen. Auf Antrag des Revisors Luder wird den beiden Genannten Decharge erteilt. Rüter-Berlin gibt den Bericht des Ausschusses. Der Ausschuss hat in den letzten Jahren verhältnismäßig wenig zu tun gehabt. Bei den Tarif- und Dienstvertragsverhandlungen ging der Ausschuss mit dem Hauptvorstand gemeinschaftlich vor, wobei der Ausschuss die Anregung gab, den Hauptvert auf die Regelung

der Mantobergütung zu legen. Wenn durch zu geringe Mantobergütung ist schon so mancher gewissenhafte Lagerhalter um Ehre und Ansehen gekommen. Mit der Haltung und Schreibweise der Verbandszeitung ist der Ausschuss vollständig einverstanden. Beschwerden gegen die Verbandsleitung lagen nicht vor. Der Redner behandelt dann ausführlich die vom Vorsitzenden gestellte Referentenfrage, wobei er bemerkt, daß die Kollegen nicht so sehr auf bestimmte Personen setzen sollten.

Bösch-Berlin gibt im Auftrage der Prehlkommission Bericht. Nach den der betreffenden Kommission vorgelegten Beschwerden zu urteilen, die sich nur auf zwei Fälle beschränken, ist die Kollegenchaft mit der Haltung des Verbandsorgans einverstanden. Die „Monats-Blätter“ erscheinen jetzt in einer Auflage von 2000 Exemplaren. Der Berichterstatter geht dann näher auf die in den „Monats-Blättern“ gegen die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ geführte Polemik ein, die er vollständig billigt.

Die Diskussion eröffnet Braune-Radeberg, der die Gründe nicht für sich hält, die der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine anführt, um die Nichtbeachtung der Generalversammlung zu motivieren. Ein derartiges Verhalten trage nicht zum genossenschaftlichen Zusammenarbeiten bei.

Reichelt-Chemnitz teilt nicht die Ansicht des Vorstandes, die Revisionsverbände der Konsumvereine nicht zu beschließen. Wäre z. B. der sächsische Revisionsverbandstag in Berna beschickt worden, so hätte sich wahrscheinlich der Geschäftsführer Lehmann vom Konsumverein Leipzig-Eutritzsch sehr gehütet, unsere Forderungen als krauenhaft zu bezeichnen. Oder aber es hätte ihm klar gemacht werden können, daß unsere Forderungen nur die sind, die ein großer Teil der Kollegen in öffentlichen Versammlungen als Redner vertreten müssen.

Sehr schlechte Verhältnisse bestehen in Blauen i. S., wie Haber-Blauen berichtet. Der dortige Wirtschaftsbereich vertritt konfliktlich seinen Lagerhalter, dem Lagerhalterverband beizutreten; mache ihnen also das Koalitionsrecht illusorisch.

Scharberg-Hamburg ist ebenfalls nicht mit dem Beschluß des Vorstandes, die Revisionsverbände nicht zu besuchen, einverstanden. Er berichtet ferner, daß die Hamburger „Produktion“ einen Versuch gemacht habe, Lagerhalter ohne Kaution und Verantwortung anzustellen. Der Versuch sei als mißlungen zu bezeichnen, obwohl die Verwaltung des Vereines dies öffentlich abstreite.

Busse-Hannover berichtet: In seinem Bezirk sei ein Verein gegründet worden, der im ersten Jahre 21 000 M. Umsatz erzielte, in den folgenden Jahren aber bei stetig sinkendem Umsatz immer höhere Rückvergütung auszahlte. Jetzt sei in der Generalversammlung der Antrag gestellt worden, dem Lagerhalter statt 100 M. nur 85 M. Monatsgehalt zu zahlen.

Die übrige Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Delegation zu den Revisionsverbandstagen. Ein Antrag von Krause-Magdeburg, die Revisionsverbandstage regelmäßig zu beschließen, wird angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Wammes-Leipzig über die Tarif- und Dienstvertrags-Verhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Er führte aus, daß die vom Verband aufgestellten Forderungen unwesentlich abweichen von den bereits im Jahre 1893 von hervorragenden Genossenschaftlern, wie Lorenz, Madeford usw., als berechtigt anerkannten. Der unersetzlich ausgearbeitete Entwurf enthält Bestimmungen über den Achttag- und Sonntags-Adressen-schluß, der bei einigem guten Willen wohl durchführbar sei. Ferner wird fester Gehalt gefordert an Stelle der noch vielfach üblichen Bezahlung nach Prozenten des Umsatzes. Eine der wichtigsten Bestimmungen ist die Regelung der Mantobergütung und die Festsetzung einer Umsatzgrenze pro Verkaufskraft, und zwar nicht allein im Interesse der Lagerhalter, sondern auch der Vereine, denn es sei nicht zuviel behauptet, daß die Stagnation in einzelnen Vereinen zum Teil mit darauf beruhe, daß an Lohntagen nicht in der schnellen und ordnungsgemäßen Weise bedient werden könne, als wünschenswert sei. Von Wichtigkeit sei ferner, daß ein Lagerhalter nicht schon auf Grund eines einzigen Defizits haftbar gemacht oder gar entlassen werden könne. Selbst bei der gewissenhaftesten Verwaltung seien Irrtümer nicht ausgeschlossen, die dann bei der nächsten Inventur oft entdeckt werden; deshalb sei die Ueberschreibung von Fehlbeitrag und Ueberschuß nur gerecht. Diese fixierten Forderungen lehnte der Vorstand des Zentralverbandes ab; es sei daher notwendig, die Deffinitivität durch die Presse damit bekannt zu machen.

In der Diskussion äußert Wilbert-Barmen Bedenken, daß der Tarif für alle Kollegen eine Verbesserung bedeute.

Bösch-Kürnberg und Weber-Chemnitz wünschen, daß der Dienstvertrag nicht eher angenommen werde, als bis der Tarif geregelt ist.

Kilius-Halle wendet sich gegen die Ausführungen Kaufmanns (Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine) auf einem Revisionsverbandstage, die die geringere Bezahlung des weiblichen Personals bezweckten. Allerdings könne sich Kaufmann auf den Zentralverband der Handlungsgehilfen stützen, der eine solche Auffassung als berechtigt anerkannt habe.

Die Sitzung wird abgebrochen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

„Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 17 Bände à 30 Pfennig.

Wie jetzt sind die ersten drei Lieferungen erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: 1. Kapitel: Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. 2. Kapitel: Berlins Arbeiter in den Märztagen. 3. Kapitel: Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionshaos. 4. Kapitel: Der erste Berliner Arbeiterkongreß und sein Werk. 5. Kapitel: Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe.

Der Verfasser schildert unter Verbeugung reichen Uchundenmaterials die Zeit der 48er Revolution und die Anteilnahme der Arbeiter an dieser Bewegung. Mit großem Interesse wird der Leser die Schilderungen der Barrikadenkämpfe verfolgen. Er sieht die damaligen Volksversammlungen mit ihren Forderungen und ihren Rednern und gewinnt ein lebhaftes Bild der Zeitverhältnisse.

Vestellungen auf das im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Werk nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen.

„Ueber Verfassungswesen“ von Ferdinand Lassalle. Drei Abhandlungen: Ueber Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. Neue Ausgabe mit Einleitungen versehen von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1 M., Volksausgabe 50 Pf.

E. Bernstein schreibt in seinem Vorwort: Von allen politischen Abhandlungen Ferdinands Lassalles ist keine so ganz und gar aktuell geblieben, wie sein Vortrag „Ueber Verfassungswesen“. Nicht bloß gegen einen großen Vorläufer, sondern Pflicht gegen die Lebenden und insbesondere die heranwachsenden Kämpfer gebietet in erster Reihe, ihn mit seinen Ergänzungen „Was nun?“ und „Macht und Recht“ allezeit zugänglich zu erhalten. Er ist noch heute eine Propagandachrift ersten Ranges, die der ungeschulteste Leser mit Leichtigkeit versteht und selbst der erfahrene Politiker wieder mit Frucht nachlesen wird.

Das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die Bilder der bei den Wahlen 1907 gewählten sozial-

demokratischen Reichstagsabgeordneten wird in den nächsten Tagen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinen. Der Preis beträgt 40 Pf., bei direkter Zusendung inkl. Verpackung 60 Pf.

In hochfeiner, künstlerischer Ausstattung auf bestem Kunstdruckkarton und nach den neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim. Die Kartongröße ist 40 x 55 Zentimeter. — Der außerordentlich billige Preis ermöglicht es auch den minder gut Situierten, sich dieses Bild zuzulegen. Zu beziehen durch jede Parteibuchhandlung und jeden Kolporteur.

„Kommunale Praxis“. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Die Nr. 20 der „Kommunalen Praxis“ bringt einen sehr interessanten Artikel über die Aufgaben der städtischen Armenpflege, außerdem eine Fülle von agitatorisch wertvollen Notizen. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

Landagitation. Die Pfingstnummer der „Königsberger Volkszeitung“ enthält eine Bekanntmachung des Agitationskomitees für Ostpreußen, worin es heißt:

„Parteilosen, die zu den Feiertagen die Provinz besuchen, erhalten zum Zwecke der Agitation die Broschüren: „Eine Berechnung mit dem Reichslagenverband“ — Rede Fischers — vom Unterzeichneten kostenfrei. Wir bitten, hiervon recht ausgiebigen Gebrauch zu machen und besonders bei den Besuchen auf dem Lande Abonnenten für den „Landboten“ und Mitglieder für die Kreisvereine zu werben. Auch die Parteigenossen und Genossinnen, die im Sommer Ausflüge in die Umgebung von Königsberg machen, können unserer Agitation auf dem Lande und in den kleinen Städten sehr viel nützen, wenn sie uns die Adressen der Leute abermitteln, von denen sie annehmen, daß dieselben der Sozialdemokratie zugänglich sind.“

Diese Art der Agitation ließe sich wohl auch für andere Landes- teile in Anwendung bringen.

Gemeindevorwahl. In Ellerbek (Schleswig-Holstein) regte der sozialdemokratische Kandidat bei der Wahl der dritten Wählerklasse mit 218 gegen 172 Stimmen.

Ein Rabatt. Die „liberale“ Stadtratsmehrheit zu Karlsruhe hat sich über Kritiken des „Volksfreunds“ an der städtischen Tätigkeit geärgert. Und hat auch Rache genommen und dem „Volksfreund“ folgenden Ullas gesandt:

„Nachdem Sie ungeachtet unseres Ersuchens vom 15. April d. J. unsere berichtende Darstellung nur teilweise und zerstückelt zum Ausdruck gebracht, dagegen in den Nummern 106 und 108 zwei Artikel Aufnahme gewährt haben, die ebenso unberechtigt als gehässige und verleumdende Ausfälle gegen die Stadtverwaltung enthalten, sehen wir uns veranlaßt, die mit Ihnen unterm 19. April 1906 getroffene Vereinbarung gemäß deren § 3 mit sofortiger Wirkung aufzuheben.“

Das heißt, dem „Volksfreund“ werden die amtlichen Inserate und die offiziellen Berichte über die Sitzungen des Stadtrats entzogen. Nach der Ansicht der „liberalen“ Stadtratsmehrheit sind also nur artige Blätter, die alles, was der Stadtrat tut, gut und schön finden, würdig, die amtlichen Inserate zu erhalten. Wer nörgelt, wird am Geldbeutel gestraft. Bravo Liberale!

Deutsche Arbeiterlänger in Brüssel. Man schreibt uns aus Brüssel vom 21. d. M.: Pfingsten hatte die hiesige Arbeiterchaft die Freude, den Arbeiter-Gesangverein Effens in Brüssel zu begrüßen. Der Empfang der deutschen Genossen am Pfingstsonntag gestaltete sich zu einer kameradschaftlichen und fröhlichen Manifestation von jenem warmen internationalen Charakter, dem die Sozialdemokratie immer Ausdruck gibt, wenn Arbeiter verschiedener Nationen sich zu erstem oder frühlichem Zusammensein finden. Vom Bahnhofe begaben sich die deutschen Arbeiterlänger — etwa 100 an der Zahl — von Mitgliedern des Deutschen Arbeitervereins in Brüssel, vom Gesangverein Moleneel-Brüssel und dem Musikkorps „Echo du Peuple“ geleitet, ins „Maison du Peuple“, wo die Sänger mit warmen Begrüßungsreden bewillkommnet wurden. Es sprachen Genosse Delors, der Administrator des „Maison du Peuple“, Genosse Franz Fischer vom „Peuple“ und der Sekretär des Brüsseler deutschen Gesangvereins, alle in deutscher Sprache, worauf der Präsident des Effener Gesangvereins in herzlicher Weise dankte. Am Pfingstmontag vereinigte ein äußerst animiertes Fest die Brüsseler und die Effener Arbeiter in den riesigen Garten- und Saallokaltäten des „Théâtre Lyrique“. Die deutschen Genossen vom „Sängerkreis“ brachten den Gesangwillkommgruß, dem sich die vortrefflichen Leistungen der belgischen Genossen vom Gesangverein Moleneel und des Effener Gesangvereins anschlossen. Besonders diese wurden in rauschender und temperamentvoller Weise alliiert und in französischen, deutschen und blamischen Lauten wurden die präzisen und schwungvollen Produktionen der Effener freudig anerkannt. Auch die Effener Arbeiter haben sich, das hörte man und sah man ihnen wohl an, in dem den Deutschen heimisch anmutenden Brüssel gar bald wohl gefühlt und wie die Brüsseler Arbeiter werden auch sie sich der trohen Brüsseler Pfingsttage, die bei aller Heiterkeit von dem Weizengedahl solidarischen Kampfesempfindens getragen waren, gerne erinnern. Ein charakteristisches Zeichen für unsere Ideen: Während man fröhlich durch den Saal tanzte, gingen zwischen durch die tanzenden Paare Genossen und Genossinnen, um für die streikenden Textilarbeiter in Flandern zu sammeln. Ueberflüssig zu sagen, daß auch die Deutschen ihr Scherlein gaben.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Gehandfucht wurde dieser Tage in der Expedition der „Saarwach“ zu Saarbrücken nach etwaigen Exemplaren der Nr. 352 der „Saarwach“ von 1906 mit dem Artikel: „Herr, was muß ich tun, um vollkommen zu werden?“ Gehunden hat man selbstverständlich nichts. Was in dem Artikel Staatsgefährliches enthalten sein soll, das man erst nach so langer Zeit erudete, ist noch unbekannt.

Soziales.

Vom Schullehrerent.

Die Lehrersfrau Veria Schwoschowa hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Ehemann der Angeklagten ist Lehrer in einem kleinen Orte in Thüringen und bezieht ein Gehalt von 83 M. monatlich. Vor etwa zwei Jahren hatte S. geheiratet, dabei aber seiner Frau verschwiegen, daß er etwa 1000 M. Schulden hatte. Diese stammten noch aus einer Zeit, als er ein monatliches Gehalt von 55 Mark und einigen Pfennigen hatte. Als der erste Wechsel über einen größeren Betrag präsentiert wurde, gab es die erste Wolke an dem ehelichen Himmel der damals noch Jungverheirateten. Herr S. verstand es jedoch, seinen Hauptschuldner, einen Schuhmachmeister Andersohn, zu immer wiederholten Prolongationen des Wechsels zu bewegen, so daß sich die Bezahlung der Schuld etwa zwei Jahre hinzogerte. Im Januar dieses Jahres verstarb der Hauptschuldner des S., so daß der Wechsel am 22. Januar fällig wurde, während er sonst nochmals prolongiert worden wäre. Schwoschowa besand sich somit in einer sehr unangenehmen Situation. Seine Ehefrau versprach auf irgend eine Weise Geld zu verschaffen und reiste nach Berlin, um sich hier von einer vermögenden Cousine ein Darlehen von 2000 M. zu verschaffen. Wider Erwarten schlug diese

Aufgehobene Disziplinarverordnungsstrafe.

Kakao, Schokolade, Theaterbillets und Apfelwein verhandelte der Obersekretär Hoffmann bei der Berliner Landesversicherungsanstalt auch an ihre unterstellte Beamte. Der Bureaugehilfe Langenberg glaubte seine Nichtbeförderung im Amt auf einen ungünstigen Bericht seines Vorgesetzten Hoffmann zurückführen zu müssen. In einer Eingabe an den Vorsitzenden der Versicherungsanstalt erwähnte er dies und nahm auch Bezug auf den Handel Hoffmanns. Der Vorsitzende des Vorstands, Dr. Freund, erteilte ihm darauf einen strengen Verweis, weil in der Eingabe die wahrheitswidrige Behauptung enthalten sei, daß der Obersekretär den Apfelwein auf eigene Rechnung verkaufe, während der Verkauf des Apfelweins für den Beamtenverein erfolge. Da die Behauptung eine betruhlte falsche sei, so den Pflichten der Beamten aber Wahrheitsliebe gehöre, so müsse der Verweis erfolgen. Im übrigen sei Hoffmann gegenüber der Verkauf von Kakao, Schokolade und Theaterbillets als ungehörig gerügt worden. — Der Bezirksauschuß, bei dem Langenberg auf Aufhebung der Disziplinarverordnungsstrafe klagte, erachtete den Verweis für gerechtfertigt, indem er davon ausging, daß die wahrheitswidrige Behauptung der „eigenen Rechnung“ entweder eine betruhlte oder aber doch eine leichtfertige wäre.

Das Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz hob jedoch das Urteil auf, setzte die Disziplinarverordnungsstrafe des Verweises außer Kraft und führte kurz aus: Der Verweis sei nur erteilt wegen einer Behauptung, daß Hoffmann für „eigene Rechnung“ verkauft habe. In der Beziehung falle aber nach Meinung des Senats dem Kläger ein Dienstvergehen nicht zur Last.

Zwei Monate Gefängnis für einen Kaufschlag.

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht hatte sich der Kohlenarbeiter Karl Schmidt, Weichselstr. 87, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung eines Arbeitswilligen namens Ferdinand Seifert zu verantworten.

Der Vorgang der zur Anklage führte, ist nach Angabe des Arbeitswilligen folgender:

Auf dem Kohlenplatz bei Casar Wollheim, Treptoto, waren die Arbeiter im Ausstand; der Beschuldigte Schmidt, ferner die Arbeiter Plachotta, Subenerstr. 48, und Laue standen zwischen Hoffmannstraße und Eisenstraße je zirka 60 Meter von einander entfernt Streikposten. Der Arbeiter Ferdinand Seifert, Krummelburg, war 2-3 Tage zuvor trotz des Streiks bei Casar Wollheim als Kohlenkipper in Arbeit getreten und wollte sich am 4. September 1908, morgens 5 1/2 Uhr, nach seiner Arbeitsstelle begeben.

Als er auf dem Bahnhof ankam und zu Fuß nach der Eisenstraße ging, erkannte Laue in Seifert den Arbeitswilligen und machte eine Bewegung, indem er seine Wutgeheiß schrie; Schmidt gab dieses Signal an Streikposten Plachotta weiter. Plachotta stellte darauf den Seifert zur Rede. Nach der Behauptung des Beschuldigten Seifert soll Schmidt am Bahnhofshof hinter einem Baum gestanden haben, Plachotta hinter einem Pfeiler, den Laue habe er überhaupt nicht gesehen.

Plötzlich habe er einen tüchtigen Schlag auf den Kopf erhalten, so daß er zu Boden stürzte. Als er auf dem Gesicht am Boden lag, will er noch mehrere Schläge auf den Kopf erhalten haben, von wem, wisse er selbst nicht.

Der Verurteilte Hanel war Jenge der Schlägerei und sagte aus, daß Schmidt geschlagen habe; Plachotta stand zu Füßen des Geschlagenen, der an der Erde gelegen habe. Der Schwiegervater des Hanel, Kohlenplatzwächter Saar, der einige Sekunden später hinzukam, sagte, Schmidt habe nicht geschlagen, er habe am Zuhende des an der Erde liegenden Verletzten gestanden.

Der Amtsadvokat-Vertreter, Referendar Jwider, nimmt trotz der Widersprüche an, daß der Angeklagte inmerhin in erreichbarer Nähe des Seifertischen Kopfes gestanden hat, und da zwei bis drei Mann auf der Lauer gestanden haben, so sei eine gemeinschaftliche Körperverletzung als vorliegend zu erachten. Er hält Schmidt für überführt und beantragt zwei Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte Freisprechung. Hier handele es sich um einen völlig unbedeutenden Streit, der wegen ein paar Faustschläge, falls das Gericht den Schmidt überhaupt nach der Beweisaufnahme für überführt halten könne, höchstens eine kleine Geldstrafe verdiene. Ein gemeinschaftliches Handeln betreffs der Körperverletzung läge zweifellos nicht vor. Eventuell beantrage er noch Ladung der Zeugen Laue und Plachotta.

Das Urteil lautete dem Antrage des Amtsadvokats gemäß auf zwei Monate Gefängnis!

Verband der Freisourgehilfen Deutschlands (Zweigverein Berlin und Vorort, Jählielle Charlottenburg). Heute abend 7 1/2 Uhr bei Werten, Krummelstraße 43: Versammlung.

Vermischtes.

Geborgene Leichen. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, wurde bei dem Pfingstmontag zwischen Hela und Adlerdorf geleiterte Kutter nach Neufahrwasser eingebracht. In der Kajüte fand man die Leichen der beiden Passagiere, des Kaufmanns Schimmelfeng und seiner Frau aus Königsberg und des jüngsten Sohnes des Fischers. Die Leichen der beiden anderen während der Fahrt über Vord gespülten Personen sind noch nicht geborgen worden.

Das ominöse Hochzeitskleben. Am zweiten Pfingstfeiertage beging der Schieferbrucharbeiter Max Neupert in Rittersdorf bei Schleg seine Hochzeit. Auf dem Wege von der Straße zu Osla zurück nach Rittersdorf wurde dem Unfug des Hochzeitsklebens geschuldet; ein Rebolter verlagte. Einer der Trauzeugen hantierte mit dem Revolver, wobei sich die Waffe entlad. Die Angel traf den ledigen Wirtschaftsgeliffen Haas, der den Hochzeitswagen führte, in den Kopf und Wete ihn sofort. Die Pferde wurden scheu, gingen durch und warfen den Wagen um, wobei die Insassen herausgeschleudert wurden; viele wurden verletzt.

Noch ein Opfer. Wie dem „Wiesbadener Tageblatt“ aus Schlangenbad gemeldet wird, ist ein Jagdtag, der bei dem Eisenbahngeliffen am ersten Pfingstfeiertag schwer verlegt wurde, im Schwefelstein Klosteriefenbach gestorben.

Wieder ein Eisenbahnunfall. Vor der Halle des Bahnhofes der Staatseisenbahngesellschaft in Wien fuhr gestern früh die Maschine eines Personenzuges gegen einen Gitterzug. 18 Personen wurden leicht verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Leuchturm eingestürzt. Wie aus Bordeaux berichtet wird, ist der im Jahre 1895 erbaute Couber-Leuchturm an der Garonne- mündung, der bereits im Jahre 1896 außer Betrieb gesetzt werden mußte, weil er vom Meer unterpült worden war, in der vergangenen Nacht eingestürzt. Menschen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

200 Menschen umgekommen.

Nach Sydney ist die Nachricht gelangt, daß ein Orkan und eine Sturmflut die Karolineninseln am 30. April heimgesucht und großen Schaden angerichtet habe. Es sollen 200 Eingeborene umgekommen sein.

Einschmuggelung japanischer Frauen. In Townsend sind nach einer Meldung aus San Francisco an Bord des Dampfers „Damsa“, der aus Yokohama gekommen war, sechs große Kisten beschlagnahmt worden, in denen sich Japanerinnen befanden. Es handelt sich um einen Versuch, entgegen der neuen Einwanderungs- bill japanische Frauen einzuschmuggeln.

die Bitte der Angeklagten rundweg ab. Um nun ihrem Ehemann die Stellung zu erhalten und die drohende Zwangsverhaftung zu vermeiden, ließ sich die Angeklagte zu einer Tat hinreichend, die ihr die jetzige Anklage einbrachte. Sie hat ihre Cousine, ihr ihre genaue „Adresse“ aufzuschreiben, damit sie ihr hin und wieder eine Anstaltskarte aus dem schönen Thüringen schicken könne. Mit dieser Adresse ging die Angeklagte nach der Filiale der Deutschen Bank und ließ sich dort ein Quittungs- formular geben. Auf diesem fälschte sie die Unterschrift ihrer Cousine, wobei sie die Adresse als Vorlage benutzte, und hob dann die Summe von 2000 M. ab. Von den 2000 M. wurden 700 M. zur Bezahlung des Wechsels, 600 M. zur Tilgung anderer Schulden und 300 M. zur Begleichung kleinerer Schulden bei verschiedenen Kaufleuten verwendet. Der Rest von 400 M. wurde nach Entdeckung der Fälschung noch vorgefunden und beschlagnahmt. — Vor Gericht war die Angeklagte unter Tränen geständig. Der Staatsanwalt beantragte, da es sich doch um ein höheres Objekt handele, eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. — Rechtsanw. Sahn plädierte auf Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht ließ auch Milde walten und erkannte auf nur vier Wochen Gefängnis.

8. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Schul- gesundheitspflege.

In Karlsruhe begannen unter Teilnahme von Vertretern aus ganz Deutschland die Verhandlungen der 8. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege. — Das erste Verhandlungsthema betraf die wichtige Frage der Einheitschule: „Inwieweit ist von pädagogischen, kulturellen, hygienischen und sozialen Gesichtspunkten aus eine einheitliche Gestaltung des höheren Schulwesens möglich?“ Diese Frage wurde vom k. l. Ober- sanitätsrat Dr. Hueppe-Prag, dem Direktor des hygienischen Instituts an der dortigen Universität, wie folgt beantwortet: „Wir müssen folgende Stufen unterscheiden: Unterstufe Volksschule; oder Mittelstufe oder höhere Schule und Hochschule oder Universität. Unterstufe und Mittelstufe müssen für alle einheitlich aufgebaut werden, damit die Entscheidung über den zukünftigen Verus soweit hinausgeschoben wird, bis man die Fähigkeiten und Neigungen besser erkennen kann. Erst in der Oberstufe sollte eine Gabelung in realistische und humanistische Fächer eintreten, so daß die „Einheitschule“ die Schule der Zukunft ist und die Bedürfnisse der Gegenwart bereits im Prinzip befriedigt. Vom ersten Schulbesuche an muß die Stundentätigkeit gewechselt werden und zwar in der richtigen Reihenfolge von Hand, Gesicht, Gehör, um das Kind zur Bildung von Anschauungen, Vorstellungen und Ver- geirnis zu bringen.“

Die Einheitschule löst am besten die Frage nach der Reform des Gymnasiums und nimmt ihm die „Weltfremdheit“. Die Tortur der derzeitigen Maturitätsprüfung muß abgeschafft und durch eine andere Beurteilung ersetzt werden. Die körperliche Entwicklung macht zwei Stunden täglicher Übungen, möglichst im Freien, wünschenswert. Im Sommer sollten genügend lange Ferien, etwa zwei Monate, gewährt werden. (Weifall.)

Von pädagogischen Gesichtspunkten behandelte Direktor Dörr (Frankfurt a. M.) die gleiche Frage. Er trat in warmen Worten für die allgemeine Einheitschule ein und betonte, daß mindestens die ersten vier Jahre für alle schulpflichtigen Kinder im wesentlichen die gleichen pädagogischen Maßnahmen erfordern. Für diese Zeit ist also die gleiche, allgemeine Volksschule durchaus am Platze.

Als dritter Referent stellte auch Oberlehrer Dr. Gruhn- Berlin die Einheitschule als das Ergebnis der schulgeschichtlichen Entwicklung hin. Er verteidigte die Anhänger der Einheitschule gegen den Vorwurf, daß sie Umstürzler seien, und forderte die baldige Umgestaltung unseres Schulwesens im Sinne der Einheits- schule. Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter würde von un- berechenbarem Segen für die Jugend, für die Familie und für die Gesellschaft sein. Auch die Lehrerbildung für alle Stufen müßte ein- heitlicher gestaltet werden.

Die Diskussion nahm einen recht lebhaften Verlauf. Stadt- schulrat Dr. Wehrhahn-Hannover wandte sich vor allem gegen eine Trennung in Stadt- und Landschulen. Die Frage der Einheits- schule sei noch nicht spruchreif. — Ein anderer Redner erklärte, jeden Zusammenhang des Themas mit der Schulgesundheitspflege über- haupt zu vermissen. Es habe Steine gegen das klassische Gymnasium gehagelt. — Herr Dumann-Baden trat für die Einheitschule ein. Nie schmerzter es ihn mehr, als wenn er als Ortschulinspektor oft sehen müßte, wie die geistigen Fähigkeiten armer Kinder in den Volksschulen verflümmern. Stadivordneter-vorsteher Prof. Heyne-Schöneberg sprach für die Weibschaltung des Maturitätsexamens. — Direktor Braun-Hagen: Wenn es in der Verteilung der Jugend so weitergeht, geht es mit unserem Volke bergab. — Nach weiterer Debatte gelangte ein Antrag Wölke zur Annahme, in dem der Vorstand beauftragt wird, eine tüchtige Stadtverwaltung zu der Errichtung einer Einheitschule zu bewegen, um die mit ihr gemachten Erfahrungen mit den bei anderen Schulen erzielten Erfolgen vergleichen zu können.

Die in Weimar stattgefundenen Tagung des Vereins für deutsche Erziehung nahm eine Resolution an, in der man sich ebenfalls für die Einheitschule erklärte.

„Moderne“ Bildungsanstalten.

Die Beaufsichtigung der Schulen auf dem platten Lande wurde recht treffend illustriert durch eine Verhandlung vor dem Halleschen Schöffengericht. Ein Baumeister war, wie wir kürzlich berichteten, infolge Vermögensverfalls gezwungen, seine Kinder, die früher hohe Schulen besuchten, in die Dorfschule zu schicken, wo ein Lehrer in einer Klasse 118 Kinder zu unterrichten hatte. Er hielt die Kinder aber vom Schulbesuch fern, da in dem Dorfe das Schularschreiber derartig grassierte, daß in kurzer Zeit zehn Kinder starben. Auch ein Sohn des Angeklagten erkrankte durch Ansteckung und starb. Unter Tränen erklärte der gestraute Vater in der ersten Verhandlung, er habe seine anderen Kinder durch Fern- halten vom Schulbesuch schiffen müssen, da es in der Schule an Desinfektionsmitteln gefehlt habe. Man war nicht wenig erstaunt, als in der erneuten Verhandlung an Stelle eines Arztes der Orts- pfarrer als Sachverständiger auftrat und beklundete, die Schulbehörde habe pflichtgemäß gehandelt; von einer Epidemie sei keine Rede ge- wesen. Der Baumeister wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Ueberwachung der Heimarbeiter.

Unter Mitwirkung des Vorstandes der Braunschweigischen Handelskammer haben sich zahlreiche Konservenfirmen in Braun- schweig unter Verabredung einer Vertragsstrafe von 20 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung über eine große Reihe von Punkten geeinigt, die bei der Beschäftigung von Heimarbeitern beachtet werden sollen. Nur Personen, die sich den für die Heimarbeit maßgebenden Bestimmungen unbedingt unterwerfen, dürfen angenommen werden; zur Abrechnung mit ihnen sind vor- geschriebene Bücher zu benutzen. Jede Firma hat Namen und Wohnung sämtlicher von ihr beschäftigten Personen zu Beginn der Kampagne der Ueberwachungskommission anzu- zeigen, die aus sechs Konservenindustriellen und einem von der Handelskammer ernannten Vorsitzenden Mitglied gebildet wird, und spätere Veränderungen im Bestande den zuständigen Ueberwachungs- beamten zu melden, die auf Vorschlag dieser Kommission für jede Kampagne von der Handelskammer wiederzufällig angestellt und auf gemeinschaftliche Rechnung nach Verhältnis der Heimarbeiter und Anzahl bestellt werden. Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Beamten und der Kommission entscheidet die Handelskammer. Die Ueberwachung hat möglichst täglich und unerwartet (auch Sonntags) an den beteiligten Heimarbeitsstellen zu erfolgen. Der Beamte führt ein Tagebuch, in das alle von ihm beobachteten Verstöße gegen

die Bestimmungen einzutragen sind; allmonatlich zweimal muß er mündlich dem Geschäftsführer der Ueberwachungskommission Bericht erstatten. — Aus dem Inhalt der Bestimmungen ist folgendes zu er- wähnen: die Gemüse, Pilze, Früchte usw. müssen in einem dazu geeigneten, durchaus reinlichen, nicht zu warmen, gut gelüfteten Räume aufbewahrt werden. In Kranken- und Schlaf- zimmern ist die Lagerung und Verarbeitung unter keinen Umständen statthaft. Das Ausschütten auf den Fußboden ist streng untersagt. Die Arbeit hat in sauberer Kleidung und mit sauberen Händen zu geschehen. Hausiere (Hunde, Katzen u. dergl.) dürfen nicht in den Arbeits- und Aufbewahrungsräumen gebuldet werden. Kranken- Personen und kleinen Kindern ist die Verührung mit den zu ver- arbeitenden Produkten zu vermeiden. Kinder dürfen nur in- soweit, als die gesetzlichen Bestimmungen zulassen, Be- schäftigung erhalten. Der Transport der Erzeugnisse von und zur Fabrik hat in sauberen verdeckten Behältern zu geschehen. Ge- schütteter Spargel darf nur in einer mit einem weichen Reimantuche ausgelegten Kiste transportiert werden. Jede in der Juniarbeit beschäftigte Person darf Produkte teilweise nur aus einer Fabrik in ihrer Wohnung verarbeiten; das gleichzeitige Arbeiten für mehrere Fabriken ist verboten, weil, abgesehen von anderen Nachteilen, sonst eine Vermischung der verschiedenen Gemüse und dergleichen leicht eintreten und Unzuträglichkeiten herbeiführen würde. Alle Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen haben sich der Be- aufsichtigung durch die Ueberwachungsbeamten zu unterwerfen, die über jeden ihrer Besuche eine Bescheinigung in das Reis von den Arbeitnehmern bereitzubehaltende Abrechnungsbuch einzutragen haben. Die Beschäftigung erstreckt sich besonders auf die Kleinheit und Zwickelhaftigkeit der benutzten Räumlichkeiten, Gerätschaften usw. Der Ueberwachungsbeamte ist verpflichtet, von jeder Uebertretung der Bestimmungen unverzüglich allen beteiligten Konservenfabriken Nachricht zukommen zu lassen.

Herr Hartmann der Logenbruder.

Herr Richard Hartmann, Buchdruckereibesitzer Berlin N. 20, Bad- straße 58, teilt uns mit, daß er mit der von uns in der gestrigen Nummer unter obiger Stichmarke veröffentlichten Angelegenheit in Verbindung gebracht wird und ersucht uns, mitzuteilen, daß er dieser Sache völlig fernsteht.

Aus Industrie und Handel.

Verteidigung hoher Fleischpreise.

Die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ schreibt: Es gibt kaum einen gewerblichen Stand, der unter Angriffen wegen der Preissteigerung für seine Ware so schwer zu leiden hat wie der Fleischerstand. Wehen die Viehpreise in die Höhe und der Fleischer folgt auch nur zögernd und auch nur bis zu einem Grade mit der Erhöhung der Fleischpreise nach, so wird er schon der Gewinnlust beglückigt; weichen die Viehpreise und der Fleischer setzt entsprechend die Fleischpreise herab, so wird wieder gegen ihn gehetzt, weil er angeblich die Preise nicht weit genug herabsetze. Man möchte fast sagen, es ist zur Gewohnheit geworden, auf alle Fälle die Fleischer zur Zielscheibe zu nehmen. Dies ist nur daraus erklärlich, daß man schablonenhaft und äußerlich Vieh und Fleischpreise aus früherer Zeit mit Vieh- und Fleischpreisen, wie sie jetzt gezahlt werden, vergleicht, ohne die Wandlung, die in allen in Ver- tracht kommenden Verhältnissen eingetreten ist, zu berücksichtigen. Man spricht davon, daß die „Spannung“, das heißt der Unterschied zwischen den Vieh- und Fleischpreisen, in neuerer Zeit größer ge- worden sei. Sind denn aber nicht auch alle Ausgaben für den Fleischereibetrieb ungeheuer gestiegen? Die Viehpreise, die Arbeitslöhne, die Verfertigung sind bedeutend gestiegen; die Kosten der Gebühren und Steuern haben sich gewaltig vermehrt, die Fleischbeschau, die im Interesse der Ernährung des Volkes mit gesundem Fleisch eingeführt ist, verursacht einen jährlichen Schaden von Millionen, der Betrieb ist in jeder Beziehung kost- spieliger geworden. Dazu kommt, daß erfahrungsmäßig der Begehr nach den besseren Fleischstücken immer größer wird, während die geringeren Stücke vom Publikum zurückgelassen werden und deshalb weit unter dem Einkaufspreis abgegeben werden müssen, und dies hat zur natürlichen Folge, daß die besseren Stücke höher bewertet werden müssen, wenn der Fleischer nicht am Ende mit Verlust arbeiten soll.

Bei dem jetzigen Geschäft wird auch nicht berücksichtigt, daß alle Dauerware, die die Fleischer jetzt auf Lager haben, Wurst, Speck und Schinken, noch von den teuren Schweinen stammen.

Statt über die hohen Schweinefleischpreise zu zetern und über die Fleischer zu räsonnieren, oder gar zu einer Einschränkung der Schweine- zucht zu schreiten, sollten die Landwirte das billige Aufzucht- material sich zunutze machen und ihre Stallungen füllen. Denn nach allgemeinem Urteil ist zum Herbst wieder ein Ansteigen der Schweinepreise zu erwarten.

Ueberzeugend wirkt die Verteidigung der hohen Fleischpreise gerade nicht. Daß z. B. die Dauerware noch von den teuren Schweinen stamme, ist kein Grund, die hohen Preise beizubehalten, denn die Fleischer haben sofort mit dem Steigen der Viehpreise auch die Fleischpreise hinaufgehen lassen und haben daher für die Dauerware, die von den billigen Schweinen stammte, Mehrerpreise hereingeholt. Etwas stark mutet die Erklärung an, daß die Ver- teuerung der Verfertigung gestiegen sei. Die Fleischer schrauben die Lebensmittelpreise in die Höhe, denn Fleisch ist doch das für den Geldbeutel am meisten und Gewicht fallende Lebensmittel, und sie erklären dann hinterher: Die Verteuerung der Lebensmittel recht- fertige das Hinaufschrauben der Preise! Und die Steigerung der Viehpreise schmerzt doch wohl den Konsumenten mehr, als den Fleischermeister-Hausbesitzer. Die Sache ist die, daß die Fleischer die Einbuße, die sie vorübergehend erlitten haben, nun voll und darüber hinaus auf den Konsumenten abwälzen. Dieser muß den Agrarier und den Fleischer dazu Tribut zahlen.

Terrain-Aktiengesellschaft Carl Wibleben in Berlin. In der Hauptversammlung wurde mitgeteilt, daß der Verkauf der für das Reichsmilitärgericht bestimmten Bausteine an die Reichsregierung nunmehr vollzogen sei. Der im laufenden Jahr erzielte Rohgewinn rühre hauptsächlich aus diesem Geschäft her und beziffere sich auf etwa 632 000 M. Andere Verkaufsverhandlungen seien in der Schwebe. Aus den verfügbaren Mitteln sollen im Juli weitere 15 Proz. zur Rückzahlung gelangen, da bei der gegenwärtigen Lage des Wangelgeschäfts an größere Eingänge vorläufig nicht zu rechnen sei. Die Errichtung eines Stadtbahnhofes in der Nähe des Ge- sellschaftsbesitzes dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Rechtfertigung von Lohn erhöhungen. In ihrem Jahresbericht be- merkt die oberbayerische Handels- und Gewerbelammer, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise zum großen Teil durch die Er- höhung der Getreidezölle und der Zölle auf andere agrarische Pro- dulte verursacht wurde und führt dann fort: „Was hier mit der einen Hand dem agrarisch interessierten Teil der Bevölkerung gegeben wird, wird der Industrie genommen; denn die hohen Lebensmittelpreise rufen natürlich den begrifflichen Wunsch und das Bedürfnis nach höheren Arbeitslöhnen hervor. Es ist daher erklärlich, wenn ein durchgehendes Merkmal der Berichte aus den einzelnen Branchen die Erhöhung der Arbeitslöhne bildet, welche übrigens fast all- gemein als eben durch die Lebensmittelteuerung gerechtfertigt zu- gestanden wird und man könnte sich aus sozialpolitischen Gründen über diese Tatsache freuen, wenn nicht ihre Ursache eine so bedenk- liche wäre und wenn sie nicht eine harte Last für manche Gewerbe- zweige, namentlich für die ohnedies schwer kämpfenden kleineren Betriebe bilden würde.“

Ausfuhrvergütung abgelehnt. Der „Allnischen Volkszeitung“ zufolge hat das Rheinisch-Westfälische Kohlenindikat auf erneute Vorstellungen der reinen Walzwerke die Wiedereinführung der Ausfuhrvergütung abgelehnt, da der Geschäftsstand eine Notwendig- keit dafür nicht ergebe.

13. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 22. Mai 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

128 213 [500] 711 75 956 1081 222 88 713 965 2123
375 [500] 3207 4352 453 824 3103 4 41 513 37 50 609 707
820 894 [500] 4082 43 141 627 631 84 882 5043 363 286
309 460 899 737 940 82 6125 210 [500] 807 668 845 719
379 331 51 80 432 576 671 960 911 87 8037 137 68 414 529
44 84 74 9088 1090 571 85 727 48 828 383

10100 79 228 [1000] 474 50 512 84 703 82 11054 203
249 507 652 87 638 70 975 12065 250 81 [1000] 745 69 81
401 516 [500] 628 828 29 54 [1000] 949 13083 316 528 81
715 200 14121 207 253 598 613 51 [500] 765 [1000] 54 612
15065 178 485 567 680 882 16274 580 460 712 993 17067
85 225 87 311 410 519 789 18123 270 36 232 128 287
19097 84 210 [1000] 542 [500] 45 823

20142 485 [1000] 584 875 95 21135 [1000] 203 40
63 304 [500] 81 425 745 940 [500] 22971 108 78 425 655
961 23064 176 314 70 7 651 84 124 24615 137 229 63
314 47 564 752 960 96 25 621 96 54 78 889 [500] 714 56
681 26073 165 328 [1000] 43 670 715 878 87 27085 181
723 82 324 [500] 544 671 2815 88 84 89 39 323 32
29328 598 544 [500] 761 913 84

30116 42 474 92 [500] 510 781 908 31443 362 89 816
32091 707 316 401 820 608 784 33373 85 300 [500] 83
625 [500] 80 850 81 [1000] 34042 240 69 251 416 60 627
13 339 815 210 35138 20 285 867 74 475 791 835 36187
941 97 37965 [500] 417 647 904 83 [500] 35378 298
879 858 791 10 30 40 39229 326 88 [1000] 429 [500] 617
40917 352 499 [1000] 501 [1000] 11 883 874 [500] 89
41149 287 931 [500] 64 92 42369 401 27 80 535 710 806
95 25 807 [500] 73 43199 73 470 428 735 38 803 36
44123 38 273 [500] 881 432 [1000] 890 911 71 45305
67 157 266 441 817 814 46092 93 428 68 [500] 549 734
47043 [1000] 189 245 441 879 58 963 48047 91 234 318
34 428 737 981 4928 481 382

50009 746 87 51429 313 31 603 875 52506 83 [1000]
190 220 804 794 [500] 53372 [1000] 917 55115 47 318 437
54144 237 576 785 808 49 [500] 917 55115 47 318 437
854 895 56240 817 57023 [500] 41 96 120 94 212 336
79 640 510 136 60 [1000] 381 [500] 54 58066 90 298 408
[500] 895 59249 63 305 631 797 917

60119 22 251 317 [500] 427 [500] 559 651 85 744
389 61005 [1000] 207 53 85 322 428 367 859 69 62006
43 511 259 423 60 550 [500] 503 [500] 931 63022 194 416
38 17 574 858 [1000] 812 64089 166 200 815 [1000] 482
329 130 803 11 65047 145 270 811 60 949 66022 261 65
85 [1000] 468 573 78 633 715 808 51 [500] 67310 389
68118 228 522 66 635 851 983 69029 [1000] 48 90 589
807 585 812 [500] 816

70010 [500] 43 485 365 485 [1000] 48 848 71017 154
98 214 810 440 634 714 72005 32 306 506 613 738 69 59
73147 84 210 50 622 732 90 5 74205 391 890 75 120 607
81 77 76500 190 270 528 25 53 221 77017 97 163 203 49
852 573 670 707 65 78283 285 548 513 608 78 864 921
79023 167 74 285 [500] 83 [500] 600 821 [1000] 41 458

80018 869 948 [1000] 83 81838 50 591 899 77 85 889
82310 505 327 85 977 83101 613 729 964 84465 2 667
[500] 895 85021 60 178 885 999 996 28 86018 69 123 82
94 252 72 482 544 691 703 509 87804 123 351 57 209 [500]
89 770 818 88706 643 781 821 89150 39 830 86 306 821 823
90097 29 70 186 641 697 93118 210 11 81 83 422 733 81
[500] 823 896 94298 [500] 29 604 95163 281 370 459 303
87 570 869 96213 [500] 29 338 474 510 764 961 97016 156
262 79 599 704 889 98066 311 512 672 99247 312 30 62 731
100000 108 [500] 236 [500] 606 28 73 706 340 101084
818 330 412 715 818 906 102097 173 376 387 706 819 83
[500] 103125 400 104060 209 306 60 453 63 300 [1000]
38 48 [500] 636 700 92 882 105009 90 124 62 [1000] 214
79 502 609 787 106113 61 107090 39 67 [500] 303
216 461 78 87 [500] 807 42 778 804 92 979 53 105278 308
94 318 866 913 [500] 109032 122 212 96 509 630 51 702
81 818 58 83

110124 27 229 39 79 634 759 801 559 85 111033 177
82 298 308 [1000] 649 759 [500] 833 112210 318 [1000]
75 [500] 640 916 113380 412 500 716 987 89 114030 40
280 287 146 116236 306 89 330 835 116043 488 570 910
117070 183 418 614 514 25 [500] 22 81 798 855 [500] 620
60 118121 80 327 482 [500] 607 119018 54 [500] 74 193
210 96 414 88 65 678 811 12 [1000]

120063 208 [1000] 801 480 88 546 50 819 918 121220
[500] 84 42 374 88 428 608 32 758 50 814 122002 200
801 537 890 [500] 123084 120 [1000] 201 [1000] 433 682
730 41 124013 [500] 310 47 323 613 767 125309 71 61
102 126163 11 486 [500] 713 [500] 218 128 13 831 34 310
127184 92 969 827 827 854 917 128012 808 38 292 620 710
[500] 22 42 868 967 129119 306 434 89 905 953

130081 82 106 368 [1000] 748 807 908 [500] 88
131134 436 98 [500] 133023 75 187 465 649 703 13
81 96 868 98 [1000] 133023 75 187 465 649 703 13
[500] 81 82 134043 124 203 386 471 532 135006 114 300
1077 130240 75 383 [500] 45 75 [500] 553 73 89 844
71702 848 78 87 138018 483 650 770 335 [1000]
139080 422 500 56 61 [500] 711 89 83 899 917 40 84

140049 363 354 324 79 774 989 97 141021 81 190
445 508 79 885 985 142012 461 98 543 143100 363
144084 287 81 888 771 845 989 145009 40 87 180 290 588
[500] 610 81 733 309 30 146247 47 [500] 79 [500] 308
85 406 223 43 603 81 147048 172 870 [500] 80 477 [500]

888 81 [5000] 664 85 721 919 148397 243 477 835 978
149058 67 843 905

150091 55 266 97 440 85 908 28 910 151888 441
[500] 150982 152440 458 584 [1000] 831 [1000] 153031
72 82 328 82 88 421 647 [500] 728 833 62 90 944 154645
139 361 406 333 44 [1000] 430 43 975 155071 187 413 594
970 158068 197 64 258 407 651 749 806 300 159008
[500] 292

160033 187 299 374 458 535 710 44 863 913 [500]
161049 75 183 329 419 587 754 96 822 908 83 162929
[500] 48 354 528 81 [1000] 685 92 94 823 967 163940 649
84 710 850 87 164485 400 80 627 57 801 909 165164 370
985 541 168938 57 [500] 103 33 365 96 455 187861 148
51 274 42 [500] 368 510 [1000] 671 809 168234 91 [500]
203 428 169058 868 949 [500] 45 [500]

170050 189 484 821 803 88 [500] 171027 158 85 470
631 779 818 888 [500] 172046 416 532 754 [1000] 868
173173 247 84 [500] 551 [1000] 57 70 780 878 [500]
174273 217 904 [1000] 175145 58 872 681 64 870 303
176181 203 66 67 439 45 863 907 177139 300 479 662
714 840 178150 404 56 847 62 [500] 954 [500] 179178
238 90 967

180073 402 760 801 181175 348 527 [500] 66 859 84
788 800 [500] 929 54 182072 222 35 500 806 948 66
183100 241 432 81 565 645 48 308 184085 [500] 233
436 526 690 185068 115 22 78 96 [500] 555 908 26 79
186158 340 75 782 844 187819 987 89 188188 488 681
98 887 922 189211 [500] 96 72 373 74 754 905 48

190021 808 474 688 799 191130 56 [1000] 728 82
[500] 555 97 906 192482 41 534 72 [500] 86 873 [1000]
194 193189 323 [500] 302 33 85 516 772 801 81 [1000]
194010 109 65 414 86 587 [1000] 811 891 922 30 195197
262 85 503 29 40 [500] 607 974 196117 87 509 49 509 372
885 539 [1000] 49 [500] 197146 76 792 833 74 198367
586 546 817 837 [500] 199398 435 [500] 710 808 44 977

200061 484 [1000] 785 873 913 [500] 201221 47 482
287 [500] 623 794 812 958 202023 82 [1000] 144 89 81 398
488 574 717 803 203006 10 99 183 [1000] 210 29 74 [500]
488 51 415 [1000] 28 694 702 852 953 62 204378 464 [1000]
95 37 783 807 205183 202 41 93 316 413 327 847 79 998
206079 653 527 853 771 881 915 [500] 207321 496 618
836 60 208461 718 209109 377 478 893 901

210016 300 26 378 544 664 505 75 879 211147 325
844 798 874 212001 206 366 300 86 858 213088 721
[500] 397 465 738 60 800 987 [500] 214082 160 67
[1000] 390 85 438 84 708 [500] 81 882 215321 29 73 617
806 54 216074 [500] 318 54 484 926 [500] 76 85 [500]
217218 429 87 865 79 835 218100 30 168 206 382 90 484
65 609 742 85 81 [500] 219008 691 858

220161 67 359 530 49 734 857 85 [500] 888 221093
[1000] 137 241 460 519 611 863 87 731 41 807 69 92 222644
784 [500] 62 60 339 846 63 223016 305 258 [500] 352 94
30 389 649 893 224012 [500] 152 59 920 335 68 526
787 810 225151 57 508 640 328 637 878 923 77 226168
86 313 482 [500] 573 303 227021 55 878 896 960 [500] 83
[1000] 228247 400 813 909 [500] 229063 189 383 440
[500] 41 562 641 [1000] 709

230182 207 [500] 323 470 708 819 73 [1000] 817
231008 58 228 98 447 88 849 997 232501 2 54 829 31
905 63 233107 69 325 644 54 794 847 56 234001 351
266 794 328 235247 428 [500] 37 [1000] 942 [500]
236180 337 52 571 237009 409 878 935 56 238089
51 51 203 481 682 738 79 934 239087 469 790 836

240039 100 25 410 540 601 829 241043 11 127
55 534 676 960 242232 410 880 725 41 243128 281 [500]
334 744 887 244099 148 280 404 347 765 245311
69 419 31 608 802 18 246398 320 39 610 13 920 85
247086 348 211 248054 135 [500] 45 74 [500] 384
401 [1000] 579 [500] 661 81 [1000] 783 42 65 249126
281 254 499 742 836 78

250022 149 91 264 [500] 910 90 251174 360 [1000]
514 58 72 96 601 252131 634 62 598 [500] 253273
477 696 [500] 808 [1000] 254046 686 [500] 722 255314
301 [1000] 495 866 973 256056 [500] 72 [500] 426 549
257179 96 713 451 500 [500] 622 53 884 807 [500] 258276
742 803 873 [500] 259387 430 511 823 44 97

260284 71 344 466 577 261128 85 588 [500] 89 797
870 [500] 262089 290 [500] 397 406 18 529 646 95 94
263001 74 248 280 29 264082 251 90 837 40 81 940
[500] 68 265011 168 747 505 848 98 974 266199 841
552 738 936 [500] 267083 137 232 710 869 80 268399
[500] 885 [1000] 59 269033 490 553 81 796 870

270315 47 [500] 401 900 [500] 271075 77 83
618 718 84 [500] 251 69 272037 [500] 123 969 273007
210 18 719 38 360 430 760 274004 84 118 70 251 [500]
58 78 251 819 [500] 829 225 275088 118 818 297 276766
67 113 84 258 230 83 425 38 529 628 93 278000
264 304 431 964 514 278128 67 277 [500] 487 80 579 659
[500] 68 790 85 279048 210 203 98 352

280108 83 85 [500] 289 590 [1000] 818 945 281090
496 282180 [500] 206 90 459 546 830 822 283323 42
45 313 442 615 46 794 [500] 284430 59 485 545 814 43
821 285013 254 66 418 882 733 884 [500] 286023 116
228 57 55 441 806 99 710 800 935 287000 35 329 519 44
729 29 75 86 887

Im Gewinnraute verblieben: 1 Prämie à 300,00,
1 Gewinn à 5000,00, 1 à 10000,00, 1 à 20000,00,
1 à 40000,00, 5 à 30000,00, 15 à 10000,00, 44 à 10000,00, 71 à 5000,
1092 à 3000, 1658 à 1000, 2729 à 500.

13. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 22. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

43 142 [500] 322 [1000] 87 687 709 81 94 1033 81
[1000] 800 730 950 [500] 61 2027 228 368 858 735 64 3450
609 634 [1000] 823 4053 101 384 485 588 430 91 5201 20
68 544 142 60 806 73 6251 505 40 37 89 544 7106 273 38
447 635 742 98 801 903 81 8016 87 97 371 884 80 955 [500]
9533 652 [1000] 779 873 979

100020 183 562 960 [1193] 221 24 549 77 878 908
12144 203 421 [500] 551 904 13307 18 30 632 83 87 806
14010 97 98 111 557 645 65 323 1512 219 90 488 351 612
[1000] 16195 403 508 52 639 746 903 17204 819 415 633
702 56 18127 340 571 7 423 60 75 384 87 873 878 19025
[500] 69 447 570 684 734 809

20224 83 323 32 440 44 94 534 [1000] 89 85 611 [500]
50 88 209 21183 284 45 829 [500] 47 22090 278 212 [500]
90 20086 60 113 285 421 27 49 738 55 545 532 [500] 71
24390 631 945 25070 206 406 65 728 53 71 91 [500] 824
26356 440 17 545 27070 60 151 69 867 490 [500] 300 723
834 954 [1000] 83 96 [1000] 28340 75 261 24 43 71 521
698 778 29196 90 300 83 482 511 625 874 [500]

30123 209 731 [500] 978 31375 221 51 601 98 781
581 32106 [500] 7 405 853 33502 605 40 34601 63
35097 74 545 801 12 36153 648 650 83 806 [500] 210 28
[500] 37395 333 708 804 27 75 830 38015 53 434 70
39152 34 235 646 615 71 781 903

400056 106 203 354 777 [1000] 900 42 41203 227 623
42148 906 832 36 [1000] 942 43087 309 67 710 [500] 894
4144219 40 292 317 425 88 844 90 45077 123 77 [500]
800 [1000] 812 87 46194 573 613 75 78 588 47102 46 301
648 [500] 623 [1000] 123 821 985 48211 309 781 859 70
925 49124 482 774

50154 402 598 28 28 [1000] 831 807 14 38 525 51013
120 23 [1000] 78 330 517 823 26 29 [1000] 921 52182 [500]
254 98 656 79 812 53073 451 732 890 54128 844 426 81
55030 106 [1000] 82 814 [500] 76 51 808 54 60 469 833
670 [500] 85 823 56000 248 386 610 975 57184 [1000]
217 403 514 785 829 58205 425 539 45 64 818 811 816 24
58 59041 85 906 6 [500] 23 [500]

60193 807 769 [500] 843 61 70 864 61041 82 89 110
243 352 505 84 745 62189 810 710 64 952 63222 546 72
609 32 132 847 64239 323 33 423 69 757 811 65047 125
64 70 208 483 82 429 66080 [500] 480 83 807 811 67157
809 485 715 825 929 44 68595 638 750 935 69060 [500] 332
414 [500] 370 87 793 [500] 895 937 39

70185 238 247 87 [500] 805 77 [1000] 285 71011 28
280 524 858 802 [1000] 67 72305 332 819 840 51 917
71309 622 90 744 [500] 978 74061 132 485 93 89 [500]
640 871 75123 436 96 810 72 96 788 932 71 76044 [500]
147 230 553 545 77067 109 14 [5

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 26. Mai, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Alle Genossen müssen pünktlich zur Stelle sein. Am Dienstag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Bähle, Dennewitzstr. 13, eine Volksversammlung statt, in der unser Abgeordneter, Genosse Richard Fischer, über den verflochtenen Reichstag sprechen wird. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ansichten der Wertzuwachssteuer.

Trotzdem das Plenum der Stadtverordnetenversammlung dem grundlegenden Paragraphen auf Einführung einer Wertzuwachssteuer zugestimmt hat, sind die Ansichten dieser neuen Steuer sehr gering. Im Ausschuss, dem nochmals die weitere Beratung der Wertzuwachssteuer überwiesen ist, haben die Gegner der Steuer die Majorität. Die Zusammenfassung des Ausschusses gibt aber kein richtiges Bild für die Stimmung der Versammlung. Das ist darauf zurückzuführen, weil die Fraktion der sogenannten „Neuen Linken“, die man eigentlich die veraltete Neue Linke nennen müsste, die in ihrer Mitte befindlichen Anhänger der Steuer bei der Wahl der Ausschussmitglieder unberücksichtigt gelassen hat. Dieses Verfahren ist zwar ein Internum der betreffenden Fraktion, immerhin aber von allgemeinem Interesse, wenn man sich die Entstehung und Entwicklungsgeschichte dieser Fraktion vor Augen führt.

Die „Neue Linke“ splittete sich feinerzweit von der „Großen Fraktion“ ab, weil ihr die Haltung derselben zu rückwärtlich erschien. Ihr Verhalten zeigte denn auch in den ersten Jahren ihres Bestehens, im Gegensatz zu der Alten Linken ein schärferes Betonen des fortschrittlichen Gedankens, gehörte doch zu ihren damaligen Mitgliedern auch Dr. Theodor Barth. Das ist nun im Laufe der Zeit anders geworden. Ein Unterschied zwischen den feindlichen Brüdern gibt es nicht mehr und um es kurz herauszusagen, befinden sich heute beide Fraktionen vollständig im Banne der Hausagrarier. Das Kommunalabgabengesetz und das neue Wahlgesetz mit dem Durchschnittssteuersatz hat den Hausbesitzern in der ersten namentlich aber in der zweiten Abteilung bei der Stadtverordneten- und Landtagswahl einen sehr großen Einfluss verschafft, der umso wirkungsvoller ist, weil in der dritten Abteilung sowieso nicht mehr viel für die „freistimmigen“ Herren zu holen ist. Die Hausagrarier sind gegen die Wertzuwachssteuer und das genügt auch für die „Neue Linke“ gegen die Steuer mit den fadenscheinigen Gründen zu operieren. Zwar hat der Oberbürgermeister Kirchner in seiner Rede für die Wertzuwachssteuer überzeugend nachgewiesen, welche große Anforderungen in nächster Zeit unabwendbar an die Stadt herangetragen werden, das hindert aber Herrn Rosenow nicht, namens seiner Freunde zu erklären, „die Finanzen der Stadt seien nicht so schlecht, daß es nötig sei, eine solche Steuer einzuführen“. Diese Haltung findet ihre einfache Erklärung in dem Umfange, daß im Herbst die Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenwahlen stattfinden und im nächsten Jahre die Kommunalabgaben Landtag. Ohne zu prophesieren, kann man heute schon behaupten, daß alles aufgeboten werden wird, daß bei diesen Wahlen die Wertzuwachssteuer keine Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung findet. Bei den Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung liegt die Situation insofern noch günstig, weil die drei Fraktionen, die Alte und die Neue Linke sowie die Freie Fraktion sich durch den Abschluß eines Kartells die Mandate gegenseitig garantieren. Immerhin ist das zwar auch nicht, wie der Fall Galland beweist. Herr Galland wurde vor zwei Jahren nicht wiedergewählt, weil er bei der Frage der Umfahsteuer den Hausbesitzern nicht ganz zuwillen war. Er hat aber inzwischen pator pocavi gesagt und weil er versprach, gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer zu stimmen, hat man Gnade für Recht ergehen lassen und Herrn Galland bei einer am 15. Mai notwendig gewordenen Ersatzwahl in der I. Abteilung des 6. Gemeindevahlbezirks wiedergewählt.

Wiel gefährlicher für die freistimmigen als bei den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen liegt die Situation bei den im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen, die diesmal unter ganz anderen Umständen vollzogen werden, als bisher. Es ist sicher damit zu rechnen, daß die eine Reihe Berliner Abgeordneten, die zugleich Stadtverordnete sind, wie die Herren Goldsamt, Kreiling, Rosenow, Max Schulz, ihren Bestand nach rechts und links schwer verteidigen müssen, und es ist ganz bezeichnend, daß keiner dieser Herren in diesem Ausschuss sitzt. Das ist doch sonst nicht so! Hinzu kommt, daß eine Anzahl derjenigen, die für das Prinzip der Wertzuwachssteuer gestimmt haben, das nur unter bestimmten Voraussetzungen taten. Werden diese Voraussetzungen durch die Ausschussberatungen nicht erfüllt, werden diese Herren im Plenum gegen die Steuer stimmen. Diese Voraussetzungen bestehen darin, daß Kaufleute geschaffen werden, die die Wirkung der neuen Steuerform auf den Grundbesitz nahezu illusorisch machen. Daß der Ausschuss diese Voraussetzungen erfüllen wird, dafür bürgt seine Zusammenfassung. In der nächsten Sitzung des Ausschusses wollen die Gegner der Steuer die Wirkung derselben insofern paralysieren, indem sie durchsetzen wollen, daß der Ertrag auf die Umfahsteuer verrechnet wird, ein Verfahren, das dahin führen würde, daß für Berlin eine Wertzuwachssteuer ohne Ertrag eingeführt würde.

Wie sich aber auch die freistimmigen Kommunalpolitiker aus der für sie so peinlichen Situation ziehen mögen: für uns werden sie für die kommenden Wahlen willkommenen Agitationsstoff liefern. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, bei jeder passenden Gelegenheit das Wirken der Hausbesitzerfreunde im Roten Hause hinreichend zu beleuchten.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Erneuerung der gesamten Kreuzungsanlagen in der Andreasstraße an der Ecke der Dresdenerstraße eine Reihe von Linien in den Nächten vom Donnerstag zum Freitag, den 23. zum 24. Mai, von 12 Uhr an und nächste Woche in den Nächten vom 30. zum 31. Mai sowie vom 31. Mai zum 1. Juni von 1 Uhr an umzuleiten. Es sind dies die Linien 1 Stadtring, 3 Großer Ring, 6 Moabit-Kristiner Platz, 9 Moabit-Schlesischer Bahnhof, 22 Mäckerstraße-Rixdorf und 30 Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof. Von diesen Linien gehen während der Ableitung die Linien 1, 3, 6 und 22 durch die Andreasstraße, den Grünen Weg, die Markusstraße, Holzmarktstraße, Jannowbrücke, Brückenstraße, Reanderstraße und umgekehrt, die Linien 9 und 30 dagegen nur bis zur Markusstraße, Ecke Holzmarktstraße.

Zur Frage des Prügelrechts gegen Fortbildungsschüler hatten wir in der vorigen Woche eine Mitteilung veröffentlicht, die aus der Pflanzfortbildungsschule des Bezirkes Süd über eine im Schulhause der Brandenburgstraße vorgekommene Mißhandlung berichtet. Wir erhalten hierzu folgende Zuschrift:

In Ihrer Nr. 111, 8. Beilage, vom 15. Mai d. J. haben Sie mit der Spitzmarke: „Das Prügelrecht auch gegen Fortbildungsschüler“ eine Notiz veröffentlicht, wonach ich einen Fortbildungsschüler aus richtigem Grunde geschlagen haben soll. Unter Berufung auf § 11 des Preußengesetzes ersuche ich Sie, unverzüglich zu berichten, daß der genannte Artikel, soweit er meine Person betrifft, un wahr ist. Kandelers, Direktor.

Wir erfahren aus dieser Zuschrift, daß die in jenem Artikel geschilderte Erziehungsmethode nicht auf das Konto des Direktors Kandelers zu setzen war. Bestätigt wird uns das durch ein beigefügtes Schreiben des Abteilungsleiters Müller, in dem dieser sich zur Täterschaft bekennt. Doch macht auch er die Einschränkung, daß er den Schüler nicht „geohrfeigt“ habe. Wir bedauern, daß wir Herrn Kandelers unrecht getan haben. Die Schuld an der Personenerwechslung, die hier vorliegt, trifft aber nicht uns oder unsere Gewährspersonen, sondern den Herrn Müller. Der Irrtum ist entstanden dank der eigenen Manier, in der manche Lehrer die sich beschwerenden Angehörigen von Schülern behandeln zu dürfen glauben. Als der in jenem Artikel erwähnte Schüler D. seinen Angehörigen mitgeteilt hatte, bei seinem ersten Eintritt in die Fortbildungsschule sei er von einem ihm unbekanntem Herrn geohrfeigt worden, weil er ahnungslos durch eine für Schüler ansehnlich verbotene Tür gegangen sei, begab sich der ältere Bruder des Schülers in dessen Begleitung nach dem Schulhause, betrat mit ihm das Lehrerzimmer und fragte nach dem „Herrn Direktor“. Ein Lehrer antwortete mit der Gegenfrage, ob er Herrn K. (der Name wurde nicht verstanden) oder Herrn Kandelers sprechen wolle. Herr D. erwiderte: „Herrn Kandelers“. Ihm war nämlich bereits bekannt, daß Herr K. der Direktor dieser Fortbildungsschule ist. Der Lehrer machte eine Handbewegung nach einem der anderen Herren hin, worauf dieser auf Herrn D. zutrat. „Ist das der Herr, der Dich geschlagen hat?“ fragte Herr D. leise seinen Bruder; der Knabe antwortete: „Ja wohl.“ Der betreffende Herr verhandelte dann mit Herrn D., ohne ihm seinen Namen und seinen Titel zu nennen; wenigstens hat Herr D. nichts deraartiges gehört. Es gibt Lehrer, die solche Formalitäten gegenüber Angehörigen ihrer Schüler für überflüssig halten. Aber dann darf sich auch niemand wundern, daß Irrtümer vorkommen. Herr D. mußte annehmen, daß er den Herrn Direktor Kandelers vor sich habe, nach dem er ausdrücklich verlangt hatte. Nunmehr stellt sich heraus, daß jener mit ihm verhandelnde Herr, der zunächst sich der Prügelloserei nicht mehr erinnern konnte und sie hinterher mit den Worten: „Das wird wohl nicht so schlimm gewesen sein“ zugab, gar nicht der Direktor Kandelers war, sondern der Abteilungsleiter Müller.

Von Herrn Müller wird jetzt jene Antwort, es werde nicht so schlimm gewesen sein, dahin erweitert, daß er, wie wir schon oben erwähnten, überhaupt nicht geohrfeigt habe. Das hat uns überreicht. Man begreift nicht, welchen Grund der „nicht geohrfeigte“ Schüler haben konnte, seinen Angehörigen zu erzählen, er sei geohrfeigt worden. Zu Hause hatte niemand ihn danach gefragt. Warum gibt übrigens Herr R. nicht an, was er eigentlich dem Schüler getan zu haben meint? D. selber bildet sich noch jetzt ein, er sei geohrfeigt worden. Herr R. schreibt weiter, D. sei bereits in der Fortbildungsschule der Wassertrichterstraße eingeschult gewesen, als er der Abteilung in der Brandenburgstraße zugewiesen wurde. Dann galt er also schon als Schüler dieser Schule, als er von Herrn Direktor R. eine Ohrfeige zu kriegen glaubte. Aber die Tatsache, daß D. damals zum erstenmal das Schulhaus der Brandenburgstraße betreten hatte, daß er also von den dort geltenden Bestimmungen sowie von der Eigenart des Herrn R. noch nichts wissen konnte, wird von Herrn R. nicht bestritten. Herr R. versichert: „Nach den darzulegenden Verhältnissen lag gar kein Grund zu einer feierlichen Rehabilitierung des Schülers vor, zu der wir uns sonst im gegebenen Fall natürlich verstehen.“ In gemeinverständlichem Deutsch soll das heißen: „Wir hatten diesmal keinen Grund, uns zu entschuldigen.“ Warum nicht? Daß D. etwa Herrn R. gegenüber sich ungezogen benommen hätte, deutet der Brief mit keiner Silbe an. Aber welches war dann sein Verbrechen? Herr R. fügt hinzu, am ersten Eingang des Schulhauses befand sich eine deutlich zu lesende Inschrift, die die erste Tür auf dem zweiten Hofe als Eingang für die Schüler bezeichne. Ist es denn wirklich ein so großer Frevel, wenn ein fremder Schüler, der ahnungslos das Haus zum erstenmal betritt, nicht sofort jedes Plakat bemerkt? Da hört doch alles auf, wenn aus solchem Anlaß einem Schüler ein deraartiger Empfang bereitet werden darf.

Am Rudolf Virchow-Krankenhaus ist die Abteilung für innerlich kranke Kinder eröffnet worden.

Aus der Praxis der Abzahlungskasse wird uns wieder ein Fall bekannt, der besonders traurig ist, und den wir deshalb veröffentlichten wollen. Ein Tischler H. hatte im Januar 1905 zur Vervollständigung seiner Werkstatteinrichtung drei Möbelsätze bei der Firma E. Cohn (Große Frankfurterstr. 58) auf Abzahlung gekauft: eine Matratze für 38 M., eine gebrauchte Matratze für 25 M., ein gebrauchtes Rückenstuhl für 30 M. Vereinstart wurde, daß von diesen 93 M. folglich 10 M. bezahlet würden und das übrige in Wochenraten von 2,50 M. abbezahlt würde. H. zahlte aber von vornherein in geringeren Raten und in langsamerem Tempo, so daß er gegenüber der Vereinbarung sehr bald im Rückstande war und dann auch trotz aller Zahlungen immer weiter zurückblieb. Ende Juni 1905 verklagte ihn die Firma auf sofortige Zahlung von zunächst 20 Mark, das war ein Teil des damals bereits rückständigen Betrages. H. ging nicht zum Termin, und das Gericht verurteilte ihn auf Zahlung der eingeklagten Summe oder Herausgabe der drei Möbelsätze. Hinterher einigte H. sich privatim mit der Firma. Er behielt die Möbel und zahlte weiter. Der Firma wäre wahrscheinlich nicht damit genügt gewesen, wenn sie die Möbel hätte zurücknehmen müssen. H. hatte im ganzen erst 24 M. bezahlt, als er verklagt wurde. Jenes Urteil konnte aber jederzeit noch vollstreckt werden; jederzeit durften die Möbel dem Abzahlungskäufer sofort weggenommen werden, wenn er nicht zahlte. Die Firma hatte den Käufer an der Schnur; sie brauchte nur zuzuziehen, wenn es ihr paßte. Die Abzahlung schritt nun in demselben langsamen Tempo fort, wie früher, und mit denselben geringen Raten. Die Firma machte aber keinen Gebrauch von dem ihr zugesprochenen Recht, die Möbel abzuholen. Sah sie ein, daß H., der trotz mehrfacher Störungen doch immer wieder weiterzahlte, zum mindesten kein böswilliger Schuldner sein konnte? Oder welchen Grund hatte die Firma sonst, immer noch zu warten? Sie wartete auch noch, als im Winter 1906/07 H. das Tempo der Abzahlung noch weiter verlangsamte. Inzwischen war ja nun auch die Absperrung über die Tischler hereingebrochen, da wäre es ohnedies schwer gewesen, regelmäßig zu zahlen. H. wurde zwar mehrfach gemahnt, aber er antwortete immer, in der Zeit der Absperrung müsse man sich eben gedulden, und die Firma tat's auch. Endlich am 16. Mai konnte H. wieder anfangen zu arbeiten. Nun war Aussicht vorhanden, daß er bald wieder zahlungsfähig werden und in die Lage kommen würde, endlich den Rest abzahlen. Von den 93 M. waren 76 M. bezahlt, mithin betrug der Rest nur noch 17 M. Da erschien plötzlich am 17. Mai in H.s Wohnung ein Vertreter der Firma E. Cohn mit

einem Gerichtsvollzieher und holte dem noch nicht zahlungsfähigen die beiden Matratzen und das Spind ab! H. selber war auf Arbeit, in der Wohnung war nur seine Frau anwesend. Frau H. war aber erst am 11. Mai von einem Kinde, dem sie sehten, entbunden worden. Sie teilte das dem Vertreter der Firma sowie dem Gerichtsvollzieher mit, doch wurde ihr geantwortet, sie sei ja schon außer Bett, und auf Befehl des Firmenvertreters waltete dann der Gerichtsvollzieher seines Amtes. H. hat also für das Vergangene, knapp 2 1/2 Jahre hindurch die erwähnten Möbelsätze benutzen zu dürfen, 76 M. zahlen müssen. Indes, die Firma ist nicht so unzugänglich, wie sie auf den ersten Blick erscheinen könnte. Da sie weiß, daß H. nächstens wieder zahlungsfähig werden muß und dann noch etwas bei ihm zu holen sein wird, so hat sie auf seinen Wunsch sich noch einmal auf Verhandlungen mit ihm eingelassen. Sie will die Möbel wieder herausgeben, wenn er nun noch 30 Mark dazuzahlt. So hat wenigstens H. den Firmeninhaber verstanden. Ursprünglich hatten die Möbel 93 Mark kosten sollen. Wuß er tatsächlich noch 30 Mark nachzahlen, um sie wiederzuerlösen, so kosten sie ihn, da er ja schon 76 Mark bezahlt hat, im ganzen 106 Mark. In der Tat: ein merkwürdiges Verfahren!

Theodor Rosenfeld, der Direktor des Passage-Theaters und des Passage-Panoptikums, ist gestern in Karlsbad, wo er Heilung suchte, gestorben.

Die Berliner Fleischvernichtungsanstalt, die von den Bewohnern der bei Berlin belegenen Vororte so energisch bekämpft wurde, hat in ihrem jetzigen Heim, hinter Bernau, warme Freunde gefunden. Die Gastwirte von Müdnitz inserieren z. B. in der Kreispresse: „Sehenswürdigkeit, schöne Aussicht nach dem Albershof zur Fleischvernichtungsanstalt der Stadt Berlin, für gute Speisen und Getränke ist gesorgt.“

Aus der Stadt der Intelligenz, Die Gesundheitsbehörden haben bereits jetzt einen Saal des im Bau begriffenen Gispalastes in der Nähe des Rollendorffplatzes für zwei Abende in der Woche um 10 000 M. jährlich gemietet.

Die Spekulation auf den Geldbeutel der Gläubigen scheint noch etwas einzubringen.

In der Havel erschossen. Auf zweifache Weise hat sich gestern der Beamte Adolf Wortwig, Margrafenstr. 9, ums Leben gebracht. B., der am kaiserlichen Patentamt angestellt war, fuhr nach Tegel hinaus und begab sich an das Ufer der Havel. Dort entledigte er sich seiner Kleider und schritt mit einem geladenen Revolver in der Hand in die kalten Fluten. Als er keinen Halt mehr unter den Füßen verspürte, schoß er sich eine Kugel in die rechte Schläfe und verfiel dann in den Wellen. Später fand der vorüberkommende Eigentümer Lorenz aus Tegel die zurückgelassenen Kleidungsstücke des Lebensmüden am Ufer und er benachrichtigte die Polizei. Etwa vier Meter vom Ufer entfernt wurde schließlich die Leiche des B. aufgefunden. Auch die Schußwaffe wurde entdeckt. In hinterlassenen Briefen, die sich in der Rocktasche des Selbstmörders befanden, gibt dieser an, daß er sich wegen eines unheilbaren Herzleidens das Leben nehmen werde.

Verwandene Brieftauben. Am Eröffnungstage der Kolonial-, Meer- und Marineausstellung hatte die Ausstellungsleitung geglaubt, sich etwas Besonderes leisten zu sollen. Sie hat 200 „Brieftauben“ in die Liste gesetzt, zehn von ihnen sollten dem Kaiser, der in Wiesbaden weilte, Kunde von der Eröffnung der Ausstellung bringen. Nun war das Experiment schon von vornherein insofern gewagt, als der Kaiser besonntlich sehr schnell seinen Aufenthaltsort wechselt. Aber auch abgesehen davon, liegt die Sache so, daß bis zum heutigen Tage noch keine Brieftaube in Wiesbaden eingetroffen ist, von wo der Kaiser längst abgereist ist. Sollten die Brieftauben so gewissenhafte Tiere sein, daß sie unter allen Umständen ihre Reisen erfüllen wollen und nach der Abreise des Kaisers zurück nach Berlin und von da nach Cabinen gestiegen sind, wo sich der Kaiser augenblicklich aufhält?

Zwei schwere Automobilunfälle haben sich gestern Abend im Norden der Stadt zugetragen. Auf dem Weddingplatz wurde der Schlosser Artur Kathora, Müllerstr. 7a wohnhaft, von einem Privatautomobil überfahren und schwer verletzt. Er war beim Ueberfahren des Fahrweges von dem Kraftwagen gestreift und zu Boden gerissen worden. Die erste ärztliche Hilfe erhielt K. auf der Unfallstation in der Lindowertstraße. — Wenige Minuten später wurde am Rettelbedplatz der 69 Jahre alte Invalide Fritz Krüger, Gerichtstr. 64, von einem Droschkenautomobil überfahren und ganz erheblich verletzt. Die Mäder des schweren Gefährts waren dem Bedauernswerten über beide Oberkörper hinweggegangen. Der Chauffeur entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht.

Mit dem Revolver das Auge angeschossen hat sich gestern Abend das dreijährige Söhnchen des Kaufmanns Koch aus der Christianiastraße 114. Der Vater des Knaben hatte an der Waffe eine kleine Reparatur ausgeführt und sie dann wieder in die ungeschlossene Schublade zurückgelegt. In einem unbewachten Augenblick holte das Kind den Revolver wieder hervor und handierte damit herum. Plötzlich ging ein Schuß los und getroffen stürzte der Kleine zusammen. Die Kugel war ihm durch das rechte Auge hindurch in den Kopf gedrungen. Das Auge ist vollständig vernichtet, und es ist nicht ausgeschlossen, daß für das Kind noch weit schlimmere Folgen eintreten werden.

Große Erregung herrschte dieser Tage in der in der Greifswalderstraße belegenen Laubenkolonie „Märkische Schweiz“. Einer der Laubenkolonisten, ein Arbeiter J., wurde dabei erwischt, wie er anderen Kolonisten gehörige Gegenstände sich eignete. Auf erfolgte Anzeige hin erfolgte eine Durchsuchung des J. in zahlreichen Häusern — es wird von 15—20 gesprochen — sich Werkzeuge und andere Gegenstände, die Eigentum anderer Laubenkolonisten waren, seit Jahr und Tag angeeignet hat.

Der verhaftete Kautionschwinder Starbatti, der Gründer und Leiter der „Allgemeinen deutschen Krankenversicherungskasse“, hat nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen nicht weniger als 20 Kassierer um Vermögenswerten von 1000 bis 2000 M. gebracht. Außer den Vermögenswerten hat der „Versicherungsdirektor“ auch die Eintrittsgelder und die laufenden Beiträge der Mitglieder unterschlagen. Geschädigte dieser Art haben sich nicht nur aus Berlin, sondern auch aus der Provinz Brandenburg, Neuruppin, Mittenwalde usw. gemeldet. Sie erhalten nichts wieder, denn der „Herr Direktor“ verfügte bei seiner Festnahme nur noch über einen Kassierbestand von 13 Pfennig.

Die Transportierung geisteskranker Verbrecher von Herzberge nach der Irrenhausburg in Puch hat begonnen. Es sind hierfür besondere Vorrichtungen getroffen worden. Da eine Befestigung der Kranken nach den modernen Irrenhausprinzipien nicht angängig erscheint, ist zum Transport ein „großer Wagen“ des Berliner Volkspolizeipräsidiums genommen worden. Diesen folgt ein Anstaltswagen mit einer größeren Anzahl handfester Irrenhauswärter.

Landgerichtsdirektor Dr. Bernhard Oppermann vom Landgericht Berlin I. ist zum Reichsgerichtsrat ernannt worden und scheidet zum 1. Juni nach Leipzig über.

Wieder einmal die „moderne Folter“. Unter den Nachwehen des Prozesses gegen den Redakteur Karl Schneid, über den wir vor einiger Zeit berichtet haben, hat der als Zeuge vernommene Kunstverlagshändler Max Reumann schwer zu leiden. In dem

schweine 0,25-0,50, Aufschlinge 0,00, Rindfleisch per Stück 0,00, Gänser, alle, per Stück 1,50-3,00, da. Na 1,50, da. junge 0,80, Schafschmähner 1,20-1,60, Lämmer 0,50-0,75, halbrindische 0,00, Enten per Stück 2,00 bis 3,00, dito Gans per Stück 0,00, dito Hamburger per Stück 4,75, Gänse, Hamb. per Pfund 1,20-1,25, Stück 6,00-7,00, Ghalonschmähner 1,70, Heide per 100 Pfund 88-108, matt 77-81, mittel 0,00, groß 0,00, Gander 0,00, Schiele 105-124, holländische 0,00, da. groß 0,00, Hahn, groß 117-121, klein und mittel 97-100, unfort. 106-109, Hühner 52, da. klein 35, da. matt 41-43, Robbier 32, Starpen unfortiert 0,00, da. mittel 0,00, Gans 42, Hahn 40-49, Pute Röhre 44, Parie 00-00, da. matt 0,00, Karaulchen 55-75, Kleinfische 0,00, Wels 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Fisch in neuer per 100 Pfund 110-130, da. Na neuer 90-100, da. Na neuer 75, Seelachs 10-20, Spotteln, Kieler, Ball 0,00-0,00, Dangler, Röhre 0,00, Rindern, Kieler, Steige Ia 3-5, da. mittel der Röhre 2-3, Gans, Steige 4-6, halbe Röhre 1,50-2,00, Bücklinge, Kieler der Ball 1,50-2,50, Strahlunder 1,50-2,50, Stale, groß per Pfund 1,10-1,50, mittelfeines 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Feringe per Schod 5-9, Schellfische Röhre 3,00-4,00, 1/2 Röhre 2-2,50, Kalfau, geräuch. per 100 Pfund 20, Dorfs, Röhre 2,00-2,50, Goldfische, Schod 2-9, Sardellen, 1902er per Anker 95, 1901er 95, 1900er 90, 1902er 85, Schottische Vollberinge 1905 0,00, large 40-44, full 33-40, med. 35-42, deutsche 37-44, Feringe, neue Röhre, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ. Fuß 1,50-1,60, Braiseringe, Röhre (4 Liter) 1,50-1,75, Krennangen, Schodlag 11, fl. 5-8, Kielen-14, Bier, Kande, unfort. Schod 3, gr. 3,75, Butter per 100 Pfund, Ia 110-115, Na 105-110, Ma 100-104, abfallende 90-95, Saure Gurken Schod 4,50, Pfefferkörner 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund magnum bonum 3,50-4,00, Daberger 3,50-3,75, Rosen 0,00, weiße 3,50-3,75, Salatkartoffeln 0,00, Spinat per 100 Pfund 5-10, Karotten per 100 Pfund 0,00, Sellerie, blühige, per Schod 10,00-25,00, da. sommerliche 0,00, Zwiebeln große per 100 Pfund 0,00, da. kleine 3,50-4,00, da. fleißige (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Peterlinge, grün, Schodband 0,80-1,00, Rohrabl Schod 3-4, Meißig, bayr., neue Röhre 0,12-0,16, Mohrrüben per 100 Pfund 2,00-5,00, Zeltower Rüben per 100 Pfund 0,00, Weiße Rüben, groß 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 0,00, Blumenkohl, holländischer per Korb 0,30-0,40, Kohlrüben per Schod 2,00-3,00, Wirsingkohl holländ., der Schod 0,00, Rotkohl holländ., per Schod 0,00, Weißkohl, bair. per 100 Pfund 1,00-3,00, Rosenkohl per 100 Pfund 0,00, Sprutkohl per 100 Pfund 00-00, Rhabarber 100 Pfund 1,00-3,00, Bergedorfer per 100 Pfund 0,00-0,00, Mordeln per Pfund 0,40, Sandmorgeln per 100 Pfund 0,00, Badmeller per Pfund 0,30-0,45, Radieschen per Schod 0,50-1,00, Salat per Schod 0,75-1,25, Spargel 100 Pfund 5-50, da. Brandenburger 5-50, da. Weißer Ia 45-55, da. Weißer Na 30-40, da. Weißer Na 10-27, da. unfortiert 0,00, Birnen, austral in Rosten von 20 Pfund Röhre 14-20, Hal. 0,00, Pfeffer, per 100 Pfund, fleißige 8-20, Zireler, Röhre 0,00, Galotte, Röhre 0,00, Amerikanische in Röhre 0,00, Hal. in Röhren 5,00-20,00, extra 15,00 bis 25,00, Zitronen, Meßina, 300 Stück 9,00-10,50, 300 Stück 9,00-10,50, 200 Stück 6,00-12,00, Äpfel, Meßina, per Röhre 0,00, Marica 200er Röhre 0,00, da. 300er 7-10, Valencia 420er Röhre 10,00-24,00, da. 714er 18-24,00, Meßina, 100er 4-6,00, 150er 5-7,00, 18er 8-12,00, 200er 7,50-12,50, 300er 10-13, Blut 100er 5,50-7,50, da. 150er 7-7,50, 30er 7-7,50, 200er 13-14.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 23. Mai.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Reg. Opernhaus. Don Juan.
 Reg. Schauspielhaus. Was ihr wollt.
 Neues Reg. Opernhaus. Der lustige Krieg.
 Anfang 8 Uhr.
 Deutsches. Robert und Bertram.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kammerstücke. Ojge und sein Ding.
 Neues Schauspielhaus. Kopfenraths Erben.
 Deutsches. Die lustige Witwe.
 Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimat.
 Schiller-Theater Charlottenburg. Roma Vanna.
 Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Hörsing-Theater.) Am grünen Weg.
 Berliner. Der Hund von Baskerville.
 Festung. Hagemerbaron.
 Zentral. Das Mädchen aus dem Waldschloß.
 Kleines. Parcell Salzer.
 Neues. Der Dieb.
 Vortrag. Fidele.
 Festung. Haben Sie nichts zu verzeihen?
 Lustspielhaus. Dufarenfieber.
 Thalia. Wo die Liebe hinläßt.
 Vulkan. Das Mädchen ohne Ehre.
 Trianon. Die Jolette - meine Frau.
 Bernhard Rose. Im Hause des Lebens.
 Nachmittags 4 1/2 Uhr: Der Hund von Baskerville.
 Metropol. Der Teufel lacht dazu.
 Gede. Herrnsfeld. Es lebe das Nachleben.
 Wintergarten. La Tortajada.
 Spezialitäten.
 Apollo. Der lustige Witwe. Spezialitäten.
 Kasino. Rid Carter. Spezialitäten.
 Waldhalla. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
 Wassage. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Urania. Tausendtröge 48/49.
 Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
 Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
 Anfang 8 Uhr.
 Der Hund von Baskerville.
 Freitag: Sherlock Holmes.
 Sonnabend: Der Hund von Baskerville.
 Sonntag: Sherlock Holmes.
Neues Schauspielhaus
 Donnerstag, den 23. Mai 1907:
Kopfenraths Erben.
 Morgen:
 Kopfenraths Erben.
 Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
 Zum 60. Male:
Der Dieb.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.

Kleines Theater.
 Abends 8 1/2 Uhr:
MARCELL - SALZER - ABEND.
 Freitag und folgende Tage, abends 8 1/2 Uhr: Marcell-Salzer-Abend.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein Theater Gatte.
Lortzing-Theater
 Weidenbühlstr. 7/8.
 Abends 8 Uhr:
Fidello.
 Abonnement gültig!
 Freitag: Madine.
 Weidenbühlstr. 7/8. Täglich:
 Elite-Variété-Vorstellung.
Lustspielhaus.
 Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Luisen-Theater
 Weidenbühlstr. 24.
 Abends 8 Uhr:
 Das Mädchen ohne Ehre.
 Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehre.
 Sonntag nachm.: Das Mädchen ohne Ehre.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Durch Dänemark und Südschweden.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
 Täglich nachm. 4 Uhr:
 Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.
 Gesamtgesellschaft des Ernst Drucker-Theaters. Täglich 8 Uhr:
 Das Mädchen aus dem Nacht-Café.
Schiller-Theater N.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.
 Sommerpreise.

Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
 Haben Sie nichts zu verzeihen?
 Schwan in 3 Akten v. M. Desnoy und G. Weber.

Metropol-Theater
 Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
 Rauchen überall gestattet

Apollo Theater
 9 1/2 Uhr. Abends 9 1/2 Uhr.
 Die dagewesener Lehrerfolg!

Hartstein
 mit seiner tollen Burleske:
Der lustige Witwe.
 1. Bild: Das letzte Mal.
 2. Bild: Die Folgen davon.
 Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten in Merian-Bauern-Bundetheater.

WINTER GARTEN
La Tortajada.
Großer Erfolg!

Passage-Theater.
 Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
 Der größte Erfolg der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clara Brothers
 14 Attraktionen 14.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Anfangs Wochenlang 8 1/2 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
 Reichshallen-Garten und Restaurant.
Militär-Konzert.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimat.
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Moloch. - Der zerbrochene Krug.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
 Schauspiel in 3 Akten v. Maurice Maeterlinck. Deutsch von Friedrich v. Oppen-Grönfowest.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.

Freie Volksbühne
 Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr:
 Neues Schauspielhaus.
 14./15. Abteilung:
Paracelsus.
 Die letzten Masken.
 Das Fest des Sankt Matern
 Berliner Theater.
 5./6. Abteilung:
Der Richter von Zalamea.

5. Oper im Lortzing-Theater
 Sonntag, den 26. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Fra Diavolo.
 Marken sind noch in den Zahlstellen 17 und 18 vorhanden.
 229/3
 Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.

BERNHARD ROSE THEATER
 Nr. Franziskanerstr. 132.
 Donnerstag, den 22. Mai:
 Anfang 4 1/2 Uhr.
 Im Garten:
Spezialitäten-Vorstellung
 Der Hund des Goldenen.
 Wochenpreis. - Abends 8 Uhr im Theater: Im Hause des Lebens.
 Sommerpreise.
 Morgen: Derselben Vorstellungen.

Gebr. Herrnsfeld-Theater
 Anfang 8 Uhr. Vorher 11-11 1/2 Uhr.
 57 Kommandantenstraße 57.
 Täglich:
Es lebe das Nachleben!
 Folgen einer Separé-Affäre in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld
 mit den Autoren in den Hauptrollen.
 Vorher: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
 Schwan in einem Aufzuge von Anton u. Donat Herrnsfeld.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
 Täglich im herrlich renovierten Garten:
 Konzert, Theater, Spezialitäten.
 9 1/2 Uhr: Die goldene Tafel.
 Dr. Anstaltungsstadt m. Gef. u. Lang.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Kaffee von 3 Uhr ab.
 Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Brunnen-Theater
 Badstraße 59. Direkt.: Bernh. Rosa.
 Heute erster Elitetag.
 Gartenkonzert. Spezialitäten.
 10 Attraktionen ersten Ranges.
Der Spuk im Gefängnis.
 Pantomime der Moschaly-Truppe.
 Paul Coradini, Varady uim.
Im Fluge durch die Welt.
 Ausstattungs-Vollstück in 8 Bildern.
 Konzert 4 Uhr. Vorstellung 5 Uhr.
 Billetverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage:
Bräulein Jolette - meine Frau.
 Anfang 8 Uhr.

Schweizergarten
 Am Königstor. Am Friedrichshain.
 Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
 Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
 Freier Damantanz.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
 Sakenheide 13/15.
 Artistiche Leitung: Paul Mühlitz.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Sonntag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffertische in täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Walhalla Variete Theater
 Weinbergweg 19/20, Reichsh. Lot.
 Heute abends 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
 Sensation-Bantomime.
 Drahtsch. 5 Jungmanns, Künstler.
 12 Spezialitäten 12
 Frei-Konzert.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhäuser Allee 118 und
 Kakanien-Allee 97/99.
 Heute, sowie täglich:
 Das vorzügliche Waldprogramm
 Hochförmig: Corty u. Rottis. Original!
 Hermann Milano & Savillo & Piefso
 The Danbars X Solly Goldern X MID
 Silvia X Kleide u. Alberti.
 Bären-Ringkampf und die übrigen
 Spezialitäten.
 Um 8 Uhr: Genießet das Leben.
 Mittwoch: Sonderabend.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Neue Welt
 Hasenheide 138-114.
 - Im Konzertgarten -
 Täglich: Großes Konzert.
 Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag:
Militär-Konzert.
 Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:
Theiß-Orchester.
 Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.
 Im Theatergarten:
 Täglich: Großes Konzert
 des Neue Welt-Orchesters und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.
 Jeden Mittwoch: Kinderfest.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W.,
 Goltzstraße 9.
 Bestenmilleres Theater.
 Vollständ. Programmwechsel
 Auftreten der
 neugegründeten
 Spezialitäten.
 u. a. der Original Greiffenberger,
 der Wimper Wb. Greifke, assistiert
 von Rik Clariss, der Lampenmaler
 Signor Gaetano. Zum Schluß die
 tolle Ausstattungs-Burleske
Weibliche Feuerweh.
 Anfang 8 Uhr, an den Feiert. 9 1/2 Uhr.
 Sommerpreise. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
 Bad-Behmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Bellermannstraße.
Das Bild der Mutter
 oder Berliner Zimmerleute.
 Volkstück mit Gesang in 3 Akten.
 Hierzu:
 Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
 Volksbelustigungen. X Großer Ball.

Prater-Theater.
 Kasernen-Allee 7/9.
 Täglich:
Flotte Weiber
 Spezialitäten.
 Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.
Kasino-Theater
 Lortzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
 Schluß der Saison Montag, den 27. Mai, bis dahin abends 9 Uhr.
Steidl-Theater.
 Brückenstr. 2 (a. d. Rammer-Br.)
 Berlins beste und bill. Unterhalt.
 Es wird wie früher gelacht.
 Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant
 Großes Streichkonzert.
 Entree frei.

Sanssouci, Kolbuser
 Kolbuser, Kolbuser, Kolbuser.
 Direction Wilhelm Reimer.
 Der Garten ist geöffnet.
 Heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Rabale und Vibe.
 Zerstübel von Schiller.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Gastspiel der
 Ziegel-Ziegeltroischen
 Theater-Akademie:
Operetten-Abend
 mit Chor, Orchester, Ballett, Tanz.
 Sonntag, Montag, Donnerstag:
 Hoffmanns Nord's. Sänger. - Tanz.

Bären Kaffee
 ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pf. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.

Dampfschiffs-Reederei
Robert Tismer
 Abfahrt-Station:
 Berlin, Schillingsbrücke.
 Telephon: Ober-Schöneweide No. 14.

Täglich (außer Sonnabends) nach Restaurant „Kyllhäuser“
 Von ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.
 Dampfer-Fahrtgäste zahlen kein Entree.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.
 Im großen Saale: **BALL.**
Billigste Dampfer-Sonderfahrten
 mit Musik

	Vm. ca. Uhr	Nm. ca. Uhr	Pro Person hin und zurück Pfennig
Montag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	" Kalkberge-Rüdersdorf	10 -	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
	" Wernsdorfer Schleuse	- 2	50
Dienstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	" Neue Mühle	- 2	50
Mittwoch	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	" Kalkberge-Rüdersdorf	10 -	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
	" Wernsdorfer Schleuse	- 2	50
Donnerstag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	" Wernsdorfer Schleuse	- 2	50
Freitag	Nach Woltersdorfer Schleuse	9 2	50
	" Neue Mühle	- 2	50
Sonnabend	Nach Kalkberge-Rüdersdorf	10 -	Hin-fahrt 50 Rück-fahrt 30
Sonntag	Nach Woltersdorfer Schleuse	8 -	50
	" Müggelheim	9 -	50

Vereinen, Gesellschaften, Schulen usw. empfehle Dampfer zu Ausflügen unter äußerst günstigen Bedingungen. (49851)

Volksgarten-Theater.
 Bad-Behmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Bellermannstraße.
Das Bild der Mutter
 oder Berliner Zimmerleute.
 Volkstück mit Gesang in 3 Akten.
 Hierzu:
 Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
 Volksbelustigungen. X Großer Ball.

Prater-Theater.
 Kasernen-Allee 7/9.
 Täglich:
Flotte Weiber
 Spezialitäten.
 Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater
 Lortzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
 Schluß der Saison Montag, den 27. Mai, bis dahin abends 9 Uhr.
Steidl-Theater.
 Brückonstr. 2 (a. d. Rammer-Br.)
 Berlins beste und bill. Unterhalt.
 Es wird wie früher gelacht.
 Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant
 Großes Streichkonzert.
 Entree frei.

Sanssouci, Kolbuser
 Kolbuser, Kolbuser, Kolbuser.
 Direction Wilhelm Reimer.
 Der Garten ist geöffnet.
 Heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Rabale und Vibe.
 Zerstübel von Schiller.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Gastspiel der
 Ziegel-Ziegeltroischen
 Theater-Akademie:
Operetten-Abend
 mit Chor, Orchester, Ballett, Tanz.
 Sonntag, Montag, Donnerstag:
 Hoffmanns Nord's. Sänger. - Tanz.

Steidl-Theater.
 Brückonstr. 2 (a. d. Rammer-Br.)
 Berlins beste und bill. Unterhalt.
 Es wird wie früher gelacht.
 Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11-2 Uhr.
Steidl-Restaurant
 Großes Streichkonzert.
 Entree frei.

Für die am 19. d. Mts. aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit und erzielte Aufmerksamkeit sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten unseren verbindlichsten Dank.
7796
Franz Merkowski
und Frau.

Alle Wanzen
werden nicht durch mein Mittel vollständig vertilgt. — H. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Rassen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf. 60 Pf. u. 1.00. 49342
Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Nachfolger nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth**, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Berliner Spar- und Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz am 31. Dezember 1906.

Aktiva.	
Grund- u. Boden-Konto 1	57 787,50
Bau-Konto 1	158 000,—
Grund- u. Boden-Konto 2	56 292,50
Bau-Konto 2	158 000,—
Grund- u. Boden-Konto 3	32 835,—
Bau-Konto 3	90 000,—
Grund- u. Boden-Konto 4	94 850,—
Bau-Konto 4	271 000,—
Grund- u. Boden-Konto 5	94 190,—
Bau-Konto 5	295 000,—
Grund- u. Boden-Konto 6	178 500,—
Bau-Konto 6	563 000,—
Grund- u. Boden-Konto 7	200 000,—
Bau-Konto 7	67 236,48
Grund- u. Boden-Konto 8	100 000,—
Bau-Konto 8	366 952,62
Grund- u. Boden-Konto 9	339 600,—
Bau-Konto 9	1 146 000,—
Grund- u. Boden-Konto 10	44 926,62
Bau-Konto 10	417 661,75
Grundstück - Erwerb-Konto Charlottenburg	1 226 841,88
Bau-Kantinen-Konto	12 524,17
Wohlfühl-Konto	26 387,21
Spezial-Konto	1 000,—
Anlage-Kto. d. Siegfried	50 000,—
Reich-Schenkung	11 782,30
Berliner-Konto	183,75
Rückständige Mieten-Kto.	500,—
Geschäftsguthaben bei der Deutschen Zentral-Genossenschaft	125 251,85
Bank-Guthaben	23 345,99
Raffen-Bestand	6 226 639,62
Sa. 6 226 639,62	

Passiva.	
Geschäftsguthaben-Kto. 282 987,—	282 987,—
Bermehrung	46 951,85
1. J. 1906	329 938,85
Sparanlagen-Konto	1 154 877,—
Reservefonds-Konto	17 027,35
Sticht. Resv.-Schenkung	53 600,—
Verfügungs-Konto der Sticht. Resv.-Schenkung	1 275,85
Schuldverzeichn.-Kto. I	183 920,—
Schuldverzeichn.-Kto. II	338 600,—
Hypotheken-Konto 1	194 054,04
Hypotheken-Konto 2	200 000,—
Hypotheken-Konto 3	101 000,—
Hypotheken-Konto 4	318 000,—
Hypotheken-Konto 5	355 456,75
Hypotheken-Konto 6	646 000,—
Hypotheken-Konto 8	50 000,—
Hypotheken-Konto 9	1 391 310,—
Hypotheken-Konto 11	350 000,—
Reichs-Konto Charlottenburg	408 000,—
Einbehaltenes Darlehen-Konto	11 675,—
Caalbau-Konto	3 120,—
Kreditoren-Konto	19 441,25
Reingewinn	12 333,53
Sa. 6 226 639,62	

Gewinnverteilung.
2/3 Broz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1906. 9 290,90 Mk.
Dem Reservefonds gutgeschrieben. 3 042,63
Sa. 12 333,53 Mk.

Mitgliederzahl.
Am 1. Januar 1906. 3489
Eingetreten im Jahre 1906. 902
4391
Am 31. Dezember 1906 (hieden aus infolge Ausschlus, Tod und Aufkündigung. 315
Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1907. 4076
Die Kasssumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1906. 1 067 100 Mk.
Sie hat sich vermehrt um 178 800.—
Gesamt-Kasssumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1906. 1 245 900 Mk.
Der Vorstand.
L. Schmidt. Ernst Roscher.

Stsbahn-Park
Am Klüstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unter-nirgends Filialen!
Gelegenheitskauf!
Similiseide in den Farben 5 25 7 50
Wollallas rot, blau, oliv 6 75 8 50
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
Reisedecken (engl.) 6, 8, 10 Mk.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
gratis und franko.

Achtung!!
Vorstenland
zweite Länge, Vollblatt, sicher im Brand und gute Qualität per Pfd. 1,40.
Wir vergüten trotz der hohen Tabakpreise 3 % Skonto in bar.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.
Vertreter: A. Schulze.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 44272.
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Haarntelischer Unterricht, auch in moderner Kunstnäheri.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Freitag, den 24. Mai 1907, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Bau-Vertrauensmänner-Sitzung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kiesel: Das Koalitionsrecht und die Bedeutung desselben für die Arbeiter. 2. Bericht der Bauvertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der feilschen Situation im Berliner Baugewerbe ist es notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.
Der Vorstand.



Die Norm guter Qualität in Cigaretten unter kritischen Rauchern. Sie zu verlangen ist der Beweis guten Geschmacks.

JOSETTI VERA
CIGARETTEN

haben jetzt wie immer den Vorzug, bei denen, welche das Beste kaufen wollen. Das anerkannt höchst erreichbare, was in Cigaretten hergestellt werden kann.

10 St. 30 Pfennig.

Reichels weltberühmter
Hühneraugentod „Bosco“
beseitigt schmerzlos u. gründlich jedes Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung. „Bosco“, das sicherste Mittel der Welt. Dose 75 Pf. M. 1.— franko.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Ortskrankenkasse
der
Gastwirte u. verwandten Gewerbe
zu Berlin.
Kassenlokal S. 14, Inselstr. 6. — Kassenstunden: Wochentags von 9-1 Uhr.
Kassenrechnung pro 1906.

Einnahme.		Ausgabe.	
1. Kassenbestand am Anfang des Rechnungsjahres	35 162,92	1. Arzt-Honorar	58 919,25
2. Zinsen	14 289,70	2. Arznei- und sonstige Heilmittel	63 341,60
3. Eintrittsgelder	30 389,40	3. Krankengeld:	
4. Beiträge	580 506,50	a) an Mitglieder	162 505,99
5. Ersparleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	6 097,05	b) an Angehörige	2 582,28
6. Ersparleistungen von Berufsgenossenschaften, Unternehmern, Versicherungsanstalten für gewährte Krankenunterstützung	190,00	c) Wöchnerinnen	9 102,82
7. Aus verkauften Wertpapieren	169 500,—	5. Sterbegeld	7 596,33
8. Sonstige Einnahmen	5 835,68	6. Kurkosten an Krankenhäuser inkl. Fürsorge für Rekonvaleszenten	171 042,28
	842 080,55	7. Ersparleistungen an Dritte für gewährte Krankenunterstützung:	
		a) nach §§ 57 und 57 a R.-G.	28 090,24
		b) nach § 11 Gew.-Ums.-Berf.-Ges.	94,90
		c) nach § 18 Arb.-Berf.-Ges.	1 132,82
		8. Zurückgezahlte Beiträge	657,87
		9. Für Kapitalanlage	243 778,70
		10. Verwaltungskosten:	
		a) persönliche	50 714,94
		b) sächliche	14 335,06
		11. Sonstige Ausgaben	1 758,77
		12. Kassenbestand am Schluß des Rechnungsjahres	31 426,90
			842 080,55

Das Gesamtvermögen der Kasse beträgt 491 406,10 Mk.
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug das Gesamtvermögen 481 614,92 Mk.
Vermögenszunahme 9 791,18 Mk.
Berlin, den 31. Januar 1907.
Der Vorstand.
Poppe, Vorsitzender. Traun, Schriftführer. Stammer, Rentant.
Vorstehende Kassenrechnung ist von uns geprüft und mit den Büchern und Belegen übereinstimmend befunden worden.
Berlin, den 13. März 1907.
Die Revisionskommission.
Petermann. Gran. Rahm. 274/10

Gr. Dampfer-Extrajahrt mit: **Woltersdorfer Schloose.**
heute Donnerstag und Freitag direkt nach
Wahrt von der Rigaerbrücke 2 1/2 Uhr nachmittags. Preis hin und zurück 50 Pf. sowie Sonntag, den 26. Mai, Abfahrt 8 1/2 Uhr nachmittags und 2 1/2 Uhr nachmittags. Preis hin 50 Pf., zurück 50 Pf. Kinder die Hälfte.
7876
G. Zachow, Cuvyrstr. 2.
Dampfer sind an Vereine und Gesellschaften billig zu vergeben.

Paul Litfins Restaurant u. Festsäle
Am VII Nr. 1075. Memelerstraße 67.
Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen, kleiner Saal mit Parkettboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Pianino stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonnabende und Sonntage im Herbst und Winter zu vergeben.
Um gütigen Aufpreis bittet **Paul Litfin.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 17. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Louis Adam
Wiesenstr. 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Bauhofes in der Seestraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
249/10
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Louis Adam
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bauhofes in der Seestraße aus statt.
Nette Beteiligung erwartet
119/2
Die Ortsverwaltung.

Verband der Lederarbeiter
(Filiale I Berlin).
Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 20. Mai unser Kollege, der Weizberger
Karl Henning
im Alter von 54 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Roabier Krankenhaus, Eingang Birkenstraße, aus nach dem Bauls-Kirchhof in Bismarckstr.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
290/15
Der Vorstand.

Verein der Stereotypenre und Galvanoplastiker Berlins u. Umg.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Vereinskollege
Julius Schulz
am 20. Mai gestorben ist.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 23. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, vom Trauerhause Neue Hofstr. 15 aus nach dem Danes-Kirchhof, Blankenstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
7045
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau
Johanna Albusch
geb. **Schmittke**
am 20. Mai nach kurzem schweren Leiden verschieden ist.
Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weihensee, Rüdelsstr. 93/123, aus statt.
Um stille Beileid bittet
Der trauernde Gatte
Hans Albusch mit Kindern,
Landwehrstr. 22.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Karl Entering
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Herren Schröder und Lange, den Mitarbeitern vom Bau Schöder, dem sozialdemokratischen Verein Nieder-Schönhausen und dem Gesangverein „Jugend“ unseren herzlichsten Dank. 49692
Bilwe Anna Entering und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unergötlichen Sohnes, Bruders und Schwagers, des Dreheis
Karl Damaschke
sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Gesangverein „Gesundbammer Liebesfranz“ für den Gesang am Grabesfranz für die Arbeitstollegen der U. G. G. sowie der Arbeitskollegen der U. G. G. sowie den Genossen des 300. Bezirks unseren innigsten Dank. 7994
Die trauernden Hinterbliebenen.
Familie Damaschke.

Danksagung.
Hiermit sage ich allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Henriette Albrecht.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.
Achtung! Putzer! Achtung!
Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung im Baugewerbe und unsere Stellungnahme hierzu. 2. Wahl einer Schlichtungskommission. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. 134/1
Mitgliedsnach legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt!
Die örtliche Verwaltung. A. H.: L. Schulze.